Antifaschistisches
INFO
29
BLATT
März/April 1995 5,– DM

Neue Osteroberungs-politik

Wohin treibt die FDP?

Frauen und Rechtsextremismus

Mißhandlungen von VietnamesInnen durch die Polizei

Aus der NS-Szene:

Überblick, Einblick-Prozeß, DKeG

Die KZ's Oranienburg und Treblinka

Internationale Berichte:
USA, Österreich u.a.

4 xw 60



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 29, März/April 1995

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s.Seite 51)

Nachdruck: In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

50 Jahre danach...

50 Jahre sind seit der Befreiung vom Faschismus in Deutschland vergangen. Ein letztes Mal die Niederschlagung des Nationalsozialismus feiern – dies werden so manche Repräsentanten dieses Staates hoffen, der dabei ist, die Fesseln der Nachkriegsordnung abzustreifen. Die Marschroute ist abgesteckt, nach einer langen »Wanderung durch die Wüste«. So hat jedenfalls der Kohl-Intimus Prof. Michael Stürmer die Nachkriegsjahrzehnte charakterisiert. Mit Bitburg und der »Zentralen Gedenkstätte« in Berlin hat es Kanzler Kohl bereits vorexerziert: Es wird in Zukunft ganz allgemein der Opfer, was die gefallenen Täter einschließt, gedacht. Alle Deutsche auf einmal Teil einer großen Opfergemeinschaft der, nennen wir es mal, Kriegswirren. Und mal scharfsinnig gefragt: Welcher Täter wird nicht zum Opfer, wenn er von den Opfern niedergerungen wird? Als Zwischenstation zu einer neuen Gedenkkultur bietet sich Dresden an, das bei Fertigstellung des Infoblatts genau 50 Jahre zuvor in Schutt und Asche gebombt worden war. Die Bombardierung Dresdens hat den Vorteil, daß sie zum Jahresbeginn 1945 stattgefunden hatte. Damit steht die diesjährige Erinnerung an das Dresden-Bombardement weit oben auf der Terminliste, vor den zahlreichen Gedenkveranstaltungen in den ehemaligen Konzentrationslagern auf deutschem Gebiet.

Der Schriftsteller Ralph Giordano hat bereits Anfang Januar in einem offenen Brief an Bundespräsident Roman Herzog die Befürchtung geäußert, daß das Jahr 1995 »auch die große Stunde der professionellen Aufrechner werden könnte«. Wer die Zerstörung Dresdens 1945 behandle, wie es Herzog vorhabe, der »wird mit dieser unheimlichen Nachbarschaft zu rechnen haben – und einer äußerst schwierigen Abgrenzung zu ihr.« Dresden gegen Auschwitz, das war schon immer ein Steckenpferd der Rechten. Dabei ist die Faktenlage für solch einen Mythos recht mager. Die tatsächliche Opferzahl der Dresdner Bombennächte liegt bei etwa 25.000. Oft behauptet wurde das Zehnfache. Das Modell für die Angriffe haben die Nazis mit ihrem Bombenkrieg auf Couventry in England vorgegeben. Die Rückantwort kam 1942 mit Köln und Hamburg und eben 1945 mit Dresden. Zu gerne vergessen die Aufrechner zu erwähnen, daß die Nazis noch bis März 1945 Bombenangriffe auf London mit ihren mörderischen V-Waffen durchgeführt hatten.

Erfahrungen aus der Vernichtungstechnologie der Nazis kamen auch in Dresden zum Tragen. In dem Treblinka-Tatsachenroman von F.J. Steiner, den wir in dieser Ausgabe besprechen, beschreibt der Autor , wie die Häftlinge die zigtausenden Leichen der Ermordeten wieder ausgraben mußten, um sie zu verbrennen. Die Nazis wollten der anrückenden Roten Armee keine Spuren der Vernichtung hinterlassen. Steiner zeichnet nach, wie die SS es erst nach langwierigen Versuchen schafft, die Leichen unter freiem Himmel restlos zu verbrennen. Dieses Wissen kam in Dresden unter Anleitung von Angehörigen des SS-Bataillons Streibel zum Einsatz. Die SS-Leute waren an der Vernichtung der europäischen Juden im Distrikt Lublin beteiligt gewesen. Wegen Seuchengefahr stapelten sie nach der Bombardierung die Toten auf Straßenbahnschienen als Roste und verbrannten sie mit Hilfe von Benzin.

Es wird das letzte Mal sein, daß in einer großen Anzahl Überlebende aus dem Widerstand und aus den Lagern der Nazis zu Veranstaltungen in die Bundesrepublik kommen. Natürlich werden wir dies nutzen, verstärkt über das NS-System, seine Schrecken und den Widerstand zu berichten. Die Zahl der noch lebenden Zeitzeugen, die über den Nazi-Terrors und dessen Ursachen berichten können, ist klein geworden. Es liegt an der jüngeren Generation von AntifaschistInnen, die Fackel aufzunehmen. Dieses 50. Jahr sollten wir dazu nutzen, den Älteren zu zeigen, daß Menschen in diesem Land die Lehren verstanden haben. Daß ihr Wirken die Jahrzehnte über nicht umsonst war. Daß sie nicht mit dem Gefühl aus dem Leben scheiden, wieder an dem Punkt zu stehen, an dem sie sich schon vor 60 Jahren befanden.

Das Verbot der Wiking-Jugend Ende letzten Jahres sehen wir als eine erfreuliche Entwicklung. Es bleibt aber zu beobachten, wie die WJ, eventuell auch mit Lagern im Ausland, weitermacht. Das erste Mal bei den Verboten der letzten Jahre ist nicht irgendeine unbedeutende Vorfeldorganisation vom Bann getroffen, sondern eine der



Befreite Zwangsarbeiter ziehen im Mai 1945 durch Berlin

Nachkriegsgründungen von Kadern aus der NS-Zeit. Die WJ wurde 1952 gegründet und sollte das Nachwachsen einer neuen Nazi-Generation sichern. Um die militanten Nazis wirklich in ihrer Struktur zu treffen, wäre ein Vorgehen gegen die DKEG (Deutsche Kulturgemeinschaft Europäischen Geistes«) fällig. Sie ist maßgebliche Scharnierorganisation der alten NS-Generation zur jungen militanten Neonazi-Szene. Sie leistet erhebliche geistige und materielle Unterstützung für das Heranziehen einer neuen Kadergeneration.

Die staatlichen Verbote gegen Faschoorganisationen dürfen aber nicht den Blick auf die massive Rechtsverschiebung im Apparat verstellen. Der mit der Vereinigung nochmals besonders entfaltete Nationalismus hat sehr alte Wurzeln. Vor kurzem hat der Dietz Verlag mit »Deutschland erwache!« ein Buch über den »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) herausgebracht, der einen Schwerpunkt in diesem Infoblatt bildet. Spektakulär an diesen Buch ist, daß die Autoren anhand des über hundertjährigen Wirkens eines scheinbar privaten Vereins einen roten Faden aggressiv-nationalistischer und völkischer Außenpolitik nachzeichnen. Bis – und vor allem wieder – heute. Die Bonner Politiker können mittlerweile (aufgrund ihres Alters) darauf verweisen, daß sie nicht mit dem Makel persönlicher Verflechtung mit dem NS-Regime behaftet seien. Dies ironischerweise in einer Phase, in der sich der deutsche Imperialismus wieder in einer Weise entfalten kann, von der die ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Führungsetagen am Rhein in den vergangenen Jahrzehnten nur träumen konnten.

Dieser Aufwind macht sich auch in anderen Bereichen bemerkbar. Ein junge Generation von erzreaktionären bis faschistischen Intellektuellen findet Eingang in die mittlere Ebene von Parteien und staatstragenden Institutionen. Diese schwarz-braune Intelligentsia rückt über hochgestellte Förderer in die Ämter und übernimmt Aufgaben im reaktionären Spektrum, die sich die Etablierten in der Öffentlichkeit noch nicht leisten können. Ein solcher Fall war Hans-Christoph Bonfert, der ehemalige Pressesprecher des Berliner Innensenators, über den wir ausführlich berichtet hatten. Andere werden folgen.

In der FDP versuchen nun diese Rechten, die Liberalen zur Haider-Organisation zu machen. Es erstaunt nicht, daß diese Kräfte innerhalb der FDP, die nach dem starken Staat streben, gerade im Repressionsapparat zu finden sind. Dies macht sie aber nicht weniger gefährlich. Mit ihrem Zugang zu den Säulen von Herrschaft, der Justiz und der Inneren Sicherheit, stellen sie eine enorme Bedrohung für alle dar, die Widerstand gegen die gesellschaftliche Rechtswicklung leisten.

Um die Bedrohung, die von der Rechtsentwicklung der Bundesrepublik nach der Vereinigung ausgeht, international bekannt zu machen, hat das englischsprachige Antifa-Magazin SEARCHLIGHT eine Sondernummer herausgebracht. Titel: »Das wiedervereinigte Deutschland – Die neue Gefahr«. In gut lesbarer Form wird ein Überblick über Tendenzen in der Bundeswehr, über die aggressiver werdende Außenpolitik, den aufkeimenden Nationalismus und die Expansion des Kapitals in Richtung Osteuropa gegeben. Die Ausgabe wird europaweit vertrieben und trägt hoffentlich zur internationalen Wachsamkeit und Isolierung der Bundesregierung bei.

»Ein Spinnennetz mit obskuren Absichten«



VDA und Niermann-Stiftung betreiben Wühlarbeit für die Bundesregierung

Der ehemalige Geschäftsführer des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA), Karsten Schlamelcher, ist Mitte Januar tot in seiner Wohnung aufgefunden worden. Millionensummen hatte der »Mann mit dem Koffer« in osteuropäische Länder gebracht. In seiner Führungsfunktion hatte er den kometenhaften Aufstieg des VDA von einem kleinem Kulturverein zu einer einflußreichen Organisation mitgetragen. Das blieb nicht ohne Folgen auch für ihn: Es laufen Ermittlungsverfahren wegen Betrugs und Untreue, nachdem der Bundesrechnungshof den Verbleib von etlichen VDA-Millionen nicht nachvollziehen konnte.

Aus den Töpfen des Bundesinnenministeriums und des Auswärtigen Amtes flossen allein 1990 und 1991 über 100 Millionen Mark zur Förderung von Deutschstämmigen in die Kassen des VDA, der damals unter Schlamelchers Regie lief. Seine Organisation ist seit Jahrzehnten dem Vorwurf ausgesetzt, im völkischen Wasser zu fischen und enge Beziehungen zum rechtsextremistischen Lager zu pflegen. Schlamelchers Angehörige hatten bei dem Tod des VDA-Funktionärs befürchtet, daß er ermordet worden sein könnte. Doch die Staatsanwaltschaft in Bonn, die die Leiche obduzieren ließ, gab kurz darauf bekannt, daß er eines natürlichen Todes gestorben sei.

Der Historiker Volker Külow beschrieb Schlamelcher gegenüber dem Infoblatt als »Schlüsselfigur für die operativen Tätigkeiten wie Landkäufe in Osteuropa«. Külow ist Mitautor des im Dezember erschienenen Buches »Deutschland erwache! Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus«. Brisant an der Veröffentlichung: Einer der Autoren gibt an, im Umfeld des Auswärtigen Amtes beruflich tätig zu sein und Informationen von Beamten bekommen zu haben, die mit der Außenpolitik der Bundesregierung unzufrieden seien. Schlamelcher werfen die Autoren vor, daß er Landkäufe in Kaliningrad, dem früheren Königsberg, und an der Wolga getätigt habe. Es sei um große, zusammenhängende Landstücke zur Ansiedlung von Deutschstämmigen gegangen. Das Ziel war, deutsche Enklaven zu schaffen. Die Bundesregierung bediene sich des VDA als einer Vorfeldorganisation für ihre Außenpolitik. Aufgrund des scheinbar privaten Charakters des VDA könnten die Bonner Regierungsinstanzen jede Verantwortung leugnen. Dabei ist die Verknüpfung mit politischen Vertretern offensichtlich. Im VDA-Verwaltungsrat konnte man bis Juni 1993 noch auf Staatssekretär Horst Waffenschmidt aus dem Bundesinnenministerium treffen, der den Geldsegen für den VDA nach der Wende eingeleitet hatte. Heute sitzen dort unter anderem der Bundestagsvizepräsident Hans Klein (CSU) und der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU).

Der Tod des ex-VDA-Geschäftsführers hat erneut die Auslandsaktivitäten der mit Bundesmitteln finanzierten Verbände ins Gespräch gebracht. Nicht nur die des VDA. Schlamelcher hat nach Pressemeldungen seine Auslandsaktivitäten mit der HERMANN-NIERMANN-STIFTUNG abgestimmt. Diese Stiftung hat Gelder an rechtsextremistische Kreise in Südtirol, im Elsaß und in Belgien geleitet. Im letzten Infoblatt berichteten wir über das frühere Vorstandsmitglied, den ex-Südtirol-Terroristen und Mediziner Erhard Hartung, den Kanzler Kohl mit einer Grußbotschaft nach China geschickt hatte. Heute betont die Niermann-Stiftung, Verbindungen ins rechtsextremistische Lage seien Schnee von gestern. Das Gegenteil behaupten Stimmen aus Ostbelgien, wo etwa 170.000 Deutschsprachige leben. Das GRENZECHO, die einzige deutschsprachige Zeitung Belgiens, hatte der Bundesregierung vorgeworfen, unter dem Deckmantel der Kulturförderung eine separatistische Kampagne zu unterstützen. Der deutsche Botschafter wurde Mitte Januar bei seinem Antrittsbesuch bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen auf die Umtriebe der Niermann-Stiftung hingewiesen. Zuvor schon waren Protestschreiben bei bei Bundesinnenminister Kanther und Außenminister Kinkel hinterlegt worden. In Belgien sei mit Wissen oder unter Anleitung hoher Bonner Ministerialbeamter versucht worden, die deutschsprachige Minderheit zu separatistischen Aktivitäten anzustacheln, hieß es darin. Es wurden Verbindungen zwischen Bonn und dem rechtsextremistischen sowie terroristischen Milieu hergestellt. Ein belgischer Untersuchungsausschuß ist noch dabei, die vorgelegten Fakten zu prüfen.

Alarmstimmung herrschte zum gleichen Zeitpunkt in Dänemark. Die größte Wirtschaftszeitung des Landes, JYLLANDS POSTEN, veröffentlichte einen groß aufgemachten Artikel über die Politik der Organisationen, die mit Geldern der Bundesregierung unter der deutschsprachigen Minderheit arbeiten. 20.000 Personen umfaßt diese Bevölkerungsgruppe in Dänemark. Übertitelt mit »Das deutsche Gespenst« wurde in dem Artikel der Verdacht subversiver Aktivitäten im Auftrage des Bundesinnen- und Außenministeriums geäußert. Es ging um den VDA, die Niermann-Stiftung und um die Förderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), dessen derzeitiger Präsident in Bozen/Südtirol lebt. In dem Artikel von Jyllandse Posten vereinigen sich diese Organisationen zu einem »Spinnennetz mit obskuren Absichten«. ■

»Deutschtumspflege«

Ein Jahrhundert im Dienste aggressiver deutscher Außenpolitik

Über hundert Jahre subversives Wirken als inoffizielle Agentur der deutschen Außenpolitik. Und auch heute nach wie vor wichtiges Bindeglied für führende staatliche Stellen zum großdeutschen Nationalismus und Rechtsradikalismus. So lauten die Vorwürfe, die die Autoren von »Deutschland erwache! Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus« gegen den Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) und die deutsche Außenpolitik erheben.

Auf über 500 Seiten nehmen die Autoren die Entwicklung des VDAs und der deutschen Außenpolitik unter die Lupe. Sie weisen nach, daß sich an der Rolle des VDA über die verschiedenen Phasen Deutschlands nichts Wesentliches geändert hat. Unter dem Vorwand weltweiter »Kulturpflege« und »Bewahrung des Deutschtums« diente und dient die Auslandstätigkeit des VDA einer pangermanistischen Politik des deutschen Staates. Schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts drängte der kaiserliche Staat zusammen mit den Industriekreisen nach kolonialer Expansion. Die passende Ideologie stand mit dem Pangermanismus bereit. Nach der sollten die Deutschen über eine besonders hochwertige Kultur und Blutreinheit verfügen. Träger dieses Kultur- und Rasseauftrages wurden im Ausland die mehreren Millionen Deutschstämmigen, die ab 1881 von dem Allgemeinen Deutschen Schul Verein (ADSV) umpflegt wurden. Der ADSV, der vom Außenministerium gesteuert wurde, nannte sich 1908 in Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) um. Das Auswärtige Amt delegierte Vertrauensleute in die Verbandsspitze und behielt sich die Abstimmung sowie Finanzierung grenzüberschreitender Aktivitäten vor. Bereits 1885 befaßte sich der österreichische Außenminister mit den Einmischungsversuchen des Vereins.

Mit Kriegsbeginn 1914 wirkte der VDA als Propagandaunternehmen des kaiserlichen Generalstabes und war auch geheimdienstlich eingebunden. Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabes Paul von Hindenburg stellte sich als Ehrenvorsitzender des VDA zur Verfügung.

Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg vefügte der VDA wieder über einen Etat von mehreren Millionen Mark. Führende Verbandsmitglieder standen spätestens 1922 in engem Kontakt zu Hitler und seiner Partei. Repräsentativ für den VDA waren Erklärungen führender Mitglieder wie, daß der »Nationalsozialismus Hitlerischer Prägung« zur »durchschlagendsten Kraft« der »völkischen Bewegung« geworden sei. Das Wesen der VDA-Politik in den 20er Jahren war Verschärfung nationaler Widersprüche, aggressive nationalistische und rassistische Propaganda, traditioneller Antisemitismus und verstärkt antislawische Kampagnen. Mit den Nazis war sich der VDA einig: Es sollte ein großdeutsches Reich höherwertiger Rasseherkunft geschaffen werden.

Zur gleichen Zeit bemühte sich das Berliner Außenministerium, mit subversiven Methoden an den europäsichen Grenzen zu rütteln. In Holland wurde ein Bankunternehmen gegründet, das die Gelder aus den geheimen Transktionen wusch. Mit den millionenschweren Überweisungen sollte die »Germanisierung« in Dänemark, Jugoslawien und Polen vorangetrieben werden. Mit Geldern des deutschen Staates wurden Ländereien und Wirtschaftsunternehmen sowie Pressestützpunkte gekauft. Die übernahmen dann Strohmänner aus der deutschen Minderheit. Nach dem Kampf für »kulturelle Autonomie« stand schließlich die Forderung des VDA auf »nationale Selbstbestimmmung« auf der Tagesordnung und damit territoriale Ansprüche des deutschen »Kernstaates«.

Mit der Regierungsübernahme der NSDAP wurde der VDA zu einem maßgeblichen Herrschaftsträger des Nationalsozialismus. Sein neuer Name: »Volksbund für das Deutschtum im Ausland«. Im März 1933 schlug der VDA Hitler vor, neben Hindenburg Ehrenvorsitzen des VDA zu werden. Die VDA-Jugend wurde sofort der HJ zugeführt. 1934 intensivierte derVerband seine antisemitische Propaganda. In Europa konzentrierten sich die VDA-Kampagnen vor allem auf die Tschechechlowakei. Gelder des Auswärtigen Amtes wurden an deutschstämmigen Separatisten weitergeleitet. VDA-Leute arbeiteten verstärkt für die Nazi-Spionage.

Wie schon im Kaiserstaat geschah die geheime Steuerung durch die oberste Staatsspitze. Mit Beginn des 2. Weltkrieges leisteten die Minderheiten logistische Hilfe beim Einmarsch der deutschen Trupen. Die im VDA ausgebildeten Kader bildeten Polizeikräfte, verfolgten Widerstándskämpfer und nahmen an der Liquidierung der einheimischen Bevölkerung teil.

In der UDSSR praktizierten VDA-Spezialisten ein Germanisierungsprogramm. Dazu gehörte Zwangsverschleppung (»Eindeutschung«) von Kindern und Selektion des russsischen »Deutschtums«. Die nicht »blutreinen« Selektionsopfer überließ der VDA den Liquidationstrupps der SS.

In einer Untersuchung des US-State Department wurde der VDA 1942 als eine verdeckte Staatsagentur auf geistiger Grundlage des Pangermanismus charakterisiert. Das State Department listete mehrere Beispiele für die subversiven Aktivitäen des VDA auf, u.a. in den Niederlanden und Polen.

1945 stuften die Alliierten den VDA als herausragende NS-Organisation ein. Er wurde am 10.10.45 verboten und das seit 1933 bestehende VDA-Vermögen eingezogen. Ab 1947 erweckten die alten Kader aus der NS-Zeit den VDA trotz Verbot wieder zum Leben. Zentrale Figur dabei war ex-VDA-»Reichsführer« Hans Steinacher. An dem Rasse- und Hegemonialprogramm hatte sich nichts geändert. Nur am vehementen Antisemitismus mußte der VDA Abstriche machen. Bereits 1952 bestanden feste Kontakte zum Auswärtigen Amt (AA). Das AA sprach sich für die Zusammenarbeit mit den alten VDA-Kadern aus. In »Deutschland erwache« sind erstmals Papiere der AA-Abteilung VI veröffentlicht, die die Empfehlung enthalten, die VDA-Führungsgruppe der ersten NS-Jahre für »bestimmte konkrete Aufgaben im Ausland« einzusetzen.

1955 war es wieder soweit. Der Verband wurde unter seinem alten Namen angemeldet. Der Innenminister sorgte sich persönlich um den VDA. Hilfreich konnte zu der Zeit sicher auch Theodor Oberländer sein. Der ehemalige VDA-Landesverbandsleiter Ostpreußen und Instrukteur des ukrainischen Kollaborationsbataillion »Nachtigall«, das u.a. Massenmord an den Lemberger Juden begangen hatte, hatte es zum Vertriebenenminister gebracht. Steinacher traf 1961 mit Vertretern des Bundespräsidialamtes, des AA und des Innenministeriums zusammen zwecks Absprache der Zusammenarbeit. »Nach dem Vorbild der 20er und 30er Jahre wurde die heimliche Etatisierung in Gang gesetzt.«, urteilen Münow/ Goldenach. Laut Besprechungsprotokoll von 1963 riet der Bonner Außenminister (und ex-SA-Mann) Schröder, daß Finanzmittel »nicht unter dem Namen des VDA, sondern einem anderen der Auslandsbetreuung zugeführt werden«.

In den 70er Jahren nahm die Arbeit des VDA durch aktive Förderung namhafter



Rudolf Aschenauer, Rechtsanwalt, gest. 1983.(im Hintergrund Himmler-Adjutant Karl Wolff)
Verbindungsmann der Bundesregierung zum deutschen Rechtsradikalismus. War SA-Mitglied, NSDAP-Blockleiter und »Sachbearbeiter für juristische Volks- und staatsfeindliche Angelegenheiten« in der »Abteilung Propaganda Amt«. Bis 1945 Mitarbeiter des VDA-Gauverbandes München-Oberbayern. Juristischer Berater der Stillen Hilfe, Verteidiger von Kriegsverbrechern, darunter von Otto Ohlendorf, Leiter der »Einsatzgruppe D«. Ohlendorf war verantwortlich für die Exekution von 90.000 Männern, Frauen, Kindern. Gab das Buch »Ich, Adolf Eichmann« heraus. Seit Ende der 40er Verteidiger von Kriegsverbrecher Herbert Kappler und später von dessen Frau. Enger Kontakt mit dem »Hilfskomitee Freiheit für Herbert Kappler«, aus dem heraus wahrscheinlich die Kappler-Befreiung organisiert worden war.
1952 Eintritt in die Deutsche Gemeinschaft (DG). Im Auftrag der DG Verbindungsmann zu Naumann-Gauleiter-Kreis. Mitbegründer der Nationalen Opposition (NO). Zum Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) trat er 1953 über. Bei den Bundestagswahlen Initiator der Nationalen Sammlung (NS), ein Zusammenschluß von DG und Deutscher Block (DB). 1954 Verbindungsmann zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder (ebenfalls ex-SA-Mann) und der DRP . Schröder wurde später auch Außenminister.
1963-1983 Vorsitzender der Freunde Südtirols in München.
Von 1973-1977 Vorsitzender des VDA. Den Aufstieg seines VDA-Kollegen zum Bundespräsidenten durfte er noch miterleben: das frühere NSDAP-Mitglied Karl Carstens (VDA-Mitglied seit 1924) wurde 1979 in das Amt gewählt.

Hans Steinacher, Österreicher, gest. 1971. In der NS-Zeit »Reichsführer« des VDA. Seine Verbindungen aus der Nazi-Zeit wußte er in der BRD weiter zu pflegen. Er war der maßgebliche VDA-Mann in den 50er und 60er Jahren, der aufgrund seiner guten Kontakte zu Regierungspolitikern den Verein wieder in seine alte Position als verdeckte Staatsagentur bringen konnte. Intensive Kontakte bestanden zwischen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers und Steinacher. In der Öffentlichkeit an der Seite von Ehlers trat Steinacher allerdings unter einem Decknamen auf.

Vertreter der deutschen Industrie einen Aufschwung. Der große Sprung aber war dann nach 1989 möglich.: Minderheitenorganisationen, die als separatistisch einzustufen waren, arbeiteten in zahlreichen Ländern in West- und Osteuropa, angebunden über den VDA an die Bundesregierung. Die Osteuropaerfahrungen des VDA haben bereits Eingang in die Politik gefunden. Das AA hat Minderheitenreferenten mit Arbeitsstäben an den Botschaften eingerichtet.

Innen- und Außenmisterium leiteten innerhalb der kurzen Zeitspanne 1990/91 über 100 Millionen Mark an den VDA. Die Autoren von »Deutschland erwache« erkennen darin eine Wiederholung des Steuerungsschemas der 30er Jahre, als der VDA im Auftrage des Außenministeriums Stimmung für eine »Neuordnung Europas« machte. Wie in den 20er Jahren soll es zu erheblichen Territorialkäufen gekommen sein. Das Ziel dabei: Regionen »germanisieren«, deutsche Enklaven schaffen.

Staatssekretär Waffenschmidt, dessen Millionenüberschüttung des VDA zu große Wellen in der Öffentlichkeit geschlagen hatte, wurde Juni 1993 aus dem VDA-Verwaltungsrat zurückgezogen. Den VDA leitet seit Anfang 1994 als Bundesvorsitzender Hartmut Koschyk, im Bundestag für die CSU, Mitstreiter in der Paneuropa-Union und ex-Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen. Sein besonderes Anliegen ist natürlich auch die »Königsbergfrage«, die nach der »Zukunft des russischen Teils Ostpreußen«. Koschyks Stellvertreter: Staatssekretär a.D. Wolfgang Egerter, langjähriges Vorstandsmitglied des Witiko-Bundes.

Die Bundesregierung hat 1989 sogleich die Gelegenheit beim Schopf gepackt, die Fesseln der Nachkriegsordnung abzustreifen. Der deutsche Imperialismus soll sich seinen Platz erobern, den ihm seine ökonomische Stärke gebietet. Das heißt eben auch verstärkter Einsatz für das »Deutschtum im Ausland - schließlich ist das »Volk« ist »eine Blutgemeinschaft«, wie 1986 der damlige VDA-Bundesvorsitzende Hans Joachim Berendes feststellte. Etwas steht diesen neugeweckten alten Begierden aber noch im Weg: »Der Amerikanismus », - »als weltweite Seuche die größte Bedrohung Europas«, nach den Worten des Dauermitglieds im VDA-Verwaltungsrat und Vorsitzenden der rechtsextremen »Österreichischen Landmannschaft«, Helmut Kowarik, 1990/1991 im Eckartboten. ■

Goldendach/Minow: »Deutschland erwache«. Dietz Verlag, Berlin 1994. 54,-
Beim Berliner Verein Lupe kann das 1993 erschienene »Organisationsprofil 'Verein für das Deutschtum im Ausland« bestellt werden (20,-). Lupe e.V., PF 360 123, 10971 Berlin

»...die Leistungsbereiten, Risikofreudigen, Engagierten...«

Wohin treibt die FDP?

Ein Thesenpapier »Berliner Positionen für eine liberale Erneuerung« wühlt die FDP auf. Nur kurz nach der Bundestagswahl am 16.10.1994 wird es von einer Gruppe abgehalfterter Berliner Provinz-Prominenz verbreitet. Das Erschreckende an dem Papier, mit dem die FDP auf nationalliberalen Kurs gebracht werden soll, ist nicht sein Inhalt (s.Kasten 1), sondern die Breite, in der es diskutiert wird – in- und außerhalb der FDP. Parallel dazu werden rechte Unterwanderungsversuche in Berliner Bezirksverbänden bekannt. Treibt die FDP nach rechts?

Welche Kräfte sind für das Papier verantwortlich? In der alten Frontstadt des Antikommunismus Berlin existiert ein ruhelos aktives, gleichwohl bislang politisch »heimatloses« Spektrum von rechten nationalistischen Scharfmachern. Man kennt sich aus verschiedenen rechten Zirkeln. Diese Kreise sind eng mit der seit 1981 meistens regierenden CDU verbunden, die eine Politik der Stellenbesetzung betreibt. Neuerdings wird, mit Blick auf die Hauptstadt,

Die Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung

Im Oktober 1994 kurz nach der Bundestagswahl durch vier FDP-Mitglieder veröffentlicht, zielen die Berliner Positionen auf eine Rechtswende in der Partei. Vom Berliner Landespartei wurde dem Kreis um von Stahl und Zitelmann untersagt, im Namen der Berliner FDP zu sprechen.

Das Papier beginnt mit einer taktischen Argumentation: »Die Grünen haben sich etabliert und haben die linksliberalen Wähler absorbiert«. Die FDP müsse sich »jenseits von rechts und links« neu definieren. Im folgenden werden Thesen zu verschiedenen politischen Problemen formuliert.

Außenpolitisch fällt die weitgehende Zurückhaltung auf. Allerdings werden zur EU Positionen geäußert, die denen Haiders und v.a. Brunners entsprechen. Unter dem Stichwort »Abschied von Ideologien« wird gegen die These von der multikulturellen Gesellschaft gewettert, eine doppelte Staatsbürgerschaft abgelehnt. Auch gegen den als Ideologie verstandenen Feminismus wird agitiert. Sowohl über Feministinnen als auch über AusländerInnen werden dabei gängige Klischees ausgenutzt. Weitgehend unbemerkt ist die reaktionäre und elitäre bildungspolitische Position geblieben. Der Stoß richtet sich v.a. gegen das sozialdemokratisch Reformmodell der Gesamtschule, die aufzulösen sei. Ein zentraler Punkt ist die »Innere Sicherheit«. Hier wird versucht, die FDP im Sinne der CDU-Politik auf Linie zu bringen. Demgegenüber will die Parteiführung nach außen mit klassischen Positionen des politischen Liberalismus Profil gewinnen.

Der Schwerpunkt des Papiers liegt auf einer streng wirtschaftsliberalen Agitation. Neben weiterem Abbau des Sozialstaates und von Subventionen bei gleichzeitiger Privatisierung staatlicher Leistungen wird auch hier mit einer elitären Ideologie der »Leistungswilligen« argumentiert. Mit diesen Parolen - »wir sind die Tüchtigen« - hat Haiders FPÖ im letzen Jahr ihre Wahlerfolge eingefahren. Bei den Berlinern liest sich das so: »*liberal... sind diejenigen Bürger, denen die Sicherung der Freiheit wichtiger ist als die Gleichheit, die das Prinzip der Freiheit und Selbstverantwortung über das Prinzip der Gleichheit und Abhängigkeit setzen. Es sind die Leistungsträger in allen Schichten der Bevölkerung, die einen Anspruch darauf haben, von einer Partei vertreten zu werden, die darauf achtet, daß ihre Gestaltungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft erhalten bleiben.*«

So argumentiert auch die Parteispitze. Von der »Welt«-Journalistin Martina FIETZ, die unverholen mit dem rechten Positionspapier sympathisiert, befragt, sagt der Vorsitzende Kinkel: »Manches in dem Thesenpapier ist durchaus diskussionswürdig.« Im Verlauf des Interviews formuliert er: »*Es geht um die Leistungsbereiten, die Risikofreudigen, die Engagierten... Wir (fühlen) uns der Wirtschaft, vor allem dem Mittelstand verbunden... Die Bürger (müssen heute) oft den Eindruck gewinnen, daß ihr Staat eher Schwierigkeiten hat, sie zu schützen... Wir wollen zu einem nationalen Kriminalitätsbekämpfungsplan kommen...*« (Welt v.19.1.'95)

Die Positionen folgen in vielen Punkten einem Manifest »Bürger zur Freiheit!« von Fritz FLISZAR. Er ist Geschäftsführer der FDP-nahen, als rechstlastig bekannten Friedrich-Naumann-Stiftung.

FDP-Mitglieder, die den »Berliner Appell: Wehret den Anfängen« unterzeichneten:

* Burkhard CORNELIUS (MdA), Bezirksliste Lichtenberg. Rechtsanwalt. »Verband Demokratische Erneuerung«*
* Jürgen GANSCHOW (MdB), Frankfurt/Oder. Schrieb am 18.2.'94 in der Jungen Freiheit.
* Klaus GRÖBIG, Vorsitzender der FDP-Tempelhof, Mitglied im abgesetzten Vorstand der JuLis 1993, Abonnent der JF.
* Axel HAHN (MdA), Vorsitzender des Bezirksverbandes Neukölln. Studierte Geschichte an der FU. Teilnehmer der Dienstagsgespräche.
* Winfried HAMPEL (MdA), Bezirksliste Köpenick. Lektor.
* Manfred KITTLAUS, Mitglied im Ortsverband Spandau-Mitte. Leiter der ZERV, vormals Landespolizeidirektor. »Vereinigung Leitender Polizeibeamter« (1989). Ko-Autor der »Berliner Positionen«
* Wolfgang MLECZKOWSKI (MdA), Vorsitzender des Bezirksverbandes Spandau. Dipl.Historiker (Studium: Humboldt-Uni). Landesgeschäftsführer des »Kuratorium Unteilbares Deutschland«, Vorstandsmitglied des »Deutschlandpolitischen Bildungswerkes NRW«, Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung, mutmaßlicher Teilnehmer am »Dienstagsgespräch«, Ko-Autor der »Berliner Positionen«
* Marcus ROSCHER, Junge Liberale, FDP-Bezirksverband Tempelhof. Rechtsrefrendar. Teilnehmer am »Dienstagsgespräch«, Kontakte zur »Berliner Kulturgemeinschaft Preußen«, Vorsitzender der »National-Liberalen in der FDP«
* Erika SCHMID-PETRY (MdA), Bezirksliste Zehlendorf. Diplomkauffrau. »Verband Demokratische Erneuerung«*, gilt als Widersacherin der Sozialliberalen Carola von Braun und hat maßgeblich deren Rücktritt forciert.
* Hans SCHWENKE (MdA), damals fraktionslos, gewählt über die Landesliste Bündnis 90/Die Grünen. Publizist. Vorsitzender »Bürgerkomitee 15.Januar«
* Torsten WITT (s.S. 11)
* Rainer ZITELMANN, Mitglied im Ortsverband Spandau-Mitte seit August 1994. Publizist und Historiker (FU). U.a. Teilnehmer am »Dienstagsgespräch«. Ko-Autor der »Berliner Positionen«

* Der »Verband Demokratische Erneuerung« ist ein nationalistischer Zusammenschluß verschiedener Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Von der CDU ist neben anderen insbesonder Ekkehard WRUCK Mitglied, der im Sommer 1994 in der Heckelmann-Bonfert-Affäre als Fürsprecher der Jungen Freiheit in Erscheinung trat.

Treffen von rund 80 FDP-Rechten am 5.1.95 im Stuttgarter Hotel »Am Schloßgarten«: v.l.: Eberhard Hamer, Wolfgang Mleczkowski, Alexander von Stahl, Manfred Kittlaus



diese Personalpolitik von der Bundes-CDU forciert.

Einer der erwähnten Zirkel ist das DIENSTAGSGESPRÄCH. Diese Runde aus Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Presse sorgte im letzten Sommer für Aufregung, als bekannt wurde, daß Hans-Christoph BONFERT, Pressesprecher des Berliner Innensenators HECKELMANN, regelmäßiger Teilnehmer war (Vgl.AIB Nr.28, S.5 ff). Am 18.5.'93 wurde eine Veranstaltung mit dem Führer der östereichischen Schwesterorganisation der FDP, Jörg HAIDER, abgehalten. Über die Teilnehmer eines anschließenden internen Gesprächs ist nichts bekannt. Hier könnte die Idee zur Nationalisierung der FDP geboren worden sein. Denn Haider hatte vorher unter Applaus eine nationale Partei für Deutschland gefordert. Seine Zuhörer waren u.a. der Publizist Rainer ZITELMANN und Marcus ROSCHER. Letzterer tritt als Vorsitzender der »Nationalen Liberalen« auf. Er und Zitelmann wurden auf einer Veranstaltung der offen faschistischen BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN als Kameraden bezeichnet.

Einige Wochen nach Haider spach Manfred BRUNNER beim Dienstagskreis über seine »national-liberale« Partei BUND FREIER BÜRGER (vgl.AIB Nr.26, S.33 ff).

Der inszenierte Rechtsruck

Im September 1994 gehört Zitelmann zu den Initiatoren eines »Berliner Appelles«, der sich gegen den Antifaschismus richtet. Es unterzeichnen u.a. verschiedene FDP-Politiker (s.Kasten). Im August '94 tritt Zittelmann der FDP bei.

Anfang Oktober wird sein Lehrer Ernst NOLTE im Spiegel interviewt. Er fordert eine vierte Partei rechts von der Union, unterstützt vom Nationalliberalen Manfred Brunner.

Mit diesem Statement beginnt die Inszenierung des nationalen Schwenks der FDP. Drei Wochen später folgt das Berliner Papier, von dem sich die Parteispitze distanziert. Der Kollege Zitelmanns und Noltes und Teilnehmer des Dienstagsgesprächs, Arnulf BARING signalisiert ungefragt Zustimmung. Haider verspricht seine Unterstützung.

Im ultrarechten Lager ist die Reaktion uneinheitlich. Gunnar SOHN, Ende der 80er Vorsitzender der Berliner JU, sieht keine Chance für die FDP. Ultrarechte Kreise wie die FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG sollten die Partei lieber verlassen. Die Nazi-Postille INDEX hält von Stahl für einen Heuchler, wünscht den FDP-Rechten gleichwohl Glück. Aus informierten Kreisen verlautet indessen, von Stahl erhalte dauernd zustimmende Anrufe aus faschistischen Kreisen.



Markus Roscher (Junge Liberale)

Das neurechte Musterblättle JUNGE FREIHEIT (JF) ist begeistert. Mit den Unterzeichnern des Papiers ist man eng verbunden. Gemeinsam mit Alexander von STAHL, dem geschaßten obersten Ermittler der BRD, saß man beim Dienstagsgespräch. 1993 berichtet die JF mehrmals wohlwollend über den damaligen Generalbundesanwalt.

Zitelmann ist gern zitierter Freund und Mentor des Blatts (s. auch Seite 13).

Der vierte Unterzeichner, Hans-Joachim JOSEWSKI, ist Bankdirektor.

Der Ortsverband Spandau-Mitte und die »Innere Sicherheit«

Letzter in der Runde ist Manfred KITTLAUS, ein leitender Berliner Polizeibeamter. Er gilt als Intrigant, der aktiv in die Politik eingreift. 1989 gehörte er zu einer »VEREINIGUNG LEITENDER POLIZEIBEAMTER« (VLP – vgl. AIB Nr.22, S.11), die erfolgreich den rot-grünen Senat diskreditierte.

Als Landespolizeidirektor abgesetzt, leitet Kittlaus heute die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV). Wegen der illegalen Veröffentlichung von Stasi-Akten wurde er in dieser Funktion im Dezember '94 – wie Kanther und Heckelmann – von Stefan Heym angezeigt.

Unbestätigten Berichten zufolge soll Dr. Matthias BATH zu den Staatsanwälten gehören, die in diesem Bereich die Ermittlungen leiten. Er war REP-Funktionär und ist stellvertretender Vorsitzender des faschistischen HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERKes.

Eine Reihe anderer Staatsanwälte beim Kriminalgericht ist im ORTSVERBAND SPANDAU-MITTE der Berliner FDP organisiert, dem Kittlaus angehört, Zitelmann und von Stahl kürzlich beigetreten sind.

Z.B. Bernhard JAHNTZ, der den Prozeß gegen Mielke führte – auf der Grundlage von Nazi-Ermittlungen aus den 30er Jahren. Den Vorstoß des Positionspapiers begrüßte er. Vorsitzender des Ortsverbandes ist Staatsanwalt Dieter ROLFSMEYER. Ein dritter Staatsanwalt bei der FDP Spandau-Mitte ist Carlo WEBER, ehemals Leiter der P-Abteilung und bis heute mit politischen Straftaten »von rechts und links« leitend betraut. Er ist ein bekannter Autonomen-Fresser und auch für die Aburteilung von Berliner Antifas verantwortlich.

Zu diesen hochrangigen Beamten aus dem Bereich der »Inneren Sicherheit« im Ortsverband gehört auch der mit der Dienst- und Fachaufsicht der Berliner Polizei betraute Lutz-Rüdiger VOSS (Vgl. Tagesspiegel v. 19.1.'95).

Mleczkowski, Vorsitzender des Bezirksverbandes Spandau, kann sich über einen weiteren Neuzugang aus der Innenverwaltung freuen: Kuno BÖSE, ebenfalls Historiker, der laut Tagesspiegel jahrelang in Berlin-Steglitz als Karteileiche der FDP geführt wurde. Dieser FDP-Verband um den Bezirksverordneten AUGSTIEN fiel 1993 durch seine latent antisemitische Ablehnung eines Mahnmals für die deportierten Steglitzer Juden auf (vgl.AIB Nr.27, S.21).

Bei Mleczkowski und Böse angekommen führt unsere Fahrt durch die Berliner Polit-Geisterbahn zurück zum Ausgangspunkt: zu Heckelmann. Mleczkowski gilt laut Tagesspiegel als Anhänger des Innensenators. Und Böse war bereits sein persönlicher Mitarbeiter, als er noch Präsident der FU war. Heckelmann, in seiner Uni-Zeit durch diverse Skandale bekanntgeworden, gilt als Freund und Zögling von Rupert SCHOLZ (man kon- und transpirierte gemeinsam im sog. »Sauna-Kreis«). Von der Uni fiel der inkompetente Präsident die Stufen herauf und wurde Innensenator. Staatssekretär für Sicherheit und Ordnung war seinerzeit Armin JÄGER, der laut Berliner Zeitung vom 23.6.94 vom Bonfert-Skandal frühzeitig Kenntnis hatte. Genauso sein Amtsnachfolger – Böse. Der war damals Persönlicher Referent Heckelmanns. An diesem Punkt drängt sich die Frage auf, ob Bonfert nicht regelrecht *für* Heckelmann den Dienstagskreis besuchte.

Unterwanderung und Zustimmung

Doch ist damit nur die Spitze der Berliner FDP-Unterwanderung benannt, auf welche Sozialliberale wie Carola v.Braun und Michael Tolksdorf seit einiger Zeit aufmerksam machen. Betroffen ist z.B. der Bezirk Reinickendorf.

In Tempelhof scheint die Unterwanderung am weitesten fortgeschritten zu sein. Der dortige Kreisvorsitzende Klaus GRÖBIG gilt als Motor des Rechtsschwenks. Ihm zur Seite steht Bezirkspressesprecher Torsten WITT (siehe Seite 11). Gröbig ist Preußen-Fan und war Gast bei der Gründung eines rechtslastigen »Stresemann-Clubs« in der Dresdner FDP. Frau v.Braun, die ebenfalls in Tempelhof Mitglied ist, beschuldigte er parteischädigenden Verhaltens.

Zugleich Ziel und Vehikel der Unterwanderung waren die Berliner Jungliberalen (JuLis), wie die »taz« am 6.4.'93 berichtete. Durch Einschleusung Westberliner rechter JuLis in Ostberliner Kreise ließen sich damals Gröbig, Gernot BIEHLER und Ronald GLÄSER (ein Abonnent der JF) in den Landesvorstand wählen. Das Schiedsgericht setzte den Vorstand ab – wegen der Machenschaften von Gläsers intern als

Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl holt zum großen Schlag aus.



»Eingreiftruppe Biehler« bezeichneten Mannen, die unter der Preußenflagge tagten. Bei diesen JuLis handelt es sich offenbar um die »40 bis 50 geschlossen operierenden Leute«, von denen v.Braun gegenüber dem »Spiegel« spricht. Angeblich sollen ihre Mitgliedsbeiträge von einem Sponsor übernommen worden sein. Einige von ihnen stammen aus der Berliner Jungen Union, die namentlich in Tempelhof zeitweise als Vorfeldorganisation der Neofaschisten galt. Von der JU gibt es wieder Querverbindungen in die Innenverwaltung, z.B. über Helge DRESCHER (vgl. AIB Nr.25, S.39 u.27, S.46).

Die Reaktion in der FDP

Wie nun ist die Reaktion in der krisengeschüttelten FDP? Besucher des Geraer Parteitages berichten, mindestens die Hälfte der Delegiertenbeiträge gegen den Parteivorsitzenden Kinkel gingen mehr oder weniger in Richtung der »Berliner Positionen«.

Wenig erfolgreich war das parallel zum Dreikönigstreffen am 5.1.'95 in Stuttgart durchgeführte Treffen der »Stahl-Gruppe«. Im Anschluß gab der niedersächsiche Professor Eberhard HAMER, der mit auf dem Podium saß, der JF ein Interview. Die offizielle FDP-Führung war hingegen um Abgrenzung bemüht.

Auf dem Berliner Landesparteitag erhielten die Nationalliberalen eine unmißverständliche Absage, als von 348 Delegierten bei 5 Enthaltungen nur 20 gegen einen Abgrenzungsantrag stimmten. Die »Erneuerungspositionen« wurden nicht gebilligt, Unterwanderungsversuche »von links und rechts« gelte es zu bekämpfen.

Doch gibt es Zustimmung an der Basis und in einigen FDP-Landesverbänden. Z.B. Hessen: In Bad-Homburg referierte Haider, in Waldeck-Frankenberg agitieren Wolfgang FRÖHLICH und Rainer WALENZIK, aus dem Bezirk Westhessen-Nassau kommt ein rechter Kreis um den bildungs- und sozialpolitischen Sprecher im Landtag, Heiner KAPPEL. In Baden-Württemberg fiel bereits 1992 Hans Manfred ROTH aus Bad Cannstatt auf, der Jörg Haider zu einer Deutschland-Tournee lud. Anschließend gab er der JF ein Interview. Auch in Leipzig war Haider 1993 willkommener Gast des FDPlers Wolfgang TRAXEL. In Sachsen wurde mit Klaus HAUPT ein Befürworter des Positionspapiers zum Landeschef gewählt. Der »Spiegel« berichtet darüber hinaus über Zustimmung aus Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. In Brandenburg will Landesgeschäftsführer Jakob das Papier nicht in Bausch und Bogen verdammen.

Und die Parteiführung ist nicht so weit von den Positionen entfernt (s. Seite 8). Die FDP treibt nach rechts.

Überall dabei

Die rechte Karriere eines »Liberalen«

Sie kommen nicht aus dem Nichts die jungen National«liberalen« in der Berliner FDP, die Carola von Braun als »ganz junge Männer mit ganz kurzen Haaren, die da im Gleichschritt aufmaschierten« beschreibt.

Beispiel dafür ist Torsten Witt, der sich im Berliner Appell als »Journalist, Sprecher FDP Berlin-Tempelhof« zu erkennen gibt. Der 31jährige ist kein Neuling in der Politik. Begonnen hat seine Karriere bei der Jungen Union. Als Rechtsaußen kam er hier bereits 1984 ins Gerede, als er sich an der Gründung der Konservativen Jugend in Berlin beteiligte. Kaum begannen die Republikaner, in Berlin einen Kreisverband aufzubauen, zeigte sich der Jungunionist interessiert. Als die Republikaner am 14.Juli 1987 erstmalig öffentlich in Berlin auftraten, war Witt dabei. Zugleich war der Medizinstudent Pressesprecher des Coburger Covents. 1988 engagierte sich der stramme Bursche bei der Gründung eines (west-)Berliner Landesverbandes des Gesamtdeutschen Studentenverbandes (GDS), der eng mit dem Bund der Vertriebenen zusammenarbeitet. Witt, mittlerweile Mitglied der Berliner Republikaner, wurde sogleich zum Vorsitzenden des GDS-Berlin gewählt. Am 17. Juni 1988 beteiligte er sich am Aufmarsch der Deutschen Burschenschaft vor dem Brandenburger Tor, zwei Monate später kreuzte er beim Berliner Landesparteitag der Republikaner auf.

Gleichzeitig betätigte sich Torsten Witt journalistisch. Der Vorsitzende der Berliner Jugendpresse, in der neben zahlreichen Zeitschriften der Jungen Union auch weiter rechts stehende Blätter, so der Denkzettel der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten organisiert waren, wurde von Juni 1988 bis Mai 1989 im Impressum der Jungen Freiheit als freier Mitarbeiter für Berlin aufgeführt.

Witt scheint über einen großen rechten Freundeskreis zu verfügen -jedenfalls bezog er 1989 einhundert Exemplare der Jungen Freiheit.

Bei dieser Vorgeschichte mag verwundern, daß Witt von 1991 bis zum April 1993 plötzlich im Berliner Landesvorstand der Jungen Liberalen auftaucht. Nicht verwunderlich ist hingegen, daß die Senatsverwaltung für Jugend Berlin beim FDP-Nachwuchs eine Politik ausmacht, »die starke Rechts-tendenzen und nationalchauvinistische Entgleisungen zeitigte«. Das Magazin der Berliner Jungliberalen mit dem Namen »Die Zukunft« enthalte »rassistische Äußerungen«.

Anlaß für das Interesse der Senatsjugendverwaltung an Torsten Witt ist dessen Funktion als Vorsitzender des Vereins »Verband Junger Journalisten Berlin-Brandenburg« (VJJ). Im Kuratorium dieses – als Nachfolger der Berliner Jugendpresse geltenden – Verbandes saß bis zum Dezember 1993 der damalige Berliner Jugendsenator Thomas Krüger (SPD). Dieser erklärte jedoch seinen Rücktritt. Grund dafür, so Krüger, sei die »jahrelange Kontinuität« von Witts »sympathisierenden Verbindungen zu Personen und Institutionen des rechtsextremen Spektrums«. Vor allem verweigere der VJJ-Vorsitzende und Geschäftsführer des MedienCafés O-Ton in der Berliner Knesebeckstraße 76 eine »eindeutige und glaubwürdige Distanzierung« von diesem Umfeld.

Mit dem Beitritt zur FDP hat Witt seine rechte Einstellung also wohl kaum geändert. Der rechte Karrierist ist offenbar auch weiterhin für die Junge Freiheit tätig: Zwar stimmt nicht, daß er unter dem Pseudonym »Thorsten Hinz« weiterhin für die rechte Wochenzeitung schreibt (wie die Süddeutsche Zeitung am 9.12.94 berichtete), doch lief 1993 ein Teil der JF-Post über die Berliner Privatadresse Witts.

JUNGE FREIHEIT
Deutsche Zeitung für Politik und Kultur
ISSN 0932-660X
Chefredakteur und Verlag: Dieter Stein (Kirchzarten)
Redakteure: Dr. Götz Meidinger (Amsterdam), Günter Braun (Würzburg), Thomas Tomecko (Biebesheim)

Freie Mitarbeiter: Frank Butschbacher (Wien), Alexander Ihls (Marburg), Markus Klein (Limburg), Ulrich Korell (Bonn), Michael Krämer (Miesbach), Bernhard Lukau (Freiburg), Karl Richter (München), Boris Rupp (Aßler), Torsten Witt (Berlin)
Erscheinen: Zweimonatlich

Faschismus in den 90ern – national und liberal?



Erika Schmid-Petry, F.D.P.-MdA

Vielleicht ist die Formel »National-Liberal« ein angemessener Begriff für die zeitgemäße Erscheinungsform des Faschismus in Europa.

Die ultrarechte Regierung Berlusconi trat mit einem Programm an, das nationale Parolen mit einem streng wirtschaftsliberalen Kurs der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik verband. Haider, der nach Berlusconis Scheitern derzeit erfolgreichste ultrarechte Politiker in Europa, führt eine Partei der »Liberalen Internationale«.

Der Liberalismus, die Ideologie des Bürgertums, ist traditionell und besonders in Deutschland in zwei Flügel gespalten. Der politische Liberalismus betont Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheit in einem Staat, der nur zum Schutz derselben begrenzt eingreifen dürfe. Die Vertreter dieser Position gelten heute als sozialliberaler Flügel. Nach dem Ausscheiden vieler Linksliberaler aus der FDP Anfang der 80er haben sich die verbliebenen Sozialliberalen nun im »Freiburger Kreis« zusammengeschlossen.

Der wirtschaftsliberale Flügel betont die »Freiheit« des Marktes im Kapitalismus und fordert vom Staat in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen Zurückhaltung. Seine Renaissance erlebt dieser Flügel Anfang der 80er, als in Deutschland mit Kohls Regierungsantritt unter dem Stichwort der »Neoklassik« eine ökonomische Schule die Politik beeinflußt, die Privatisierung staatlicher Aufgaben, finanzpolitischen Sparkurs und Abbau sozialer Sicherheit mit gewerkschaftsfeindlicher Politik verbindet. Es handelt sich dabei nicht etwa um ökonomische Notwendigkeiten, sondern um ideologische Ansprüche.

Die weltweite Rezession zeigt, daß die Neoklassik in einer tiefen Krise steckt. So sind es vor allem ultrarechte Gruppen, die diesen extremen Wirtschaftsliberalismus durch nationale Agitation flankieren. Jörg Haider gaukelt seiner mittelständischen Basis vor, sie seien die Leistungsbereiten, die ungerecht behandelt würden. Dies ist die Ideologie der (Leistungs-) Elite, verbunden mit nationaler Gemeinschaft.

In Deutschland legt das einen Rückfall in nationalistisch-chauvinistische Traditionen nahe. Z.B. in Form der Wiederbelebung des nationalen Liberalismus, der Ende des letzten Jahrhunderts die Liberalen auf die Linie des deutschen Imperialismus brachte.



Burkhard Cornelius, F.D.P.-MdA

Welche Chancen der Durchsetzung haben solche Positionen in der FDP? Zum einen treffen sie sich zunehmend mit den außenpolitischen Interessen des Kapitals, dessen parteipolitische Stimme die FDP traditionell ist. Zum anderen ist den Liberalen ein Teil ihrer alten mittelständischen Wählerschicht zu den Grünen abgewandert. Diese WählerInnen sind nicht unbedingt progressiv. Gerade der wertkonservative Flügel der Grünen liebäugelt mit der Idee schwarz-grüner Bündnisse. Das macht die FDP auch als Mehrheitsbeschaffer überflüssig. Nach weiteren Wahlniederlagen könnte sie kollabieren. Darum ist der Unterwanderungsversuch tatsächlich bedrohlich:

1. Die Rechten können einen Teil der Parteistrukturen aus der Konkursmasse erben.

2. Im für sie günstigsten Fall schwenkt die Mehrheit der Basis auf die nationalliberalen Positionen ein: z.T. durch die taktischen Argumente, nur rechts seien Wähler zu gewinnen, überzeugt; z.T. im Zuge der allgemeinen Renationalisierung der deutschen Politik.

3. Auch bei einem Scheitern der Unterwanderung ist der Keil der Nationalisierung in die Partei getrieben. Schließlich arbeitet das unterwandernde Spektrum mehrgleisig und ist nicht auf Erfolge in der FDP angewiesen.

Richtungsstreit bei der »Jungen Freiheit«

Wenn der Berater sich als »noch Maoist« bezeichnet...



FDP-Rechte: Rainer Zitelmann, W. Mleczkowski, M. Kittlaus und A. von Stahl (v.l.)

Im Herbst letzten Jahres war in der Potsdamer Redaktion der rechtsextremen Wochenzeitung Stühlerücken angesagt. Bei der Heftigkeit, mit der der Streit um den zukünftigen Kurs des Blattes geführt wurde, muß allerdings verwundern, daß die Stühle überhaupt noch heil sind. Am Rausschmiß des Kulturedakteurs ANDREAS MOLAU durch Chefredakteur DIETER STEIN entzündete sich ein turbulenter Richtungsstreit, in deren Verlauf DR. GÖTZ MEIDINGER, Geschäftsführer des JF-Verlags und Leiter des Ressorts Wirtschaft, ebenfalls seinen Hut nehmen mußte und die Redakteure HANS-ULRICH KOPP (Weltpolitik und Zeitgeschichte), ROLAND BUBIK (Zeitgeist und Lebensart) und MICHAEL HAGEBÖCK (Jugend und Familie) freiwillig die Redaktion verließen. Auch ARMIN MOHLER und ROBERT HEPP werden künftig nicht mehr in der JF schreiben.

Auslöser des Personalkarussels in der Potsdamer Redaktion waren Diskussionen über »alt«rechte Positionen in der Zeitung, wie sie beispielsweise MOLAU vertreten hat. Heftigen Widerstand gab es nicht nur von Chefredakteur STEIN, sondern auch von einem »Berater« der Wochenzeitung: DR. RAINER ZITELMANN. Dieser habe, so berichtete zumindest der verärgerte MEIDINGER der Berliner Lokalzeitung Tagesspiegel[1], mit den Worten *»In dieser Hinsicht bin ich noch Maoist«* zum Rausschmiß MOLAUS geraten.

MEIDINGER mußte gehen, als er sich für MOLAU einsetzte, auf einer extra einberufenen Gesellschafter-Versammlung wurde er vom Posten des Geschäftsführers entbunden. Weitere Gegner des neuen Kurses, künftig »das bürgerliche, auch linksintellektuelle Lager« anzusprechen, gingen daraufhin lieber freiwillig. Dem JUNGE FREIHEIT-LESERKREIS BERLIN, geleitet von dem CDU-Mitglied HELGE DRESCHER, wurde gar per einstweiliger Verfügung untersagt, fortan den Namen der Zeitung zu verwenden.

Hintergrund des Ganzen ist offenbar die akute Geldnot der Wochenzeitung. Von sinkenden Verkaufszahlen ist die Rede, zurückgehenden Anzeigeneinnahmen und etlichen unbezahlten Rechnungen. Mit dem neuen Kurs wollen dessen Verfechter die Junge Freiheit offenbar vor dem finanziellen Ruin retten. Vermutlich erhoffen sie sich einen ähnlichen Werdegang ihres Blattes, wie er sich bei der Zeitung MUT vollzogen hat, ehemals ein Forum von JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, BUND HEIMATTREUER JUGEND und WIKING-JUGEND, heute selbst von HELMUT KOHL *»mit viel Sympathie und Zustimmung«* gelesen.[2] Sollte dieser Versuch scheitern, steht die Zeitung vermutlich vor dem Aus. Ein weiteres Stühlerücken wird es wohl kaum geben. Einem *»befreundeten Geschäftsmann«*, ehemals Funktionär der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, wurde als Sicherheit für eine Einlage von mehreren zehntausend Mark die gesamte Büroeinrichtung übertragen.

1) Der Tagesspiegel, 1.November 1994, Seite 2.
2) Siegfried Jäger (Hrsg.): Rechtsdruck. Die Presse der neuen Rechten, Dietz Verlag Nachfahren, Berlin/Bonn 1988, Seite 191.



Peinlich, Peinlich

Da nennen wir uns also ANTIFA Info-Blatt und dann berichten wir in unserer letzten Ausgabe fast ausschließlich über die großkotzig angekündigte »Rudolf-Hess-Aktionswoche«. Die Antifa-Aktionen dagegen kamen umso kürzer. Ihr, liebe Leserinnen und Leser, habt Euch zurecht darüber beschwert. Darum haben wir uns – wie es am Jahresanfang üblich ist – vorgenommen, künftig alles besser zu machen, insbesondere über Antifa-Aktionen und -Gruppen zu berichten.

Dafür sind wir allerdings auf Eure Mithilfe angewiesen: Wir freuen uns über alles, was Ihr uns schickt an Aktions- und Städteberichten, Selbstverständnissen, Plänen und Diskussionspapieren. Also – her damit!!

Göttingen

Tag des Flüchtlings

In der Göttinger City war am 30. September 1994, dem Tag des Flüchtlings, ein Straßentheater zu bewundern. Auf diese Art und Weise sollte auf die unerbittliche Abschottung der BRD nach außen hingewiesen werden. In dem von Flüchtlingsgruppen, amnesty international, dem politischen Arbeitskreis (pAk) der Antifaschistischen Jugend und der evangelischen Kirche veranstalteten Stück wurde die schwierige Situation von Flüchtlingen dargestellt, die in ihren Herkunftsländern verfolgt, an der Grenze der BRD jedoch zurückgewiesen werden.

Begleitet wurde die Aktion von Flugblattverteilungen, Stellwänden und einem Stand. Hier wurde auch eine schon länger laufende Aktion fortgesetzt, die allerdings *»derzeit etwas einzuschlafen droht«*: Der Umtausch von Wertgutscheinen für Asylbewerber/innen gegen Bargeld.

Gütersloh

»Glatte Unverschämtheit«

»Arbeitet Bertelsmann für Nazis?« titelte ein Flugblatt der Gruppe »Sozialistische Kulturarbeit Gütersloh«, dessen Verteilung am 9.November letzten Jahres für Aufsehen sorgte. In dem Flugie wurden auf die Geschäftsbeziehungen des Bertelsmann-Verlags zu dem rechten Verleger HERBERT FLEISSNER hingewiesen.

Kritisiert wird, daß BERTELSMANN ab Anfang 1995 Bücher aus Fleissners Verlagen Langen-Müller und Ullstein vertreibt. Daneben wird auch an die einige Wochen zuvor bekanntgewordenen Geschäftskontakte zwischen Bertelsmann und dem DVU-Vorsitzenden GERHARD FREY erinnert und gefordert, Bertelsmann solle seine Geschäftsbeziehungen offenlegen, nicht mehr *»mit Fleissner oder anderen rechten Verlagen zusammenarbeiten«* und keine *»Videos aus der NS-Zeit ohne Hinweis auf deren Geschichte und Funktion«* vertreiben.

Für Medienrummel sorgte, daß das Flugblatt nicht nur vor drei Schulen, sondern auch vor einem Bertelsmann-Betrieb verteilt wurde. Die vom Pförtner herbeigerufene Polizei stoppte diese Aktion mit der Begründung, auf der Straße habe sich ein *»Rückstau«* gebildet, und damit *»Unfallgefahr«* bestanden.

Der Bertelsmann-Konzern beeilte sich, auf der noch am selben Tag einberufenen Pressekonferenz seine Hände in Unschuld zu waschen: Zwar sei richtig, daß der Verlag ab 1995 auch Ullstein- und Langen-Müller-Bücher ausliefere, aber *»Wir sind kein Zensor«* und: Sich von Fleissner zu distanzieren, ginge *»eindeutig zu weit«*, so Bertelmann-Pressesprecher MANFRED HARNISCHFEGER. Legimiert wurde der Vertrieb von Büchern aus Fleissner-Verlagen mit dessen Mitgliedschaft im Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Das Flugblatt wurde als *»glatte Unverschämtheit«* bezeichnet, gleichzeitig räumte Harnischfeger jedoch ein, *»daß es nicht angreifbar ist. Es stehen keine direkten Falschmeldungen drin«*.

Die Gruppe »Sozialistische Kulturarbeit« wies in einer Presseerklärung noch einmal auf die Rechtslastigkeit der Fleissner-Verlage hin. Der von ihr geforderte Rücktritt Bertelsmanns vom Vertrag mit Ullstein und Langen-Müller *»wäre kein Akt der Zensur, sondern der Verantwortlichkeit«*.

Weimar/Berlin

»Brandsätze gegen geistige Brandstifter«

Pünktlich zum 2. Adventssonntag, dem 4. Dezember 1994, griffen »revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen« drei Firmen an, die an Herstellung und Vertrieb der faschistischen Wochenzeitung »Junge Freiheit« beteiligt sind. Die Union Druckerei Weimar GmbH, wo seit September 1994 die Junge Freiheit gedruckt wird, wurde ebenso mit Brandsätzen bedacht wie je ein Lieferwagen des Brandenburger Presse Vertriebs (BPV) und der mittelständischen Kioskkette Eberhard Wolff aus Berlin-Lichtenberg.

Die Kioskkette verkaufe fortgesetzt faschistische Zeitungen, obwohl sie seit 1992 mehrmals auf deren Inhalt hingewiesen worden sei, heißt es in einer Erklärung der »revolutionären Lesbenfrauengruppen und anderen revolutionären Gruppen«. Ebenso sei die zum Verlag der FAZ gehörende Union Druckerei Weimar auf den Charakter der »Jungen Freiheit« aufmerksam gemacht worden. Sie verkündete jedoch, für ein Ende der Zusammenarbeit mit der »Jungen Freiheit« sehen sie *»keine Veranlassung«*.

Auch nach dem Anschlag, bei dem zwar nur wenig, dafür umso teureres Material in Flammen aufging (Sachschaden ca. 1,2 Millionen Mark), kündigte Ernst-Ulrich Dill, Chef der Union-Druckerei, in »Focus« an, die Wochenzeitung werde weiterhin in Weimar gedruckt.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nahm sofort die Ermittlungen wegen *»Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit versuchter Brandstiftung und versuchter Nötigung«* an sich und setzte eine Belohnung in Höhe von 25.000 Mark aus, ein außergewöhnlich hoher Betrag.

Hannover

Gefährlicher Handel

Daß der Handel mit Faschokram gefährlich ist, bekamen in der niedersächsischen Hauptstadt gleich zwei »Händler« zu spüren.

Die »Autonome Zelle Halim Deler« entzündete am 17.November 1994 das Auto des Buchhändlers KONRAD KRÜGER. In seinem Geschäft am Engelbosteler Damm verkauft Krüger nicht nur gewöhnliche Bücher, sondern auch solche aus faschistischen Verlagen. Damit versorge er Alt- und Neonazis mit Büchern *»faschistischen Inhalts, die es sonst nirgends in Hannover zu kaufen gibt«*, heißt es in der Erklärung. Als eines der Hauptmotive für den Anschlag wird *»die Solidarität mit den Angegriffenen, den rassistisch, sozial und sexistisch Ausgegrenzten«* genannt, *»aus der wir für uns eine Pflicht zum Widerstand herleiten. MigrantInnen z.B. können sich nicht so 'frei entscheiden', ob sie kämpfen wollen oder nicht. Für sie hat der Widerstand einen viel existenzielleren Hintergrund«*.

Einen weiteren Laden am Engelsbosteler Damm traf es am 29. Dezember 1994. Der Militaria-Laden von TORSTEN SCHÜLER wurde mit Buttersäure und Lackfarbe bedacht. Laut der nach dem Anschlag verbreiteten Erklärung verkauft Schüler in seinem Laden nicht nur Nazi-Orden und -Ausrüstungsgegenstände, er hat auch gute Kontakte zur Neonazi-Szene in Hannover und beteiligte sich im Herbst 1989 an Hetzjagden auf nicht-deutsche Jugendliche. Gute Kontakte hat er offenbar auch zu STEFFEN HUPKA, Funktionär der NATIONALISTISCHEN FRONT und der SOZIALREVOLUTIONÄREN ARBEITERFRONT.

In der Erklärung wird dazu aufgerufen, sich *»offensiver den Tendenzen entgegenzustellen, die daraufhin abzielen, Menschen nach Aussehen, Herkunft, Geschlecht, Religion oder (Nicht-) Behinderung zu beurteilen«*.

Hamburg

Burschen-Auto verbrannt

In der Nacht zum 18. Dezember 1994 brannte in der Hansestadt das Auto des Burschenschafters WOLFGANG UNOLD ab. Das Antifaschistische Kommando, das sich zu dem Anschlag bekannte, zeigte die zahlreichen Aktivitäten Unolds in der rechtsextremen Szene auf: Er ist nicht nur Burschenschafter der NORMANIA, Mitglied und Kandidat der REPUBLIKANER, er ist auch noch Pressesprecher des FORUM 90 E.V., *»dessen Selbstverständnis ... durchgehend von sozial-darwinistischer und rassistischer Denkstruktur gekennzeichnet«* sei. In Heidelberg versuche Unold ferner, mit der KÖNIGLICH-LIBERALEN LISTE (KÖLILI) *»eine rechte Hochschulgruppe zu etablieren«*.

Das Antifaschistische Kommando betont in seiner Erklärung die Notwendigkeit, *»den Faschisten Widerstand entgegen zu setzen«*.

Bamberg

Kein ruhiges Hinterland

Gegen *»fast schon zur Normalität gewordene Angriffe der Amberger Nazis auf ausländische MitbürgerInnen, Andersaussehende und Andersdenkende«* und dagegen, daß sich der Ort in der Oberpfalz zunehmend zu einer *»Hochburg des Neofaschismus«* entwickele, protestierten am 10. Dezember 1994 ca. 700 Menschen. Die Demonstration mit dem Motto *»Es gibt kein ruhiges Hinterland – Kein Platz für Faschisten in der Oberpfalz und anderswo«* wurde von einem »Bündnis gegen Rechts« aus Antifa- und Jugendgruppen sowie anderen Initiativen aus Amberg organisiert, ebenso das anschließende Antifafest in einem Jugendtreff mit Filmen, Theater und Live-Bands, das erst am späten Abend abgeschlossen wurde.

In der Woche vor der Demo war in großem Umfang auf die Situation in der Oberpfalz hingewiesen und eine Chronik rechtsradikaler Angriffe veröffentlicht worden. Entsprechend positiv reagierte die Lokalpresse: In der Zeitung wurde das Anliegen des »Bündnisses gegen Rechts« deutlich gemacht und Ort und Zeit der Demo veröffentlicht.

Auch die Berichterstattung nach dem 10. Dezember war durchaus positiv.

Am Rande des Demonstrationszuges wurden 21 aus der ganzen Oberpfalz angereiste Rechte im Alter von 13 bis 22 Jahren festgenommen, die – vermummt und bewaffnet – offensichtlich provozieren wollten.

Worms

»Für das Menschenrecht auf Asyl«

Diese Forderung unterstützten am 10. Dezember letzten Jahres an die 1000 TeilnehmerInnen einer Demonstration. Der Aufruf eines breiten Spektrums an Gruppen – von kirchlichen Arbeitskreisen über Parteien und Einzelpersonen zu Flüchtlingshilfegruppen – hatte im Vorfeld für enorme Aufregung gesorgt. Mit Verweis auf die zu erwartenden *»gewalttätigen linken autonomen Gruppen«* und *»Gegendemonstranten aus der rechtsextremen Szene«* wollte die Stadtverwaltung eine Demonstration durch die Innenstadt von Worms verhindern. Auch der Ort der Abschlußkundgebung gefiel den Bürokraten im Rathaus nicht: Sie sollte direkt vor dem zentralen Abschiebegefängnis des Bundeslandes Rheinland-Pfalz stattfinden.

Angst verursachte offenbar ein Aufruf vom Aktionskreis Ziviler Ungehorsam für Asylrecht zur *»gewaltfreien Entzäunungsaktion der Abschiebehaftanstalt«*.

Am 2. Dezember durchsuchte der politische Staatschutz Bonn gemeinsam mit der Kripo Bonn die Wohnungen von zwei Initiatoren der Demonstration, beschlagnahmte Computer und die Originalunterschriften der AufruferInnen. Einige Tage später wurde die Demonstration vom Verwaltungsgericht in Mainz verboten.

Allerdings konnte eine Aufhebung dieses Verbots vor Gericht erwirkt werden, so daß die Demo letztlich erfolgreich stattfinden konnte. Nur die Abschlußkundgebung vor dem Abschiebegefängnis wurde nicht genehmigt. Die *»Entzäunungsaktion«* mußte daher ausfallen.

Reutlingen

»Raab-Karcher. Wir tun mehr als Sie erwarten.«

In der Nacht zum Heiligabend letzten Jahres wurden zwei LKWs der Firmengruppe Raab-Karcher angezündet. Der Anschlag richtete sich gegen die Beteiligung der VEBA-Tochter an der Bewachung eines Abschiebegefängnisses in Rottenburg. Hier habe es schon sehr oft Proteste der Insassen gegeben, heißt es in der zum Anschlag verbreiteten Erklärung. Allerdings kämen diese nur selten an die Öffentlichkeit. Teilweise würden die Flüchtlinge mit Gewalt dazu gezwungen, »nach ihrem kurzen Hofgang in die Containerzellen zurückzukehren«, einmal sei sogar ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei eingesetzt worden.

Der Anschlag soll den Protest dagegen ausdrücken, daß »Raab-Karcher sein schmutziges Geld auch mit der Bewachung des Abschiebeknastes Rottenburg« verdient.

BRD

Neue Antifa-Zeitung

Seit dem 1. Dezember letzten Jahres gibt es eine neue Antifa-Zeitung. Sie trägt den seltsamen Namen »Was geht ab?« und soll monatlich erscheinen. Sie soll *»eine reine Nachrichten-Dokumentation«* sein, *»kein Hintergrundblatt und auch keines für Diskussionen«*.

»Was geht ab?«, herausgegeben vom A-Point e.V., will denjenigen, die kontinuierliche Antifa-Arbeit machen, Hilfestellung bieten: Das mühsame Zusammensuchen von Infos – aus Tagespresse, zahlreichen Antifa-Publikationen, zum Teil auch Archiven und Mailboxen – soll durch die neue Zeitung erleichtert werden. Am Beginn stand die Einsicht, daß eine Dokumentation

von Nachrichten – sowohl veröffentlichte wie noch nicht veröffentlichte – bisher nicht existierte. So faßten einige Edelweißpiraten den Entschluß, eine solche Zeitung zu schaffen. Zwar ist den Macherinnen und Machern von »Was geht ab?« bewußt, daß *»es verschiedene andere – auf den ersten Blick ähnliche – Zeitungen«* gibt, *»doch haben sie jede für sich andere Schwerpunkte und Konzepte«*.

Wichtig ist vor allem die Aktualität, deshalb soll die Zeitung jeweils am Ersten des Monats erscheinen. *»Sie wird Infos über Aktivitäten und Veröffentlichungen von Nazis und Rassisten enthalten; über Aktivitäten, Publikationen und Terminen von Antifas; über Polizeiübergriffe, Prozesse und Gesetze. Das ganze ist nach Bundesländern sortiert und kann in einem ständig erweiterten Index jederzeit nach Stichworten nachgeschlagen werden«*.

Die Zeitung soll *»für die tägliche Antifa-Arbeit«* da sein. Kontaktadressen und Vorstellungen der neuesten Ausgaben von Antifa-Zeitungen sollen ihren festen Platz in der Zeitung haben.

Vor allem soll »Was geht ab?« *»keine Einbahnstraße«* werden, sondern davon leben, *»daß viele sie mit der Zusendung von Infos unterstützen«*.

Eine Probenummer gibt es für 3½ Mark Vorkasse bei: Was geht ab?, Postfach 110 331, 10833 Berlin

Berlin

Archiv gründet Verein

Im letzten Jahr wandelte sich das Antifa-Presse-Archiv in Berlin in einen Verein um. Unter dem Namen Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. soll künftig die bisherige Arbeit erweitert werden.

Seit 1988 archiviert das von Parteien und Organisationen unabhängige Antifa-Archiv Veröffentlichungen, die antifaschistischen Menschen nützlich sind. Zu diesem Zwecke werden Tagespresse, Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen , Broschüren und Bücher bearbeitet. Auch wenn der Schwerpunkt der Archiv-Arbeit in Berlin und Brandenburg liegt, werden überregionale Themen nicht vernachlässigt.

Ziel des *Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V.* ist *»die Unterstützung und Zusammenarbeit mit politisch aktiven Gruppen und Einzelpersonen, die sich der Rechtsentwicklung in den Weg stellen wollen.«* Diesen sollen Veröffentlichungen aus den Medien zur Verfügung gestellt werden, um durch Hintergrundwissen eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.

Der bisherige Bestand umfaßt Material seit 1980 zu verschiedensten Themen: neofaschistische Organisationen, rechtsextreme Parteien, Rechtskonservative, Skins und Hooligans, Psycho- und Politsekten, heidnische Gruppen und deren Verbindungen zu Rechtsextremen, Ideologie der »Neuen« Rechten, antifaschistische und antirassistische Aktionen und Initiativen. Daneben ist künftig eine Präsenzbibliothek zu den genannten Themen geplant, die auch audiovisuelle Medien umfassen soll. Daneben soll es Veranstaltungen mit AutorInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen, eine regelmäßig herausgegebene Publikation und entleihbare themenspezifische Vortragsreihen (z.B. Diaserie mit Skript) geben. Auch soll die ReferentInnentätigkeit für interessierte Gruppen verstärkt werden.

Für die Archiv-Gruppe bedeutet all das natürlich einen steigenden Arbeitsaufwand: *»Mit der zunehmeneden gesellschaftlichen Rechtsentwicklung hat sich auch der Umfang unserer Arbeit stetig vergrößert. Immer mehr schriftliche Anfragen erreichen uns, BesucherInnen kommen vorbei«*. Deshalb ist das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.* auf Hilfe angewiesen. Sie bitten darum, *»uns alles zuzusenden, was mit Faschismus bzw. Antifaschismus zu tun hat; egal ob es sich um Zeitschriften, Flugblätter, Fotos, Bücher, Filme, Aufkleber, Texte oder sonstige Informationen handelt«*. Dabei gelten folgende Grundregeln: *»Auch Kleinigkeiten können Mosaiksteine im Gesamtbild sein und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen.«* Besonders wichtig wären *»Artikel aus lokalen Zeitungen. Bitte verseht alles mit Datum und Quellenangabe«*.

Aber auch finanziell braucht das Pressearchiv und Bildungszentrum Unterstützung. Für Post, Telefon, Miete, andere Bürokosten und Öffentlichkeitsarbeit fallen pro Jahr Kosten in Höhe von 20.000 Mark an. Um diese Summe zusammenzubringen, sucht der Verein Menschen, die monatlich einen kleineren Förderbeitrag überweisen, selbst wenn es nur zehn Mark sind.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Adresse: Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin, Tel. 030/6116249
Konto-Nr.: 0670017787 bei der Sparkasse Berlin (BLZ 100 500 00)

Hamm

Bunte Antifa

»Seien wir realistisch – versuchen wir das Unmögliche«, so der Wahlspruch vom »bunten antifa forum« in Hamm. Ihr Weg zum Erreichen des Unmöglichen ist sehr vielfältig: Öffentlichkeitsarbeit in lokalen Zeitungen und Radiosendern, Archivarbeit, Demonstrationen, ein kostenloses »antifa INFO« und die Organisierung von überparteilichen Zusammenschlüssen gehören ebenso dazu wie das »Untersuchen und Bewußtmachen der vorhandenen Denkstruktur in unserer Gruppe«, das Aufzeigen des alltäglichen Rassismus, »insbesondere auch in den Medien« und Bürgeranträge, um die Parteien öffentlich unter Druck zu setzen.

Als Ziele nennt das forum neben »Akzeptanz, Toleranz und Sensibilität für sogenannte Randgruppen aufbauen« auch das Aufarbeiten der Geschichte, »Internationalistische Politik«, Bildungsarbeit innerhalb der Gruppe und die »Bildung von überregionalen antiFA-Bündnissen«.

buntes antifa forum, Kulturwerkstatt Oberonstraße 20/21, 59067 Hamm

Aachen

»Keinen Schritt nach rechts«

Unter dem Titel »Keinen Schritt nach rechts« steht ein Aufruf zahlreicher Künstlerinnen und Künstler aus Aachen. Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs drücken ihre Sorge über die politische Entwicklung seit 1989 aus. Die Bundesrepublik rücke *»leise, Schritt für Schritt nach rechts. Neofaschistische Kräfte treiben die großen Parteien vor sich her, bestimmen die Politik maßgeblich mit, obwohl sie nirgendwo in der Regierung sitzen«*.

Menschenrechte seien unteilbar, es gehe nicht an, daß Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihrem Denken *»mißhandelt und diskriminiert, getötet oder in den Tod abgeschoben«* würden. Das Bekenntnis der UnterzeichnerInnen ist eindeutig: *»Wir Künstlerinnen und Künstler tragen Verantwortung für die Entwicklung dieser Gesellschaft hin zu Demokratie und Humanität. Nicht mehr, aber auch nicht weniger als andere«*.

Köln

Pfiffe gegen Gewalt

Im Allerweltshaus in Köln wurde die Idee eines Aufrufs *»Pfiffe gegen Gewalt«* geboren. Sie entstand aus der Erfahrung, daß alltägliche rassistische Gewalt oft ignoriert wird. Viele schauen und hören weg, eingegriffen wird nicht:

»Die rechts denkenden und rechts handelnden Deutschen haben Erfolg: Die Angst breitet sich aus. Sie schafft das Gefühl, der Gewalt ausgeliefert zu sein, ohne Hilfe erwarten zu könne. Sie schafft auch ein Gefühl der Ohnmacht beim Beobachter,

der keinen Mut findet, sich einzumischen und Partei zu ergreifen.

Wenn wir der Gewalt entgegentreten und unsere Freunde und Freundinnen, KollegInnen, NachbarInnen, MitschülerInnen usw. schützen wollen, müssen wir diese Angst ernst nehmen, um dann zu versuchen, sie zu überwinden«.

Die vom Allerweltshaus entwickelte Idee hierzu ist, daß möglichst viele Menschen Trillerpfeifen bei sich tragen sollten, um diese in Gewaltsituationen zu benutzen: *»Die Pfiffe bieten vor allem denjenigen, die Gewalttätigkeiten beobachten und auch denen, die gewaltsam angegriffen werden, eine schnelle und wirksame Hilfe, ihre Angst zu überwinden und offensiv zu reagieren.*

Pfiffe sind ein Kommunikationsmittel, das keine Sprache und keine Übersetzung benötigt und dennoch verstanden wird als Signal, das lautstark und schrill aufmerksam macht, Unterstützung signalisiert, nach Hilfe schreit, Protest kundtut, Leute herbeiruft und gemeinsames gezieltes Eingreifen einleitet«.

In einer Startphase will das Allerweltshaus 5000 Pfeifen zum Stückpreis von zwei Mark in Umlauf bringen.

Allerweltshaus e.V., Wahlenstraße 22, 50823 Köln, Tel. 0221/515621

Bonn

Gesetzesinitiative

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen hat im Bundestag eine Gesetzesinitiative eingebracht. Ziel ist *»die Schaffung von Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen, die die Produktion rassistischer und rechtsextremer Propaganda verweigern und dafür auch keine Dienstleistungen erbringen wollen«.*

So soll beispielsweise die Postverordnung geändert werden, damit niemand mehr zum Austragen rassistischer Propaganda gezwungen werden kann. Das Landesarbeitsgericht Frankfurt/ Main hatte 1993 bereits einem Zusteller recht gegeben, der die Zustellung rechtsextremer Propaganda verweigert hatte. Der Postdienst versucht jetzt, dieses Urteil durch die nächsthöhere Instanz aufheben zu lassen.

Hetendorf

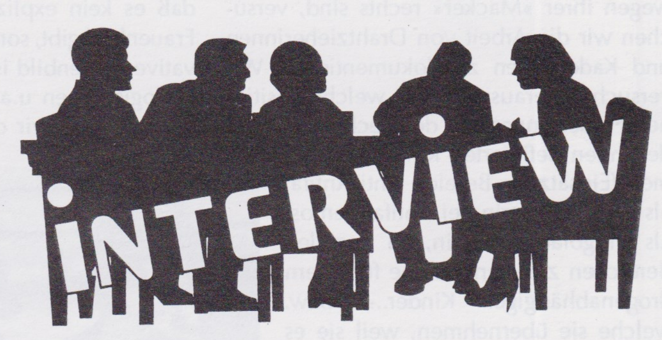
Gegen rechtes Zentrum

Das »Bündnis gegen Rechts – Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf« will am Pfingstwochenende dieses Jahres (2. bis 5. Juni) Aktionstage gegen das Nazi-Zentrum auf dem Gelände Hetendorf Nr. 13 veranstalten. Neben einer Demo und einer Podiumsdiskussion ist auch eine Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen geplant. Weiterhin soll ein Konzert, ein Sportfest und ein Fußballtunier stattfinden.

Das Gelände Hetendorf Nr. 13 ist seit 1979 ein Faschistentreffpunkt. Laut dem »Bündnis gegen Rechts« ist der *»Hintermann«* des rechten Zentrums *»der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger«*, stellvertretender Vorsitzender des jetzigen Besitzers Heide-Heim e.V. Häufiger Nutzer des Geländes sei *»die im November letzten Jahres verbotene Wiking-Jugend«* gewesen, die dort auch Wehrsportübungen abgehalten habe. Ebenso nutze die NPD das Gelände, das ein *»wichtiger Bestandteil der Infrastruktur der Faschisten in Niedersachsen und darüber hinaus«* sei.

Das seit November letzten Jahres in Celle bestehende »Bündnis gegen Rechts«, ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen und Einzelpersonen, will, daß anläßlich der Aktionstage zu Pfingsten *»alle Menschen und Gruppierungen, die bisher alleine auf jeweils ihre Art etwas gegen das Zentrum gemacht haben, sich zusammenfinden und durch diese gemeinsame Aktion alle Facetten des Antifaschismus sichtbar werden lassen«.* Allerdings gelte es auch, *»sich langfristig einer Zusammenarbeit mit den Bürgern gegen das Zentrum anzunähern«.* Daher solle im Vorfeld der Aktionstage *»versucht werden, weitere Bürger aus dem Hetendorfer Umfeld zu interessieren«.*

Für die Finanzierung der Aktionstage wird dringend noch Geld gebraucht: Info-Treff, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto-Nr. 384 862-302, Stichwort: 1995.



Brandenburg/Berlin

Beispiele gegen die Mutlosigkeit

Brandenburger Regionalzeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus

Anfang Januar erschien einen neue Antifa-Regional-Zeitung für Berlin und Brandenburg. Sie nennt sich »Hinter den Kulissen« und knüpft damit an eine äußerst erfolgreiche Dokumentation über faschistische Aktivitäten in der Region an. Wir fragten die HerausgeberInnen nach Sinn und Zweck einer neuen Antifa-Zeitung:

Hinter den Kulissen: Es gibt mittlerweile eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Antifa-Gruppen in Berlin und Brandenburg. Diese Zeitung soll für die Inhalte der verschiedenen Gruppen eine Plattform bilden und auch Meldungen veröffentlichen, die von der normalen Presse nicht gebracht werden. Wer weiß schon etwas von einem fehlenden Jugendclub in Potsdam-Bornstedt?

Info: Also ihr berichtet nicht nur über Nazi-Aktivitäten und Widerstand dagegen?

Hinter den Kulissen: Wir wollen unsere Sachen darstellen und das was die Leute vor Ort bewegt. Diese Themen wollen wir nicht den Neonazis überlassen. Wir wollen zeigen, daß man auch selbst 'ne Menge aufziehen kann. Ein Beispiel aus dem ersten Heft ist der Bericht über ein besetztes Haus in Neuruppin. Dort gibts durch Eigeninitiative ein Kino, Kneipe, Konzerte, Kinderfeste usw. Wir wollen den verschiedensten Initiativen eine Plattform bieten, von der BI gegen den Bombenabwurfplatz Freie Heide bis zur PDS. Viele Leute denken, man könne nichts machen. Gegen diese Mutlosigkeit wollen wir praktische Beispiele setzen, daß es auch ohne Kohle und Sozialarbeiter möglich ist; was auf die Beine zu stellen.

Info: Wie finanziert ihr die Zeitung?

Hinter den Kulissen: Wir haben schon ne Menge Solidaritätspartys organisiert, um die Zeitung zu finanzieren. Hier spielten so bekannte Punk- und Hip-Hop Bands aus der Region wie der »Gemeine Hufflattich« oder »PDM-Posse«. Längerfristig streben wir jedoch an, daß die Zeitung sich selber trägt. Das wird nicht einfach, da wir die Zeitung an SchülerInnen kostenlos verteilen, andere mit mehr Geld sollten zahlen.

»Hinter den Kulissen« könnt ihr für 2,- DM, incl. Porto bestellen unter der Adresse Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.

Frauen und gegen Rechtsextremismus

Wir haben uns für die Einführung einer neuen Rubrik entschieden, nicht weil das Thema sensationslüstern »in« ist, sondern weil die Auseinandersetzung mit rechten Frauen mehr als überfällig ist. Die Inhalte dieser Rubrik sind das Arbeitsergebnis einer Gruppe von Frauen, die seit ca. 1 1/2 Jahren zu dem Thema »Frauen und Rechtsextremismus« arbeitet. Diskussionsergebnisse, die wir auszugsweise dokumentieren, wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe »Rechte Frauen« auf dem Bundesweiten Antifa-Treffen geführt. d. Red.

Um diese Rubrik regelmäßig inhaltlich zu füllen, haben wir uns viel vorgenommen. Entgegen der These, daß Faschofrauen nur wegen ihrer »Macker« rechts sind, versuchen wir die Arbeit von Drahtzieherinnen und Kaderfrauen zu dokumentieren. Wir versuchen herauszufinden, welche Positionen Frauen innerhalb der Rechten anhand der ihnen definierten Rolle übernehmen (Einsatz im Bereich Anti-Antifa, als Kundschafterin bei Antifa-Demos, als Flugblattverteilerin, in sozialen Bereichen z.B. Tarnvereine für Eltern drogenabhängiger Kinder...) bzw. welche sie übernehmen, weil sie es wollen und dafür kämpfen. Dies soll dazu dienen, daß rechte Frauen, von linken Frauen wie Männern, endlich als Gegnerinnen ernstgenommen werden.

Rechte Frauenbilder und -ideologien sind oftmals nicht klar abgrenzbar. Um das scheinbare Gewirr von Namen, Organisationen und Frauenbildern zu entwirren, werden wir die verschiedenen Ebenen rechter Ideologie anhand von Strömungen charakterisieren:

1. **Traditionelle Frauen** (z.B. WJ, DVU, REP, Stichwort »Häkeln für das Vierte Reich«)
2. **Politkarrieristinnen, modernisiertes Frauenbild** (z.B. Sabine Münch, DL)
3. **Kämpferinnen, militante Subkultur** (z.B. Renees, U. Worch)
4. **Theoretikerinnen** (z.B. Hunke, Meves...)
5. **Organisatorinnen im Nazinetzwerk** (z.B. U. Schaffer, U. Müller)

Anhand dieser Struktur soll rechte Frauenprogrammatik in gemischten und Frauenorganisationen, sowohl aktuell als auch historisch, dargestellt werden.

Dabei werden wir nicht bei der Darstellung des Frauenbildes und einiger Vertreterinnen stehenbleiben. Anhand der These, daß es kein explizit rechtsextremistisches Frauenbild gibt, sondern daß es das konservative Frauenbild ist, das mit rassistischen, biologistischen u.a. Elementen kombiniert wird, wollen wir die so oft gestellt Frage



nach dem „Warum" beantworten und daraus folgend nach gesellschaftlichen Abwehrstrategien suchen.

Dieser Bereich soll Platz für kontroverse inhaltliche Auseinandersetzungen bieten, über die Gründe und gesellschaftlichen Bedingungen, die dazu führen, daß Frauen sich von faschistischen Ideologien angezogen fühlen (Patriarchat, Teilhabe an Macht durch Ausgrenzung anderer...). Dabei werden wir jedoch den Schwerpunkt Faschismus / Antifaschismus nicht aus den Augen verlieren.

In diesem Rahmen wird auch die „Opfer-Täterinnen"-Diskussion, die in den letzten Jahren zu harten Auseinandersetzungen in der fortschrittlichen Frauenbewegung geführt hat, auszugsweise dokumentiert und fortgeführt.

Was wir mit dieser Rubrik nicht leisten können, ist den Zusammenhang von Patriarchat und Faschismus, von Kapitalismus und dem Zurückdrängen von Frauenrechten („Roll-Back"), welcher sich in den letzten Jahren zunehmend vollzieht, umfassend darzustellen. Hierzu werden wir in Form von Rezensionen auf entsprechende Publikationen hinweisen.

Was wir mit dieser Rubrik nicht leisten können, ist die Diskussion Sexismus in der Antifa umfassend zu führen. Sexismus in den eigenen Reihen können wir nicht vom Schreibtisch aus diskutieren, sondern nur anhand von konkreten Beispielen thematisieren.

Über das Medium Zeitung haben wir die Chance die Arbeit in diesem Bereich zu koordinieren, zu verbreitern und einen Austausch herzustellen. Das kann aber nur funktionieren mit dem nötigen „Feed-Back".Darum sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Schickt uns Material, Kurzmeldungen und LeserInnenbriefe und laßt uns streiten, konstruktiv und produktiv!

Kontaktadresse:
Frauen AG c/o L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Von den 1993 dem Verfassungsschutz namentlich bekannten Rechtsextremisten sind rund 11% Frauen. Der Anteil der Tatbeteiligten im »Zusammenhang mit gewaltbezogenen Gesetzesverletzungen liegt bei 9,4 %. [Der Rechte Rand 22, 4,5/93, S.6]

Der Landesverfassungsschutz Brandenburg stellt 1993 fest, daß der Anteil von Frauen in Neonazigruppen stetig ansteigt. *»Die Mädchen und jungen Frauen legten dabei die gleiche Gewaltbereitschaft an den Tag wie ihre männlichen Gesinnungsgenossen.«* [ND 13.10.93]

Frauen in der WJ

Die Wiking Jugend (WJ) war bis zu ihrem Verbot am 10.11.1994 die größte Kinder- und Jugendorganisation der Neonazis. Sie nennt sich nach dem Regiment „Wiking", das auf Befehl Adolf Hitlers zur „Waffen-SS-Division Wiking" ausgebaut wurde (1). Die WJ hat/hatte zwar nur ca. 400 Mitglieder, aber einen großen Durchlauf als Kaderschmiede des gesamten NS-Spektrums. Die Frauenideologie der WJ ist keine Strömung, sondern war bisher traditioneller Richtungsweiser, zutiefst sexistisch und biologistisch.
Bisher sind keine Frauen mit eigener, d.h. von Männern unabhängiger, Frauenpolitik bekanntgeworden. Zu vermuten ist, daß es keinen über das traditionelle patriarchale Frauenbild hinausgehenden Ansatz gibt. Das heißt aber nicht, daß Frauen in der Wiking Jugend eine unwichtige Rolle spielen.



Grundlage ihrer Frauenideologie ist die »volkstreue Familie« als »Keimzelle eines gesunden Volkes«, d.h. des »deutschen« Volkes. Die erzieherische Einflußnahme beginnt im jüngsten Kindesalter, *»wo die Pimpfe und Jungmädel lernen, ihren Spiel- und Lerntrieb in Gemeinschaft mit anderen zu entfalten.« (...) »Nur die Gemeinschaft kann die Freiheit des Einzelnen schützen und garantieren. Die höchste Gemeinschaft ist das Volk. Die WIKING-JUGEND will diese über alle Stämme und Stände hinweggehende Gemeinschaft vorleben.«*

Neben sog. germanischen Brauchtumsfeiern und Kennenlernen der Heimat versuchen sie dies über gezielte Freizeitprogramme: *»Laienspiel, Dichten, Musizieren, rhytmische Sportgymnastik fordern Gestaltungsfreude und Willen zur Kultur, Geländespiele, Segelfliegen, Fallschirmspringen und Mottoradfahren fordern Körperbeherrschung und tragen der Abenteuerlust Rechnung.«* Langstreckenmärsche, sog. »Wolfsangelmärsche«, bei denen Jungen und Mädchen bis zu 150 Kilometer marschieren müssen, dienen als »Herausforderung an den Leistungs- und Durchhaltewillen.«

Darüberhinaus soll das Gemeinschaftsgefühl gefördert werden durch die einheitliche Uniform, von ihnen als »Kluft« bezeichnet und durch den beschworenen gemeinsamen Feind. *»... denn nichts schweißt eine Gemeinschaft mehr zusammen als gemeinsam erlebte Anfeindungen wie auch andererseits das gemeinsame Bad in der jubelnden Menge, das wir auch manchmal genießen dürfen.«*

Da der »Krieg der Vater aller Dinge ist«, versuchen sie den »Wehrwillen der Jugend« zu wecken. An diesem Punkt lassen sich Frauen, als Manövriermasse, auch zu militärischen Übungen instrumentalisieren.

Die Grundlagen werden *»den Jungen und Mädeln auf Heimatabenden und Wochenendenlagern nahegebracht«.* Die paramilitärische Ausbildung reicht von Luftpistolen-Schießwettkämpfen für Mädchen bis zum Bau von sprengstoffgefüllten Rohrbomben (2).

Fahrtentechniken werden nicht zum Selbstzweck vermittelt sondern unter »volkspflegerischem Aspekt«. *»Soldatische Tugenden wie straffe Haltung und Disziplin sind auch für Mädel durchaus anzustreben und hier vielleicht notwendiger als bei Jungen, die weitaus weniger individualistischen Eigensinn zeigen und sich viel leichter in eine Gruppe einordnen. So werden auch Mädel nicht ausgenommen von Disziplinübungen wie dem Formaldienst oder dem Marschieren in Kolonnen, auch wenn dem Spießbürger darob die Haare zu Berge stehen.«*

Um dies geschlechtsspezifisch zu festigen, veröffentlichen sie eine eigene Mädchenzeitschrift, die vor Biologismus und sexistischen Vorurteilen strotzt:

»Die BAUGE ... ist eine kleine Zeitschrift von Mädeln für Mädel. Mädelarbeit ist unter anderem auch deshalb besonders schwer, weil der Mädelbund häufiger von Personaländerungen betroffen ist als der Jungenbund und die Mädel auch häufig tie-

Frauen in der WJ

Ute Senft (geb. Fischer), ab 1991 „Bundesmädelführerin"
Sigrun Schöning, ab 1991 Leiterin der „Mädel-Ausrüstungsstelle"
Susanne Pfeiffer, ab 1991 Schriftleitung des „Wikinger"
Susann Gestrich, seit 1994 „Bundesmädelführerin", verheiratet mit **Arnold Gestrich** (43). Wohnt in Hohenstein-Eglingen (Kreis Reutlingen, Baden-Württemberg). Auf dem, durch hohe Mauern abgeschirmten, landwirtschaftlichen Anwesen der Familie Gestrich fanden internationale Jugendlager der WJ statt. (1)
Michaela Benda, Wuppertal. War als WJ-Mitglied Teilnehmerin an Lehrgängen der DKI (Dt. Kampfsportinitiative, eine Zelle des DHKKV, Dt. Hochleistungskampf-Kunstverband. Bekanntgeworden durch die Verwicklungen des V-Mannes Bernd Schmitt in den Solinger Brandanschlag). Hat Kontakt zur NF.
Barbara Grahovac, Solingen (WJ, NF). War im Juni 1992 zum WJ-Lager angemeldet, zusammen mit **Petra Sim**, Dortmund und **Victor Jamnitzky** (FAP).

fer in ein Thema eindringen wollen als die Jungen. Im Bild der Medien und dummer Besserwisser werden unsere Mädel als geistig beschränkte Heimchen am Herd dargestellt, die nirgends mitzureden haben und nur mitlaufen dürfen. Wir wissen nicht, woher solcher Unsinn stammt. Die Mädel der WJ sind geistig durchaus eigenständige Persönlichkeiten. Sie brauchen dazu keine 'Frauenemanzipation', die sich ja doch nur in Äußerlichkeiten erschöpft und eine Gleichheit vortäuscht, die es schon aus biologischen Gründen nicht geben kann. Das Ergebnis emanzipatorischer Erziehung sind weibische Männer und burschikose Frauen. In der WIKING-JUGEND werden Jungen- und Mädelarbeit grundsätzlich getrennt; nur so kann auf das verschiedenartige Seelenleben der Geschlechter richtig eingegangen werden. Alle Erziehung soll natürlich in die Gründung einer volkstreuen Familie münden, wo Mann und Frau harmonisch zusammenwirken, sich ergänzen und nach alter germanischer Tradition gleichberechtigt nebeneinanderstehen.«

Daß diese »Gleichberechtigung« keine Chancengleichheit beinhaltet, versteht sich von selbst: *»In der WIKING-JUGEND wird das aristokratische Prinzip angestrebt: die Besten sollen als Führer vorne stehen und der Mannschaft Vorbild sein.«* (...) *»Manchmal wird eine Begabung erst im Lager richtig geweckt oder erkannt. Daraus erwächst dann die in Unterführerausbildungslagern, später in Führerfortbildungslagern herangezogene Führerschaft, die wegen natürlicher Abgänge, sei es durch Alter, sei es durch Familiengründung, immer wieder ergänzt werden muß.«*

Ihre traditionelle Familienpolitik wird ihnen somit hintenrum zur Fußangel. So schmieden sie sich auch weibliche Kader, die sie durch Zurückdrängen in die Mutterrolle oftmals doch wieder verlieren.

(1) Der Rechte Rand Nr. 32, S.12.
(2) Bernd Wagner, Handbuch Rechtsextremismus, S. 147
(3) Der Wikinger 4/92

Kurzmeldungen

Bewährung für Martina Janssen

Am 27.10.94 stand Martina Janssen als Herausgeberin des Skin-Fanzines »Schlachtruf« vor dem Amtsgericht Freiburg. Vorgeworfen wurden ihr »Volksverhetzung«, »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« sowie »Verbreitung der Auschwitzlüge« wg. zwei Artikeln der Nr. 7 vom April 93. Dem von ihr gewünschten Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER mußte sie, nach eigenen Angaben, aus finanziellen Gründen absagen.

Im Prozeß versuchte sich Martina Janssen als harmlose, politisch gewandelte, ahnungslose Frau darzustellen. Das Beiblatt in der Nr. 7 mit der Auschwitzlüge käme vom Fanzine »Neue Kraft« (Hrsg: Moritz Wirtzel, Heidestr. 41, Iserlohn 9), sie hätte damit nichts zu tun. Sie gab zwar zu, die Herausgeberin des »Schlachtruf« zu sein, sie stellte ihn seit 1990/91 in einer Auflage von 300 selbständig her (inzwischen ist der »Schlachtruf« eingestellt, siehe Antifa-Infoblatt Nr. 25, S. 8). Auf die Frage ob sie sich der rechten Szene zugehörig fühle, antwortete sie jedoch, wie sonst auch, ausweichend: *»Mit Parteien will ich nichts zu tun haben, ich will mir von niemand was sagen lassen. Ich will mir keine Vorschriften machen lassen, wann ich z.B. zu einem Kameradschaftsabend gehen muß. Ich will Spaß haben, Trinken, Leute treffen«*. Über den Begriff »Kanaken« habe sie nicht nachgedacht, für sie wäre das ein »neutraler Begriff«, *»das rutscht wohl jedem mal raus, ich benutze es nicht öfter als ein normaler Deutscher«*.

Martina Janssen wurde verurteilt wg. Volksverhetzung zu 4 Monaten auf 3 Jahre Bewährung, 1000 DM an amnesty international und die Bewährungsauflage, jeden Wohnortwechsel dem Amtsgericht zu melden. Auf die Frage der Richterin, ob sie in der Bötzingerstr. 30 oder 19 wohnen würde, beharrte M. auf ihrer offiziellen Adresse, Zähringerstr. 8 in Freiburg. Bei Verletzung der Meldepflicht kann ein Sicherungshaftbefehl erlassen werden.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Rechtsanwalt von Janssen haben Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Martina Janssen gibt inzwischen eine neue Zeitung heraus, die bisher allerdings ein reines Musikfanzine ist.

Hamburg

Für den 10.11.1994 war in Hamburg eine Veranstaltung mit Sonja Balbach geplant, Autorin des Spiegel-TV-Filmes »Lippenstift und Hakenkreuz« über Frauen in der rechten Szene und des Buches »Wir sind auch die kämpfende Front« (siehe Rezension Info Nr. 28, S. 41). Sie wollte ihren Film zeigen und einen 10minütigen Vortrag halten, anschließend sollte über ihre Arbeit diskutiert werden.

Das Buch hatte zu heftigen Diskussionen geführt, da sie 12 Frauen in Form von Interviews ein Forum geboten hatte, ihr faschistisches Gedankengut unwidersprochen und unkommentiert zu verbreiten. Eine Hamburger Frauengruppe hatte ein Flugblatt verbreitet, in dem sie sich inhaltlich mit ihrem Buch auseinandersetzten.

Am Abend der Veranstaltung hing ein Zettel an der Eingangstür: „Die Veranstaltung fällt wegen zu erwartender destruktiver Kritik einer Hamburger Frauengruppe aus.«

Rezension

Getarnt unter Nazi-Frauen?

Ein neues Buch, neue Hoffnung, Anhaltspunkte für die Motivation und Entwicklung von Frauen in der rechten Szene zu gewinnen. Worum geht es? Der Untertitel »Getarnt unter Nazi-Frauen heute« macht es deutlich: Franziska Tenner, ehemalige Bewohnerin eines besetzten Hauses in Berlin, betreibt persönliche Vergangenheitsbewältigung, als Sensationsreporterin (Selbstbezeichnung) schildert sie ihren Einstieg in die rechte Szene. Die Interviews, die sie mit fünf rechten Frauen führte, sind die Rahmenhandlung, die sich um ihr persönliches »Selbstdarstellungstagebuch« gruppieren.

*»Um die einzelnen Schicksale der Frauen und ihre heutigen **Befindlichkeiten** und Standpunkte individuell darzustellen«* (Hervorhebung durch d. Red.) hat sie Gespräche in Monologe umgearbeitet. Auseinandersetzen wollte sie sich ausdrücklich nicht mit den Frauen, *»ich wollte einzig und allein, daß sie redet«* (S. 40). So plaudern Dr. URSULA SCHAFFER, (Berliner Kulturgemeinschaft Preußen), ANKA HÜBNER (Ehefrau von Frank Hübner, DA), MONIKA BAGINSKI (Rennee, DA), LISA WOLLSCHLÄGER (Kühnen-«Verlobte«) und GERLINDE GRONOW (Redakteurin der »Jungen Freiheit«) über ihre, sehr unterschiedlichen, Wege zu rechter Ideologie, über Geschichtsauffassungen, rechte Männer und ihre Selbstbilder.

Diese Monologe sind das einzig Interessante in dem Buch, mit seinem eigentlichen Thema haben sie jedoch wenig zu tun. Die Frauen gehen nur kurz auf ihre Rolle in der rechten Szene ein, ihre allgemeine politische Gesinnung legen sie ausführlicher dar. Frauenspezifische Inhalte sind rar, ihre Statements unterscheiden sich kaum von denen ihrer männlichen Mitstreiter.

Nach den Interviews versucht F.T. die Lügen und Geschichtsfälschungen der Frauen zu entlarven, was leider mißlingt. Die teilweise sehr detaillierten inhaltlichen Schilderungen der Frauen, ihr »Geschichtsrevisionismus« lassen sich nicht durch Betroffenheitsfloskeln relativieren. Oberflächliche Geschichtskenntnisse und fehlende Analyse der Aussagen wirken kontraproduktiv. Die Aussagen der rechten Frauen bleiben unwidersprochen, denn Tenner will die LeserInnen nicht »entmündigen« (S.165).

F.T. verletzt ihre journalistische Sorgfaltspflicht u.a. durch fehlende Distanz *»Aber ich kannte so viel Persönliches von diesen Jungs, ich verstand sie so gut, daß ich durch meine fehlende Distanz sicher mehr tolerierte, als es mir heute angebracht erscheint. Zu mir waren ja auch immer alle nett, und ich hatte kaum noch Angst vor ihnen."* (S. 30). Hinzu kommt die mangelhafte Recherche. U. Schaffer spricht in ihrem Interview beispielsweise von der Wiener Konvention (S. 64) von 1969. F. Tenner erklärt dazu in der Anmerkung Nr. 26 : »Hier können nur die Ergebnisse des Wiener Kongresses von 1815 gemeint sein.« Eine Nachfrage bei einem Geschichtsstudenten wäre nicht zuviel der Arbeit gewesen...

Die »dokumentarische Ebene«, in der sie versucht »die Selbstdarstellungen der Frauen zu relativieren bzw. sie ihrer Lügen zu überführen« (S.39), besteht ausschließlich aus Auszügen des Verfassungsschutz-Berichtes von 1993. Ein Literaturverzeichnis, geschweige denn einen Namensindex, sucht frau vergebens.

Franziska Tenner: Ehre, Blut und Mutterschaft - Getarnt unter Nazi-Frauen heute, Aufbau-Verlag 1994, 280 Seiten. 25,00 DM.
(siehe auch: Hinter den Kulissen 1/95, S. 23, Der Rechte Rand 31/94, S. 23)

Mißhandlungen von VietnamesInnen

»Eine Sache von Polizeistrukturen«

Mit dem Vorwurf, Vietnamesen und Vietnamesinnen körperlich mißhandelt und sexuell mißbraucht zu haben, laufen zur Zeit allein in Berlin 55 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte. Aber auch andernorts, wie beispielsweise im brandenburgischen Bernau, sind zahlreiche Übergriffe gegen VietnamesInnen bekannt und zur Anzeige gebracht worden. Das Beratungszentrum »Reistrommel« hat mit der Veröffentlichung von Gedächtnisprotokollen betroffener VietnamesInnen maßgeblichen Anteil an der Aufdeckung dieser Vorfälle und gibt den Betroffenen praktischen und psychologischen Beistand während der Zeit der Vernehmungen und der Prozesse.



Als erste Anlaufstelle für AusländerInnen im Osten Berlins gründete sich 1990 das Beratungszentrum für Ausländische MitbürgerInnen. Zwischenzeitlich gehörten sie »Ball e.V.« an, einer Vereinigung unterschiedlichster sozialer Projekte, dann ab 1993 – nach dem Rausschmiß aus diesem Verein – gründeten die MitarbeiterInnen des Beratungszentrums »Reistrommel e.V.i.G.«

Zum Rausschmiß aus »Ball e.V.« war es gekommen, als sich das Beratungszentrum 1993 hinter die Forderungen der in Berlin lebenden VietnamesInnen gestellt und sie bei öffentlichen Kampagnen unterstützt hatte. Den Ausgangspunkt hierfür bildete eine Straßenschlacht zwischen VietnamesInnen und der Polizei, bei der sich VietnamesInnen erstmals gegen die Willkür der Polizei zur Wehr setzten. Eine darauf folgende Demonstration für das Bleiberecht der VietnamesInnen und gegen den Polizeiterror wurde dann unter der maßgeblichen Unterstützung vom Beratungszentrum durchgeführt.

Durch den Rausschmiß aus »Ball e.V.« jeglicher finanzieller Mittel beraubt, waren es vor allem Netzwerk e.V., Stiftung Umverteilen und die evangelische Kirche, welche die Weiterarbeit des Beratungszentrums »Reistrommel e.V.i.G.« ermöglichten.

Bis heute steht die Finanzierung des Projekts auf wackligen Füßen, eine Mitarbeiterin von »Reistrommel« sagte jedoch über sich und die anderen MitarbeiterInnen der Beratungsstelle: » Wir wollen die Arbeit machen, dabei sind wir kompromißlos: Wir sagen was wir denken und sind nicht bereit den Mund zu halten, bloß weil es um die Finanzierung geht.«

Obwohl als Beratungszentrum für ausländische MitbürgerInnen gegründet, ist das Hauptklientel der im Bezirk Lichtenberg/Marzahn gelegenen »Reistrommel«, die dort in den Wohnheimen lebenden VietnamesInnen.

In der BRD leben drei Gruppen von VietnamesInnen:

a) die sogenannten Boat-People,

b) die ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR,

c) die vietnamesischen AsylbewerberInnen.

Die »Boat-People« sind Flüchtlinge aus Zeiten des Vietnamkriegs, die zwar mit dem in der BRD herrschenden Rassismus zu kämpfen haben, jedoch keine rechtlichen Probleme haben: Als anerkannte Flüchtlinge verfügen sie über eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis.

Das Aufenthaltsrecht der ehemaligen VertragsarbeiterInnen ist hingegen sehr viel unsicherer. Da bisher die Gleichstellung der VertragsarbeiterInnen mit den ehemaligen GastarbeiterInnen des Westens nicht erreicht wurde, müssen die VertragsarbeiterInnen alle zwei Jahre bestimmte Bedingungen erfüllen, um ihren sogenannten »humanitären« Aufenthaltsstatus in der BRD zu sichern. Hierzu müssen sie eine

Wohnung, Arbeit und Nicht-Straffälligkeit vorweisen.

Bei den heutigen Wohn – und Arbeitsbedingungen ist daher davon auszugehen, daß alle zwei Jahre VietnamesInnen aus diesem Aufenthaltsstatus rausfliegen werden.

Bereits im Jahr 1992, in dem diese Regelungen verfügt wurden, konnten von den 15.000 in der BRD lebenden vietnamesischen VertragsarbeiterInnen 5000 diese Bedingungen nicht erfüllen: Die rechtliche Situation und Zukunft der VietnamesInnen war zwischen 1989 bis zu diesem Zeitpunkt vollkommen unklar. Außerdem hatten die Sozial- und Arbeitsämter ihre Zahlungen eingestellt, und ihrer Existenzgrundlage entrissen, gingen viele der VietnamesInnen in den Zigarettenhandel. Ein »Tatbestand«, der später als Begründung für ihre Abschiebung genannt wurde.

Die dritte Gruppe von VietnamesInnen bilden die AsylbewerberInnen. In der Regel wird ihnen kein Asyl gewährt, und da das Land Berlin nicht einmal den Aufenthaltsstatus der »Duldung« ausspricht, können sich diese Menschen nur mit der Ausreiseaufforderung, bzw. Grenzüberschrittbescheinigung, ausweisen. Diese wird immer wieder verlängert, da Vietnam sie nicht einreisen läßt. Dies kann sich nun ändern, plant doch die Kohl-Regierung derzeit ein Rückführungsabkommen mit Vietnam. In der Presse wird z.Z. der Eindruck erweckt, das Abkommen wäre schon fix und fertig (was nicht der Fall ist), und das Innenministerium verkündet öffentlichkeitswirksam, daß bereits in diesem Jahr die ersten 2500 VietnamesInnen in ihre Heimat zurückkehren sollen.

Die Sozialämter reagieren auf diesen Zustand zum Teil mit der Sperrung jeglicher Gelder, wieder werden die VietnamesInnen in den Zigarettenhandel gedrängt.

In den Medien werden die AsylbewerberInnen auf Grund ihres nicht existierenden Aufenthaltsstatus oftmals als »Illegale« denunziert. Hiermit wird in der Öffentlichkeit eine Stimmung verbreitet, bei der Mißhandlungen und polizeilicher Willkür Tür und Tor geöffnet wird. ■



... mit einer Mitarbeiterin von Reistrommel

Im Dezember '94 sprachen wir mit einer Mitarbeiterin von »Reistrommel e.V.i.G.« über ihr bekannte Mißhandlungen von VietnamesInnen, über den Stand der Ermittlungen bzw. der Prozesse und über die Arbeit von »Reistrommel«.

A-Info: Kannst Du uns Fälle von Mißhandlungen und Übergriffen der Polizei schildern?

Reistrommel: Ein Vorfall war z.B. im Juli vergangenen Jahres: Es gab frühmorgens einen Polizeieinsatz in der Havemannstraße. Da sind Polizeibeamte in eine Parterrewohnung eines Wohnheimes eingedrungen, indem sie die Tür aufgebrochen haben. Zwei Frauen waren in der Wohnung, die haben zu dem Zeitpunkt geschlafen. Die Polizisten sind gleich an die Betten ran und haben ihnen, praktisch noch im Schlaf, die Waffe vorgehalten. Eine der Frauen war im sechsten Monat schwanger und die hat sich natürlich total erschrocken. Sie mußten aus den Betten raus und mußten sich an die Wand stellen, wobei sie nach Waffen abgeklopft wurden. Die Frau hat versucht zu sagen, daß sie schwanger ist und wollte ihren Mutterpaß zeigen. Das haben die Beamten aber nicht zugelassen, sondern haben sie zum Polizeiauto gebracht, in dem sie zwei Stunden zubringen mußte. Schließlich gelang es der Frau den Polizisten klarzumachen, in welchem Zustand sie sich befindet und wurde laufengelassen. Durch die Aufregung setzten dann die Wehen ein. Die Frau ist erst zu einer Ärztin und danach ins Krankenhaus, wo dann das Kind auch kam. Leider hat sie hier nicht die Gründe für das Einsetzen der Wehen benannt. Das Kind ist heute noch am Überwachungsgerät. Es ist jetzt über ein Jahr alt und hat jetzt gerade mal das normale Geburtsgewicht. Wir waren damals gleich mit dem Dr. P. vom Behandlungszentrum für Folteropfer bei der Frau gewesen. Wahrscheinlich wird das Kind spastische Behinderungen zurückbehalten.

Die Frau ist Asylbewerberin, der Mann ist Vertragsarbeiter, und wir versuchen, daß sie rauskommt aus dem Asylverfahren, weil das für das Kind das Todesurteil wäre, wenn sie zurück nach Vietnam müßten. Außerdem geht es auch hier darum, für die Familie eine Entschädigung zu bekommen, denn die Frau wird, wenn das Kind behindert ist, ewig in ihrer Berufstätigkeit eingeschränkt sein.

Im Juni '93 habt ihr die Gedächtnisprotokolle der VietnamesInnen veröffentlicht. Wieviel Verfahren sind seither aufgenommen worden und laufen zur Zeit?

In Berlin sind es 55 Ermittlungsverfahren. Von den 55 sind allerdings 15 inzwischen schon wieder eingestellt worden. Und die werden noch mehr einstellen, weil die gar nicht richtig ermitteln. Z.B. stand ja in der Presse die Sache mit der schwangeren Frau, die von einem Polizeiauto angefahren worden war. Da gab es zwar Zeugen, aber wir haben es überhaupt nicht gepackt, da jetzt loszurennen und die Zeugen zu suchen. Wir sind halt nur drei Frauen, die das neben unserer sonstigen Arbeit machen. Wir haben der Polizei gesagt: »Es gibt Zeugen.« Aber da passierte gar nichts.

Bei einem Fall in Pankow war die Sache eigentlich auch ziemlich klar: Da gab es deutsche Zeugen – die aber alle nachher nicht mehr bereit waren auszusagen –, es gab die Aussage des Opfers und es existierte ein ärztliches Attest. Aber es kam nicht zu einer Suspendierung, obwohl der fragliche Beamte bekannt war. In der Osloer Straße wurde nach Aussagen von Vietnamesen sogar ein ziviles Polizeifahrzeug von weinrot auf weiß umgespritzt, weil die Fahrzeugnummer und die Farbe des Autos identifiziert worden waren. Dies ist auch bei Vernehmungen zu Protokoll gebracht worden. Diese Verschleppungstaktik, so möchte ich das mal bezeichnen, hat eigentlich dazu gedient, daß Beweismaterial auch vernichtet wurde.

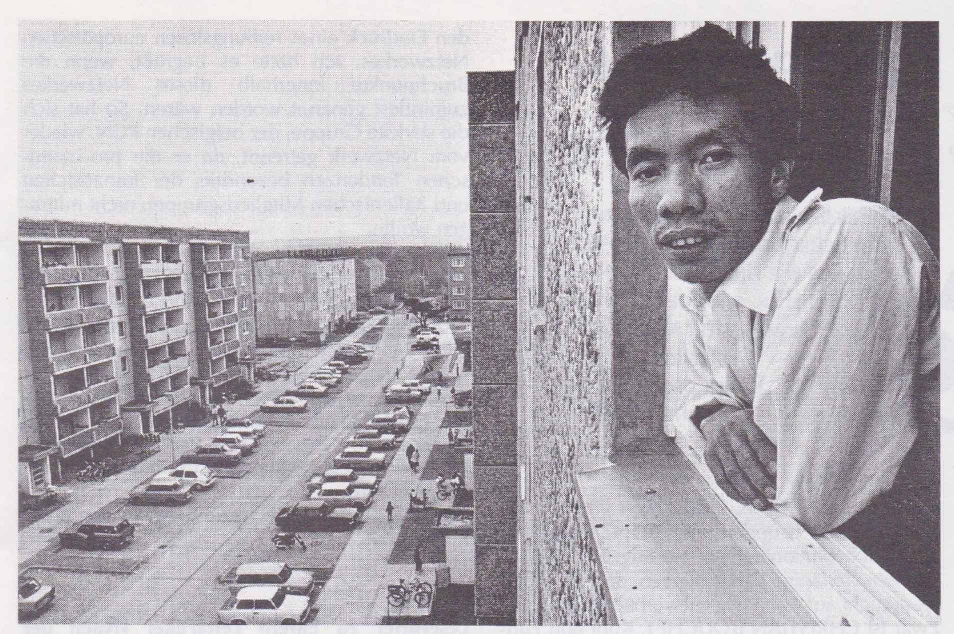
Aufgrund der Mißhandlungen kam es in Bernau zu Suspendierungen von Polizisten, wie steht es damit hier in Berlin?

In Berlin gab es bis heute keine Suspendierungen. Selbst der Polizist, wo jetzt schon Klage erhoben wurde, wo es um einen Rippenbruch geht, der läuft noch frei rum. Der ist eindeutig identifiziert worden von dem Vietnamesen. Also wirklich, der ist reingekommen und hat gesagt: »Der ist es.« Auch der Richter, der eine Vernehmung durchführte, hat dem Vietnamesen geglaubt. Aber trotzdem ist daraufhin keine Suspendierung erfolgt. Der Vietnamese selbst ist nicht mehr da, er ist zurückgekehrt, der hat gesagt, er hat die Schnauze voll. Wenn es noch zu einer Verurteilung kommt, würde das dann aufgrund der Aussagen des Richters sein.

Du hast jetzt schon auf die Prozesse Bezug genommen. Kannst Du darüber mehr sagen?

Es gab inzwischen zwei Prozesse: Einer ist in Frankfurt/Oder gewesen, da ging es um sexuelle Nötigung und hier in Berlin um den D., der genau an dem Tag, wo hier in Marzahn diese Demo gegen die polizeilichen Übergriffe war, von Polizisten mißhandelt wurde.

D. wollte zu dieser Demo und hat, als er in sein Auto eingestiegen war, gemerkt, daß er seine Papiere vergessen hatte und ist wieder ausgestiegen, um ins Wohnheim zu gehen und seine Papiere zu holen. Da



kamen die Polizisten angefahren und haben sich ihn gegriffen.

Was dann erst bei dem Plädoyer von dem Anwalt rauskam, ist, daß die Polizisten eigentlich gar keinen Einsatz hatten. Ich vermute , daß diese beiden dort vollkommen auf eigene Faust gehandelt haben. Der D. ist damals zu uns gekommen und hat uns das erzählt. Wir haben das Gedächtnisprotokoll für ihn aufgenommen und haben ihn dann an eine Rechtsanwältin vermittelt. Aber auch die Polizei hat gegen ihn Anzeige erstattet, die sehr schnell bearbeitet wurde: D. ist auch erstmal zu einer Geldstrafe wegen Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamten verurteilt worden, ohne großes Beweismaterial von Seiten der Polizei. Er war von vornherein, weil er Vietnamese ist, schuldig. Die Strafe wurde erstmal ausgesetzt, aufgrund seiner eigenen Anzeige. Doch zurück zu dem Verfahren gegen die beiden Polizisten: Wie sich im Prozeß herausstellte, haben Staatsanwaltschaft und die Richter selber kaum eigene Ermittlungen angestellt. Die Zeugen hat der D. alle selber angeschleppt. Und wir mußten uns jedesmal drum kümmern, daß die Leute, die vor Gericht aussagen sollten, da auch hingehen, denn die haben keine schriftlichen Vorladungen erhalten, die sind hier nie angekommen. Die Polizisten sind mittlerweile freigesprochen worden. Jetzt ist bloß die Frage, wie weit man D. noch motivieren kann, Berufung einzulegen. Einerseits ist das eine Geldfrage und andrerseits, wie motiviert er ist. Er hat das Verfahren als Theater erlebt, in dem die Rollen schon vorher verteilt waren, und er ist da nur noch eine Marionette gewesen.

D. hat die Vorstellung gehabt in Deutschland herrscht Demokratie, und er muß nur die Wahrheit sagen und dann wird Recht gesprochen. Er hat nun erlebt, daß das nicht so ist, und seine Erfahrungen mit der Demokratie sind jetzt entsprechend. Er ist ziemlich erschüttert, denn wie viele andere Vietnamesen, hat auch er Deutschland als Vermischung von DDR und BRD, Marktwirtschaft und Aufbruch, als mögliches Vorbild für Vietnam gesehen.

D. hat im nachhinein gesagt, daß, wenn er gewußt hätte, wie das läuft, er nie eine Anzeige gemacht hätte. Und das ist eigentlich auch das, was von seiten der Polizei bezweckt war: Den Leuten deutlich zu machen, ihr habt hier zu schweigen und wenn nicht, dann führen wir euch vor, wie das bei uns hier so abgeht.

Kam die Anzeige gegen D. als Reaktion auf seine Anzeige gegen die Polizei?

So ziemlich. Das ist ja alles an einem Tag gelaufen. D. hat eine Anzeige gemacht, als er aus dem Krankenhaus kam, da wurde seine Anzeige aufgenommen, und wahrscheinlich deckungsgleich ist die Anzeige gegen ihn gemacht worden.

Wenn abzusehen ist, daß jemand sich wehrt, wird eine Gegenanzeige gemacht.

Habt ihr den Eindruck, daß sich die polizeilichen Übergriffe in bestimmten Bezirken oder polizeilichen Einheiten, bzw. Wachen häufen?

Es ist immer die ganze Direktion Eins im Wedding, die es betrifft, dann Pankow. Dann haben wir Vorkommnisse vom Baumschulenweg in Treptow. Und dann haben wir die Direktion Sieben, Einsatzbereich Wohnheime in Hohenschönhausen und Marzahn, die für die Razzien zuständig ist und wo es zu Vorkommnissen gekommen ist.

Das sind die Sachen, die uns bekannt sind. Es betrifft Vietnamesen in diesem Fall, aber es betrifft bestimmt auch Obdachlose, Linke, andere Gruppen. Wir hatten uns immer gewünscht, daß, wenn wir in die Öffentlichkeit mit den Sachen gehen, die anderen sich mit zu Wort melden und sagen: »Wir haben auch die und die Sachen«, daß das so ein bißchen wie ein Zahnrad zusammengefügt wird. Das ist nicht die Sache von Vietnamesen, das ist eine Sache von Polizeistrukturen, vom Umgang mit Minderheiten oder Randgruppen oder sozialen Gruppen hier in dieser Stadt. Es zeigt sich ja im Moment, daß es nicht nur in dieser Stadt ist, sondern bundesweit. Nach unseren Veröffentlichungen sind ja überall solche Sachen aufgekommen.

Welche Erfahrungen habt ihr mit der Presse und mit der Unterstützung von anderen Organisationen?

Wir haben gute Erfahrungen mit den Medien, aber die Unterstützung, die wir uns erhoffen, haben wir von keinem. Es geht dabei nicht nur um personelle Unterstützung, sondern daß sie sich wirklich in die Diskussion einmischen. Denn der Druck, der auf uns ausgeübt wird, geht zum einen in die Richtung, mir und überhaupt »Reistrommel« Unglaubwürdigkeit zu unterstellen und zum anderen habe ich den Eindruck, daß man versuchen will, das so hinzudrehen: »Reistrommel« denkt sich irgendwelche Geschichten aus, geht zu den Vietnamesen und sagt, die sollen diese Geschichten bei der Polizei erzählen, weil wir die Polizei kaputtmachen wollen. Und das kam auch bei den Gerichtsverhandlungen zum Vorschein, daß man das versuchte, also immer wieder: »Kennen sie Reistrommel?«, oder »Kennen sie Frau H.?«

Gerade hier ist das Klima so, daß man meinen müßte, die Linken müßten da ein bißchen zusammenhalten. Aber im Gegenteil: Die treten einem noch in den Rücken. Also die schlimmsten Erfahrungen hier in Marzahn habe ich mit der PDS. Die spielen das Spielchen mit und verwehren sich überhaupt nicht gegen solche Sachen. Im Gegenteil, die haben sehr großen Anteil an der Vertreibung aus Marzahn. Und die haben auch gar keinen Anteil daran, daß das Heim in Marzahn ein bißchen mehr geschützt wird oder daß da reingeguckt wird, was hier passiert. Die wissen seit zwei Jahren, was läuft. Ich habe sehr oft Informationen über Übergriffe gegeben und die kümmern sich überhaupt nicht. Ich meine, in einem Stadtbezirk, wo die PDS gerade so stark ist wie in Marzahn, müßte man das eigentlich erwarten.

Wir danken für dieses Gespräch.

Es stehen noch etliche Verfahren gegen Polizisten an. Diese Verfahren sind gefährdet, sofern die Anwälte für die VietnamesInnen nicht bezahlt werden können. Deshalb hier die Bitte, die Arbeit von »Reistrommel« finanziell zu unterstützen:

Spenden bitte unter dem Kennwort »Reistrommel« auf folgende Konten:
Postbank Berlin, Konto-Nr. 424262-104, BLZ 100 100 10
Berliner Sparkasse, Kto-Nr. 0 220 005 710, BLZ 100 500 00 ■



Liebe Genossinnen und Genossen!

Leider sind Euch bei der Darstellung der internationalen Kontakte der Sozialrevolutionären Arbeiterfront im Antifa Info Nr. 28 einige Fehler bzw. Ungenauigkeiten unterlaufen, die das Umfeld der Nouvelle Resistance als Netzwerk erscheinen lassen und Brüche und Fraktionierungen ignorieren. So entsteht tendenziell das Bild einer umfassenden internationalen Zusammmenarbeit im nationalrevolutionären Bereich und einer weitgehenden ideologischen Vergleichbarkeit nationalrevolutionärer und neurechter Positionen. Beides ist so nicht zutreffend, deshalb im Folgenden einige Anmerkungen.

Die von Euch als FREUNDE DES NEUEN SLOWENIENS vorgestelllte Gruppe heißt in Wirklichkeit FREUNDE DER NEUEN SLOWENISCHEN KUNST. Unter dem Logo NEUE SLOWENISCHE KUNST (im Original Deutsch) agiert seit Beginn der 80er Jahre eine Gruppe slowenischer Künstler verschiedener Richtungen (das Theaterensemble RED PILOT, die Malergruppe IRWIN, die Tekkno-Band LAIBACH u.a.), die mit künstlerischen Mitteln eine Verknüpfung slowenischer Nationalmythen mit Elementen sowohl des sozialistischen Realismus als auch des völkischen heroischen Realismus (Blut und Boden) und nationalbolschewistischen Ideologieelemtenten versuchen. So erklärt sich die Mitwirkung des LAIBACH-Mitgliedes JEAN NOVAC in diesem Fanclub, der zugleich Teil des internationalen nationalrevolutionären Netzes ist.

Es hieße allerdings die Bedeutung der NOUVELLE RESISTANCE unzulässig zu vergrössern, wenn sie für die Gründung dieses Fanclubs, der in Frankreich zugleich das Fanzine L'APPEL DU CERF (der Hirschschrei) herausgibt, verantwortlich gemacht wird. Zwar gibt es durchaus umfangreiche Kontakte zwischen beiden Gruppen, doch haben sich diese Fans von LAIBACH eigenständig zusammengefunden. Ihnen geht es einerseits um die Schaffung einer neuen (faschistischen) Ästhetik aber gleichzeitig auch um die Herausbildung eines neuen Lebenstils, einer neuen multimedialen Kultur und einer neuen Form des Denkens. Es ist im Prinzip der Versuch einer Neuauflage der Verbindung von künstlerischer Avantgarde mit dem Faschismus wie er historisch bereits durch den italienischen Futurismus oder Literaten wie EZRA POUND oder WYNDHAM LEWIS und zahlreiche andere versucht wurde.

Folgerichtig ist auch Eure Annahme falsch, der FUTURISME EUROPÉEN REVOLUTIONAIRE (Europäischer Revolutionäre Futurismus) sei von der Nouvelle Resistance gegründet worden. Die genannte Gruppe ist die Schöpfung des französischen Musikers JEAN-MARC VIVENZA, der seine Industrial-Band OEUVRE BRUTISTE ideologisch in die Tradition des Futurismus stellt. Gleiches gilt für die von ihm seit 1989 herausgegebene Zeitschrift VOLONT FUTURISTE. Zwar gibt es auch zwischen den Gruppen um VIVENZA und den Nationalrevolutionären und der angeblich Neuen Rechten vielfältige Verbindungen, doch beruhen diese nicht auf Abhängigkeitsverhältnissen.

Zwar ist CHRISTIAN BOUCHET, Kopf und Führer der NOUVELLE RESISTANCE; bis 1988 Mitglied der GRECE, der neurechten Denkfabrik gewesen, doch wurde er dann ausgeschlossen. Die bis Ende der 80er Jahre intensiven Kontakte des GRECE zur TROISIEME VOIE (Dritter Weg), der Vorgängerorganisation der NOUVELLE RESISTANCE um JEAN-GILLES MALLIARAKIS, kühlten seit dieser Zeit deutlich ab. Schon diese Tatsache deutet darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen Nationalrevolutionären und »Neuer Rechter« so ungetrübt nicht verlaufen kann.

Gleiches gilt für den ideologischen Bereich. Zwar ist das Ziel beider Strömungen, ein europäisches Reich zu schaffen, doch gehen die Vorstellungen über dessen Ausgestaltung weit auseinander. ALAIN DE BENOIST z.B. hat starke Vorbehalte gegenüber den Vorstellungen von JEAN THIRIART, der einen zentralistisch geleiteten eurasischen Kontinentalblock schaffen wollte. THIRART wiederum ist die zentrale Leitfigur der französischen Nationalrevolutionäre und ihrer Freunde im internationalen Netzwerk EUROPÄISCHE BEFREIUNGSFRONT. THIRARTS Ideologie allerdings ist keinesfallls brauchbar für das von Euch angeführte »Europa der hundert Flaggen. Er vertrat selbstverständlich auch nicht einen »national Kommunalismus« (Was, bitte, soll das sein??), sondern einen »nationalen Kommunitarismus«, was lediglich ein anderer Ausdruck für den altbekannten Nationalbolschewismus ist.

Die von Euch namentlich nicht benannte »Organistation aus Moskau« ist die NATIONALBOLSCHEWISTISCHE FRONT um LIMONOV und DUGIN. Der Schriftsteller LIMONOV kommt nicht aus der ehemaligen KPdSU, sondern hat lange in Frankreich im Exil gelebt. Dort hat er allerdings Kontakte zur französichen KP gehabt, zugleich aber auch für faschistische Zeitschriften wie CHOC DU MOIS gearbeitet. DUGIN seinerseits hat in der Vergangenheit zwar intensive Kontakte zur NOUVELLE DROITE und spezielle zu ALAIN DE BENOIST gehabt, so redete er beim nationalen Kolloquium des GRECE, doch hat seine nationalbolschewistische Option zum scharfen Bruch mit derm GRECE geführt. Ein Bruch, der andere nach sich zog. So trennte sich in diesem Zusammmenhang DE BENOISTs langjähriger Weggefährte ROBERT STEUCKERS von ihm und es kam zu Austritten von Funktionären, die sogar zum Direktorium des GRECE gehörten.

Die Aufzählung der Mitgliedsgruppen der EUROPÄISCHEN BEFREIUNGSFRONT erweckt den Eindruck eines reibungslosen europäischen Netzwerkes. Ich hätte es begrüßt, wenn die Bruchpunkte innerhalb dieses Netzwerkes zumindest genannt worden wären. So hat sich die stärkste Gruppe, der belgischen PCN, wieder vom Netzwerk getrennt, da er die pro-islamischen Tendenzen besonders der französichen und italienischen Mitgliedsgruppen nicht mittragen wollte.

Kontakte nach Deutschland gibt es von der EUROPÄISCHEN BEFREIUNGSFRONT allerdings nicht nur zur SOZIALREVOLUTION-REN ARBEITERFRONT: Die von Euch zitierte LUTTE DU PEUPLE meldete auch Gespräche mit den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, die zur Gründung einer deutschen Sektion führen sollten. Es könnte also spannend werden, ob die seit längerem zu beobachtende Radikalisierung der NPD auch zu einer offenen Zusammenarbeit mit der SrA führt.

Ansonsten fand ich die letzte Ausgabe sehr informativ. Weiter so.

V.W.

Leserbrief zu Eurem Leitartikel »Nach der Wahl...«, Antifa-Info Nr. 28/94

Es ist okay, wenn Ihr Gewalt gegen Lesben und Schwule im Antifa-Info nicht thematisiert, weil diese Gewalt – im Gegensatz zu rassistisch-neonazistischer Gewalt – andere Ausgangspunkte hat und eher dem gewalttätigen Sexismus zuzuordnen ist als dem Faschismus; zudem sich die Täter zu 80% nicht dem rechtsradikalen Umfeld zuordnen lassen.

Es ist gebongt, daß es angesichts eines Kühnen, eines Brehls oder eines Althans schwer ist, eine Debatte über Homosexualität und Nationalsozialismus zu führen. Diese Debatte muß nicht im Antifa-Info laufen. Eine solche Debatte kostet viel Zeit und viel Platz und Ihr werdet wegen Eurer sonst so hervorragenden Arbeit andere Prioritäten haben.

Es ist auch noch nachvollziehbar, daß aus einer linken heterosexuellen Sicht, die Arbeit der überwiegend bürgerlich-orientierten Schwulenbewegung schwer verständlich ist und es – dem Anschein nach – wenig Berührungspunkte gibt.

Aber, ist es zuviel verlangt, in einem grundsätzlichen Leitartikel, wie im Antifa-Info 28 geschehen, wenn man die Opfergruppe des NS-Faschismus aufzählt, die Gruppe der Homosexuellen mit zu erwähnen? Ist es wirklich zuviel verlangt, dort neben Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, KommunistInnen, SozialdemokratInnen oder sogar HumanistInnen, das Wort 'Homosexuelle' (12 Buchstaben) oder 'Lesben und Schwule' (16 Buchstaben) mit dazu zu schreiben?

Habt Ihr denn gar nicht bemerkt, wen Ihr sonst noch »vergessen« habt: Behinderte Menschen! Die Euthanasieopfer des »Dritten Reiches«.

Wenn Ihr schon anstatt »NS-Opfergruppen« zu sagen, die Opfergruppen im einzelnen aufführt – was richtig ist – so ist das »Vergessen« bestimmter Gruppen kein Versehen, sondern ein Versagen. Euer Leitartikel wird damit zur Farce. Sätze wie »Die Erinnerung soll in einem Land weichen, dessen Bevölkerung nie die eigene Geschichte verarbeitet, sondern verdrängt hat«, oder »Das Neue entsteht nicht im Studierzimmer, sondern in permanenter Auseinandersetzung in der Praxis«, werden zu Worthülsen.

Klar kann man als weiße, heterosexuelle, nichtbehinderte Deutsche keine Ahnung haben was es heißt, praktisch als Minderheit hier zu leben, aber dann sollte man das Maul auch nicht zu weit aufreißen.

»Totgeschwiegen – Totgeschlagen« steht auf einem unserer Denkmäler am Nollendorfplatz. Es ist peinlich im Jahr 1994 daran erinnern zu müssen.

J.D.

Wahlschlappen, Verbote und Untergrund

Ein aktueller Überblick über die Neonazi-Szene

»*Lange mühevolle Jahre wird es brauchen, bis Deutschland sich endgültig der Fesseln entledigt, die es an den Marterpfahl der Geschichte binden.*«1 Diesen Worten aus der Abschiedsrede des ehemaligen SS-Mannes und Ex-Bundesvorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, werden sich heute wohl alle Rechten in Deutschland anschließen – vorausgesetzt man ersetzt das »Deutschland« in Schönhubers Zitat durch »die Rechte«, was die Leute schwarz/brauner Coleur insgeheim sowieso gleichsetzen. Solange der Holocaust noch nicht aus der Erinnerung getilgt ist oder zumindest relativiert wird als eines »unter vielen Verbrechen der Weltgeschichte«, haben Hitlers Enkels als eigenständige Kraft noch keine Chance.

Im Jahr des Gedenkens an Befreiung der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager haben die Geschichtsleugner der Nazis schlechte Karten. Die Bundesregierung und ein Teil der Medien schieben Hitler die alleinige Schuld zu (wie jüngst Rudolf Augstein im Spiegel) und waschen somit die Wehrmacht und die jubelnde Bevölkerung rein. Im Jahr 50 nach Auschwitz kommen sie nicht umhin, den Opfern und den letzten Überlebenden der Todesfabriken offiziellen Tribut zu zollen.

Dabei haben die »Geschichtsrevisionisten« der Nazis einige bündnispolitische Fortschritte gemacht. Der einst als seriös geachtete Berliner Professor Dr. Ernst NOLTE entwickelt sich zum Flaggschiff der Geschichtsverdreher und wird dafür von den Nazi-Strategen gelobt: Er habe sich *»zweifelsfrei Verdienste um unsere politische Kultur erworben«*2 schrieb Rolf KOSIEK von der GESELLSCHAFT FÜR PUBLISTIK.

Die Schlips- und Kragenfaschos, welche sich von schnellen Wahlerfolgen Ämter und Pöstchen erhofft haben, sind enttäuscht. Durch die REPs geht ein tiefer Riß, das Geld ist knapp, aber der neue Vorsitzende SCHLIERER will dafür sorgen, daß die Partei nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Der etwas schwächere Flügel um seinen Stellvertreter Rudolf KRAUSE aus Sachsen-Anhalt wird da wohl eher für das Gegenteil sorgen. Erfolgversprechender aus rechter Sicht ist dagegen schon das Projekt einer »Haiderisierung" der maroden FDP durch die Berliner Law- and Order-Fraktion um Rainer ZITELMANN (siehe Seite 8). Solange nichts so richtig klappt, bleibt die Hoffnung auf das Ausland. Von einem Erfolg des Austrofaschisten Jörg Haider erhofft sich die Rechte Aufschwung für die eigene Position und endlich eine Einigung ihres zersplitterten Spektrums.

Die militanten Neonazis haben Onkel Helmut geholfen, die Republik nach rechts zu schieben und das Asylrecht abzuschaffen. Im Moment sind die Widersprüche zwischen Nazis und Konservativen stärker als die Gemeinsamkeiten, jetzt stehen weitere Verbote ins Haus. Die Nazi-Szene wird in ihrer Entwicklung gehemmt, bis wieder eine Phase kommt, in der die Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen. Dann wird sich eine neue Eskalatationswelle entwickeln, heftiger als die Pogromwelle der Jahre 91-93.

Die Situation unter der Jugend wird im Osten nach wie vor dominiert von einer rechten Subkltur. Auch die Intensität des Straßenterrors ist nicht allzuviel zurückgegangen.



Günter Deckert (NPD) und Axel Schunk (WJ)

Für die Kader ist es auf Grund der Verbotssituation schwieriger geworden, Mitläufer organisatorisch anzubinden. Jetzt wird deutlich sichtbar, wie wichtig Aufmärsche und große Versammlungen für den inneren Zusammenhalt der Faschos sind. Gegen FAP und NATIONALE LISTE laufen die Verbotsanträge schon seit geraumer Zeit, neu sind die Vorhaben die HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene), die DEUTSCHEN NATIONALISTEN (DN), die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und die DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND/JF zu verbieten.

In solch einer Zeit sind die Gazetten der Rechten natürlich voll von schwülstigem Geseier: Übrigbleiben würden die *»Träger unvergänglicher Werte und Pioniere einer neuen Zeit«* (FAP über FAP). Der Staat habe ihnen, *»dem Volk den Krieg«* erklärt. Damit letzte Mißverständnisse ausgeräumt werden, wer denn nun das Volk sein solle, schieben sie hinterher, daß es sich natürlich *»nicht um das träge Millionenheer der Lindenstraßen verblödeten Bundesspießbürger handelt, die unsere ganze Verachtung verdienen.«*3

Eine Entwicklung, die es zu beobachten gilt, sind die HAMMERSKINS. Seit etwa einem Jahr sind bekannte Neonazis aus Brandenburg und Berlin dort aktiv. Den Kern bildet eine *»Bruderschaft«*, die neue Mitglieder erst nach Anwärterzeit aufnimmt. Ihr Schwur gilt dem Erhalt *»der arischen*



Hans-Peter Krieger, SS-Siggi Borchard (FAP), Sascha Wagner (JN), Kai Dalek (GdNF)

Rasse«. Formell stammt dieses Modell aus den USA, doch es unterscheidet sich in Nichts von den Organisationsformen der anderen Kader in der BRD. Hammerskins bringen ihre Fanzines teilweise ohne Impressum und Bestelladresse heraus, die Verteilung und Mobilisierung zu Konzerten läuft unter der Hand.

Auffangorganisation NPD

Als Auffangorganisation bietet sich vor allem die NPD an. Insbesondere an der Person des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Wolfgang NAHRATH aus Stolberg bei Aachen werden diese Bemühungen deutlich. Im Dunstkreis des ehemaligen Vorsitzenden der WIKING JUGEND befindet sich der Hauptsitz der JN. Nahrath steht für die Eingliederung von Mitgliedern verbotener Parteien in die völlig überalterte NPD.

Das Kadernetz der Neonazis hat sich vergrößert

Insgesamt hat sich ein bedeutend größeres Nazi-Kadernetzwerk als vor zwei Jahren stabilisiert. Die Zusammenarbeit ist intensiver als je zuvor. Die Tendenz der politischen Kader, sich in verdeckt operierenden Zirkel zu organisieren war schon desöfteren Thema im Info und hat sich bestätigt.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die alten Abgrenzungen heute in der Regel nicht mehr gültig sind. Die Kader haben sich in verschiedenen Zirkeln, Zellen und Abteilungen organisiert.

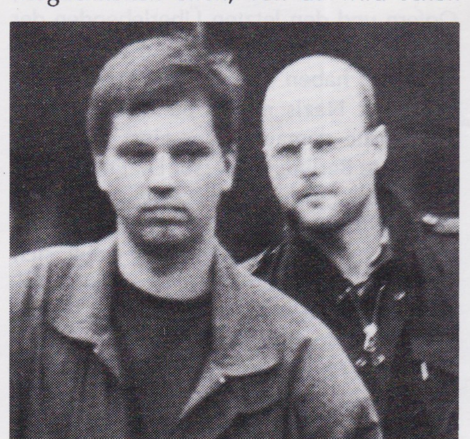
Auf regionaler Ebene verbreitern sich DEUTSCHE FREUNDESKREISE und NATIONALE STAMMTISCHE, bestehend aus Angehörigen verschiedener Gruppen. Hier kommen in der Regel VertreterInnen unterschiedlicher Fraktionen zusammen. Überregional ist die Szene durch ein umfassendes Kommunikationsnetz miteinander verbunden. Dazu gehören nicht nur die »Nationalen Info-Telefone«, sondern vor allem die sieben Computer-Mailboxen des »Thule-Netzwerkes«. Sie erlauben eine unkontrollierbare Kommunikation untereinander, zumal die Nachrichten mit einem Verschlüsselungsprogramm nur für den Empfänger lesbar sind. Die Benutzung der interneren Ebenen der Mailbox ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich, Benutzer werden überprüft.

Fraktionsübergreifend wird an verschiedenen weiteren Projekten gearbeitet:
- bei der Expansion Richtung Osteuropa, mit den Schwerpunkten Kaliningrad und Slask (Schlesien),
- bei der Verbreitung des »Geschichtsrevisionismus«,
- in der Anti-Antifa (siehe Artikel),
- im Werwolf-Netzwerk paramilitärischer Gruppen,
- bei der Rekrutierung von Söldnern in das Bürgerkriegsgebiet des ehemaligen Jugoslawiens.

Die Tendenz geht deutlich in die Richtung, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und verschiedene Vorstellungen zu akzeptieren. *»Verschiedene Wege führen zur Macht. (...) Zuerst der breite Weg der politischen Bewegung, die mit offenem Visier kämpft und die Massen gewinnt. (...) Ein zweiter Weg ist der Staatsstreich, ausgeführt durch eine entschlossene Minderheit«*4. Für beide Wege brauche es Elitebildung, und die ist nach Ansicht aller Strategen der Nazis noch lange nicht abgeschlossen. In der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung 'Europa vorn', herausgegeben von Manfred ROUHS aus Köln, finden sich ähnliche Überlegungen: Ein Diskussionsbeitrag ruft zur *»Gründung politischer Hinterzimmer auf (...), da rechte Parteien immer zur ideologischen Verengung«* beitrügen. Der Herausgeber antwortet, daß eher *»Aktivitäten mit Außenwirkungen angesagt seien, weil wir zu wenige sind.«* Streitpunkt ist auch die Art und Weise des Kampfes, der eine ruft dazu auf, auf politische Gewalt zu verzichten, Rouhs gibt zu bedenken, daß *»dem nicht alle Hinterzimmer folgen werden«*. 5

Gerade von der paramilitärischen Struktur ist in nächster Zeit einiges an Terror zu erwarten. Die Briefbombenkampagne der österreichischen Neonazis ist nur als Anfang zu werten. Die HNG und die Nationale Liste riefen im Januar 95 dazu auf, dieses Jahr *»11 Briefe«* zu Ehren des inhaftierten Gottfried Küssels zu schicken, nachdem die ersten 10 Briefe (93) schon so ein Erfolg gewesen seien. Unterdessen erschütterten im Februar zwei weitere Bomben Österreich und kosteten vier Romas das Leben.

Eine weitere Tendenz wird die Verlagerung von Aktivitäten ins benachbarte Ausland sein. Sämtliche Gruppierungen der Neonazis haben ihre Kontakte in die Nachbarländer erheblich verbessert. Die Pleite des Anführers der verbotenen NF, Meinolf SCHÖNBORN, in Dänemark war zwar so niederschmetternd, daß nun auch sein Gastgeber Thies CHRISTOPHERSEN umziehen muß, jedoch Richtung Osten sind noch einige Möglichkeiten offen, von da wird schon heute ein erheblicher Teil der Nazi-Propaganda versendet.



Christian Worch und Kroatien-Söldner Thomas Hainke

An der Gefährdung durch Neonazis hat sich nichts geändert. Ihre Aktivitäten erreichen lediglich keine Spitzenwerte, wie in den Jahren nach der deutschen Vereinigung. Es bleibt ein Potential, daß jederzeit mobilisierbar ist, besonders dann, wenn die große Politik, wie während der Anti-Asylkampagne, die Voraussetzungen ermöglicht.

1) Rede Schönhubers auf dem Parteitag der REPs am 16./17.12.94
2) Das freie Forum, GfP, 10-12/94
3) Junges Franken 4/94
4) Vorderste Front, Theoriezeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, Ende 1994
5) Europa Vorn Dez. 94

Kein Durchblick im Einblick-Prozeß

»...es kann nicht Aufgabe des Gerichtes sein, fehlende Ermittlungen nachzuholen...«

...mit diesen Worten aus der Urteilsbegründung verpaßte ein sichtlich verärgerter Richter Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden eine Ohrfeige. Im Jahre eins nach dem Mannheimer Deckert-Urteil lassen Teile der deutschen »Rechtspflege« kaum eine Gelegenheit aus, ihr ohnehin angekratztes Image weiter zu ramponieren: Gemeint sind die Ermittlungen gegen die MacherInnen des Anti-Antifa-Hetzblattes »Der Einblick«: Haarsträubende Pannen, nicht wahrgenommene Ermittlungsansätze, Falschinterpretationen und Desinformationen. Der Prozeß fand im Januar 1995 vor dem Jugendschöffengericht in Groß-Gerau statt. Das höchste Urteil wurde gegen den maßgeblichen Hersteller der Hetzschrift Norman KEMPKEN ausgesprochen: Zwei Jahre ohne Bewährung. Für den Tatvorwurf der Nötigung ist das ohne Zweifel ein ausgesprochen hartes Urteil, doch die Ermittler haben der Anti-Antifa einen Persilschein ausgestellt: Es lägen keine engen organisatorischen Verknüpfungen vor.

Zur Erinnerung: Ende November 1993 brachten Neonazis die Zeitschrift »Der Einblick" in Umlauf. Auf 40 Seiten wurden die Adressen von mehr als 250 AntifaschistInnen genannt. Im Vorwort und in weiteren Ausführungen finden sich verbalradikale Platitüden und kaum verhohlene Gewaltaufrufe. Die Rede ist von *»der endgültigen Ausschaltung der politischen Gegner"*. In der Öffentlichkeit wurde das Blatt als die *»Todesliste der Neonazis«* gehandelt.

Schnell wurde klar: 'Der Einblick' war weder eine isolierte Einzelaktion noch das Produkt einiger weniger. Im Gegenteil: Der Einblick war ein seit dem Sommer 1992 geplantes bundesweites Projekt der ANTI-ANTIFA. Die Leute, die dieses Projekt koordinierten und ausarbeiteten, sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wohlbekannte Funktionäre des militanten Neofaschismus. Bei einigen von ihnen kommen unübersehbare Kontakte ins rechtsterroristische Spektrum hinzu.

DER EINBLICK

Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- u. Anarchoterror

Jetzt ist Schluß ! ! !

Organisiert die Anti ANTIFA

Daß es überhaupt zur Eröffnung des Hauptverfahrens gekommen ist, lag am allerwenigsten an der BUNDESANWALTSCHAFT (BAW) und den Ermittlungsbehörden. Kurz nach Erscheinen des Einblicks zog die BAW die Ermittlungen an sich und präsentierte zwei Festnahmen: den Betreiber des »Nationalen Infotelefons« (NIT), Michael PETRI, und Sascha CHAVES-RAMOS. Die beiden hatten seit geraumer Zeit über das NIT dazu aufgerufen, Informationen für den Einblick zu sammeln. Doch schon am Tag darauf wurden beide wieder freigelassen. Damit schien die gesamte Angelegenheit für die BAW erledigt zu sein.

Dabei mangelte es nicht an offenkundigen Hinweisen. Der Wiesbadener Stefan CUMIC initiierte und leitete als damaliger geistiger Kopf der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) im Rhein-Main-Gebiet das Einblick-Projekt. Seit Sommer 1992 warben Anzeigen in einschlägigen Zeitschriften und Rundschreiben. Als Kontaktanschrift war das Postfach Cumic's in Wiesbaden angegeben.

Erst nachdem Cumic durch antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit in Bedrängnis geriet, und erst nachdem er in der Presse öffentlich zugegeben hatte, Initiator des »Einblicks« gewesen zu sein, regten sich die Ermittler wieder und verhafteten ihn. Noch am selben Tag machte er umfangreiche Aussagen, in denen er die komplette Redaktionsgemeinschaft und ihre Helfershelfer beim Namen nannte. Die Folge waren mehrere Hausdurchsuchungen und vier vorübergehende Festnahmen: Gegen den hauptsächlichen Motor bei der Erstellung





Norman Kempken vor und während des Prozesses

Die Einblick-Redaktion und ihre Helfershelfer

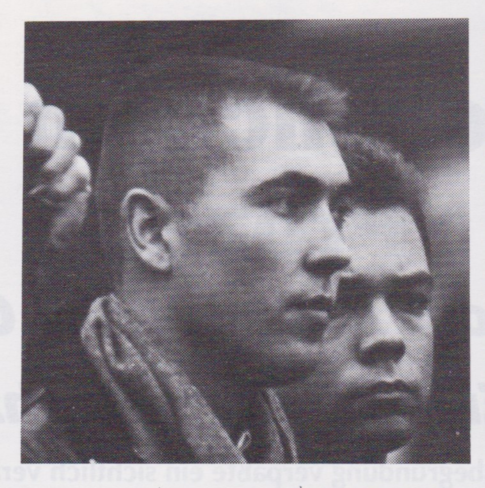
* Norman Kempken, 26, ist seit 10 Jahren in Neonazikreisen aktiv. Er gehört seit Jahren zum engeren Umfeld der verbotenen Nationalistischen Front. Mit Ursula Müller aus Mainz, der Vorsitzenden der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG), verbindet ihn ein Mutter-Sohn-Verhältnis. Seit 1991 war er außerdem Mitglied der CDU, die ihn nach seiner Verhaftung ausschloß. Spätestens Anfang 1993 stieß er zur Einblick-Redaktion und dominierte das Projekt. Er ist ein Anti-Antifa-Aktivist der ersten Stunde. Seit 1992 versuchte er unter falschem Namen Material von Antifa-Gruppen, u.a. vom Antifaschistischen Infoblatt, zu bestellen.

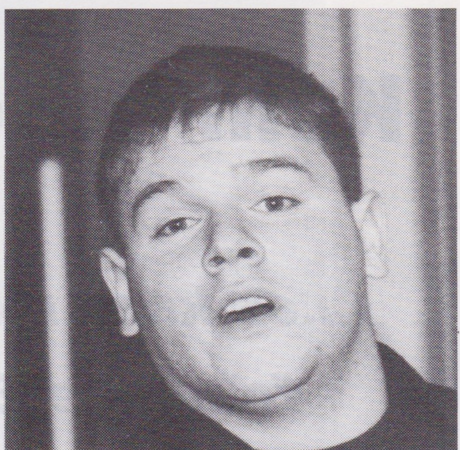
Noch im Juni 1993 bekam er einen höchstoffiziellen Freibrief ausgestellt. Nachdem AntifaschistInnen die Scheiben seiner Wohnung einschlugen (vorausgegangen war eine Brandstiftung an einer Flüchtlingsunterkunft in seiner Nachbarschaft) erklärte die Kriminalpolizei Rüsselsheim, über Kempken seien »keine rechtsgerichteten Aktivitäten« bekannt.

* Stefan Cumic, 23, war lange Jahre führender Kopf der GdNF in der Rhein-Main-Region und seit 1992 Antreiber der hiesigen Anti-Antifa. Er brachte schon im Dezember 1992 ein Anti-Antifa-Blatt namens «Nationale Aktion« heraus, welches er im Prozeß als *«Vorläuferblatt des Einblicks«* bezeichnete. Durch seine Aussagen kam der Einblick-Prozeß überhaupt erst ins Rollen. Auch vor Gericht zeigte er sich sehr gesprächig. Wenn jedoch die Sprache auf neofaschistische Organisierung und deren Drahtzieher kam, befiel ihn zusehends der Gedächnisschwund. Er versuchte, die Schuld auf Kempken abzuwälzen und das Projekt zu verharmlosen, mit dem klaren Hintergedanken, ein möglichst geringes Strafmaß für sich zu erreichen. Trotzdem galt er für das Gericht als uneingeschränkt glaubwürdig.

* Eberhard Hefendehl, 64, stammt aus Rodach (Oberfranken). Der NSDAP/AO-Aktivist ist Inhaber des Ein-Mann-Unternehmens Odal-Druck-Verlag und einer der renommiertesten Druckereien für rechtsradikale Schriften in Deutschland. Desweiteren gibt er die Neonazi-Gazette «Der Scheinwerfer« heraus, ist Mitglied der Wiking Jugend und stand schon mehrfach vor Gericht. Er wurde, so Cumic vor Gericht, aus Gründen der Konspirativität ausgewählt: er galt als «Vertrauensperson«.

* Karin Mayer: Sie kommt ebenso wie ihr Ehemann Thomas Mayer aus der Skinheadszene. Sie hatte mit dem Versand des Einblicks eine wesentliche Funktion





Norbert Weidner (FAP), Michael Petri (DN) und Andreas Gängel (v.l.n.r)

des Einblicks, den Rüsselsheimer Norman Kempken, erging Haftbefehl.

Für die Behörden ergab sich durch die Aussagen und durch vorliegendes eindeutiges Material ein relativ genaues Bild über den Organisierungsgrad der Anti-Antifa und der »Einblick-Redaktion«: Es war ein gemeinsames Projekt von Kadern verschiedener Neonazi-Organisationen, für die Ermittler war keinerlei organisiertes Vorgehen festzustellen.

Die aufsichtsführende Bundesanwaltschaft stellte die Ermittlungen wegen eines Organisationsdeliktes (»kriminelle Vereinigung«) ein und übergab das Verfahren im April 1994 an die Staatsanwaltschaft Darmstadt, an. Staatsanwalt Dr. Köbler. Dieser ging noch einen Schritt weiter und stoppte schon nach wenigen Wochen die Ermittlungen gegen mehrere Personen der Einblick-Riege. Ihr Verfahren wurde mit der Begründung: *»kein hinreichender Tatverdacht«* eingestellt.

Dabei hat Dr. Köbler, wenn es denn um Organisationsdelikte geht, in der Vergangenheit schon einen ausgesprochenen Ideenreichtum an den Tag gelegt. In einem Verfahren gegen Linke ließ er bei einer



Silke Wunderlich versuchte, in Antifa-Kreisen zu spionieren

Hausdurchsuchung eine Diskette beschlagnahmen, auf der nur der eine Satz »Verpiß dich, Bulle« abgespeichert war. Für Dr.Köbler ein Grund, die Ermittlungen an die BAW weiterzuleiten wegen *»Anfangsverdacht des 129a«* (Bildung einer terroristischen Vereingung).

Kein organisiertes Vorgehen in Sicht?

Die Methode die BAW und Staatsanwaltschaft Darmstadt anwendeten, um ein Organisationsdelikt aus der Welt zu schaffen, ist äußerst simpel: Von ursprünglich 10 Beteiligten ziehe ich acht ab, es bleiben zwei und die können gar keine Vereinigung sein, denn dazu brauch´ ich drei: Deutsches »Rechts«-Latein für Fortgeschrittene.

So blieben am Ende nur noch Cumic und Kempken als Hauptangeklagte übrig. Wegen »Tatbeihilfe« wurden die 20-jährige Karin Mayer aus Rüsselsheim, die den Einblick gefaltet, geheftet und versandfertig verpackt hatte, sowie der 64jährige Drucker Eberhard Hefendehl angeklagt. Gegen die anderen sechs wurden die Ermittlungen





Kai Dalek (GdNF) und Sascha Chaves-Ramos

eingestellt, und sie wurden -mit einer Ausnahme - im folgenden nicht einmal als Zeugen herangezogen.

Welches Maß an Ignoranz für so ein Vorgehen nötig gewesen sein muß, zeigt ein Blick auf die Personen die am Einblick direkt und indirekt beteiligt waren. (siehe Kasten)

Ein Prozeß mit vertauschten Rollen

Schlußendlich begann der Prozeß vor dem Jugendschöffengericht in Groß-Gerau mit einer groben Entgleisung des Staatsanwaltes Dr. Köbler. Bei der Beschreibung der Titelseite des »Einblicks« sprach er von einem dort abgebildeten »Neger«. Dies war allerdings auch nur noch ein weiterer Hinweis darauf, daß dem Herrn Dr. Köbler jede Sensibiltät im Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus« zu fehlen schien - um es mal vorsichtig ausdrücken.

Die Fragen nach den organisierten Zusammenhängen innerhalb der Anti-Antifa und des Einblick-Projektes wurden ausschließlich von der sehr engagierten und sehr gut informierten Nebenklagevertreterin zur Debatte gestellt.

Die Nebenklage, der eigentlich nur einen beobachtende Rolle zugedacht ist, übernahm faktisch die Rolle der Staatsanwaltschaft. Sie war die einzige, die bei den Zeugen wie auch bei den Einlassungen von Cumic nachhakte und versuchte ein Bild zu zeichnen. Mit zunehmender Dauer entstand ein Prozeß mit vertauschten Rollen.

Dr. Köbler übernahm mehrfach faktisch die Rolle der Verteidiger, indem er der Nebenklage ins Wort fiel und Fragen als »nicht prozeßrelevant« zurückwies. Die Ausführungen des Dr. Köbler gipfelten darin, daß er der Nebenklage öffentlich vorwarf »Verschwörungstheorien aufzustellen« und »nur die Ermittlungsbehörden diffamieren zu wollen«.

Die Anwälte der Angeklagten (darunter der Deckert-Anwalt Ludwig Bock und der ehemalige Kühnen-Anwalt Horst Loebe) konnten dem Treiben deshalb mit einiger Gelassenheit zusehen.

Der Richter war beständig um Ausgleich bemüht und schaffte es auch, den Prozeß ohne größeren Eklat über die Bühne zu bringen.

Das Urteil gegen Norman Kempken war gemessen an der Anklage drakonisch: Zwei Jahre ohne Bewährung für einen Nicht-Vorbestraften wegen Nötigung und Beleidigung. Cumic bekam ein Jahr auf Bewährung, wobei ihm sein Geständnis ausdrücklich zugute gehalten wurde. Hefendehl muß 3.600 DM Strafe zahlen und Karin Mayer -als Jugendliche- 100 Stunden gemeinützige Arbeit ableisten.

In der Strafbemessung blieb das Gericht sogar noch unter den Anträgen von Dr. Köbler, der für Kempken beispielsweise gar 2 Jahre und 6 Monate ohne Bewährung gefordert hatte. Mit dieser Forderung wollte Köbler, das war seinem Plädoyer zu entnehmen, hauptsächlich das *»Gewaltmonopol des Staates«* festklopfen. Eine politische Wertung hatte in seinen Ausführungen so gut wie keinen Platz, eindeutig auch mancherlei Formulierungen wie *»JEDER, der Abschußlisten anlegt, muß wissen ...«*.

Die Anti-Antifa hingegen kann diesen Prozeß -trotz der hohen Strafen- als Teilerfolg für sich verbuchen. Ihre Struktur blieb unangetastet, ihr Organisierungsgrad wurde völlig geleugnet.

Für sie bedeutet dieses Urteil insofern einen Persilschein, daß sie sich in Zukunft nur sprachlicher Entschärfungen und unzweideutiger Formulierungen bedienen muß, um ungestraft eben jene »Abschußlisten« unters rechte Volk zu streuen.

Und auch der Karriere des Dr. Köbler hat dieser Prozeß keinen Abbruch getan. Im Gegenteil, bereits am nächsten Tag wechselte er ins hessische Justizministerium nach Wiesbaden.

inne. Über rechtsextremistische Aktivitäten und Mitgliedschaften war den Behörden nichts bekannt. Auch nicht eine Anzeige der Eheleute Mayer in den «Nachrichten der HNG« vom Juni 1993. Dort gaben die beiden die Geburt ihres Sohnes bekannt und hofften ihr *«Kind im Geiste des nationalistisch und sozialistisch erwachenden Deutschlands zu einem tapferen Sohne seines Volkes zu erziehen«*.

* Christian Worch aus Hamburg, ist Kopf der GdNF und einer der Initiatoren der Anti-Antifa. Im Sommer 1992 unterichtete ihn Cumic über die Einblick-Pläne. Laut dessen Aussage im Prozeß gab Worch daraufhin «Ratschläge«, wer von den führenden Kadern der GdNF am besten nicht mit dem kriminalisierungsgefährdeten Projekt in Berührung kommen sollte. Die Erstellung des Einblicks an sich wurde von ihm natürlich nie in Frage gestellt. Gegen Worch gab es weder Ermittlungen, noch wurde er als Zeuge geladen.

* Kai Dalek ist der «Manager« der GdNF aus Oberrodach in Oberfranken und Computerfachmann. Ursprünglich war er als Layouter vorgesehen, nachdem er schon das Vorläuferblatt «Nationale Aktion« gestaltet hatte. Anfang 1993 versuchte er die Aktivistin Silke Wunderlich in Antifa-Kreise in Nürnberg einzuschleusen, mit dem klaren Auftrag, dort Adressen von Antifa-Aktiven zusammenzutragen. Dalek ist Mitorganisator der neofaschistischen Thule-Mailbox. Auf seinem Computer fanden die Ermitter schon bei oberflächlichem Durchsehen (genau wurde nie nachgesehen) gespeicherte Daten von Personen, die im Einblick genannt waren. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde im Mai 1994 eingestellt.

* Andreas Gängel aus Bruchsal. Er soll laut Cumic zusammen mit Kempken die «Einblick«-Hefte aus der Hefendehl'schen Druckerei abgeholt haben. Er war Mitglied der Nationalistischen Front und bis Mitte 1994 Betreiber des Endsieg-Versandes, eine der ersten Adressen für den Vertrieb neofaschistischer Musik. Er wurde als einzigster Faschozeuge beim Prozeß vorgeladen. Hefendehl wollte er nie gesehen haben, zu Kempken wollte er allenfalls einen sporadischen Kontakt einräumen. Dabei bewies ein -vor Gericht verlesener- Briefwechsel mit Kempken eindeutig sein enges persönliches Verhältnis zum Einblick-Macher. Noch Fragen, Herr Staatsanwalt? Nein. Danke, Zeuge Gängel, auf Wiedersehen.

* Heinrich Berger aus Wien, ist polizeibekannter Neonazi und guter Bekannter von Kempken. Er soll, laut Aussage Cumic, nicht nur die Zeichnungen für den Einblick, sondern auch für andere in Deutschland vertriebene Gazetten angefertigt haben. Er

war zudem Teilnehmer an Treffen auf dem Gelände der Gärtnerei Müller in Mainz. Berger wurde nicht ein einzigstes Mal vorgeladen - weder als Zeuge noch als Beschuldigter.

* Michael PETRI aus Mainz, wurde wegen des Einblicks gleich zweimal vorrübergehend festgenommen. Er war Funktionär der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) und zur damaligen Zeit engster Vertrauter von Cumic. Heute ist er Bundesvorsitzender der DA-Nachfolgepartei DEUTSCHE NATIONALISTEN und einer der eifrigsten Trommler der Anti-Antifa.

Von seiner Mittäterschaft waren selbst die Ermittler anfangs überzeugt. Trotzdem wurden ihm über 50 beschlagnahmte Disketten, ungelesen!!!, schon nach zwei Wochen zurückgegeben. Das Verfahren gegen ihn wurde im Mai 1994 eingestellt, vor Gericht wurde er nicht einmal mehr als Zeuge berücksichtigt.

* Sascha CHAVES-RAMOS aus Mainz, war Anmelder des (mittlerweile abgeschalteten) Nationalen Infotelefons (NIT), welches schon Monate vor Erscheinen des Einblicks dazu aufrief, Adressen von Antifas für die Zeitschrift zu sammeln. Ein Verfahren wegen Mittäterschaft wurde u.a. mit dem Hinweis eingestellt, er habe als Mitangeklagter im bevorstehenden DA-Nachfolge-Prozeß in Koblenz ein ungleich härteres Strafmaß zu erwarten.

Vom Gericht ungewürdigt blieben auch diverse internationale Verbindungen. Im Frühjahr 1993 beschloß die Einblick-Redaktion, die Kontaktadresse aus Sicherheitsgründen ins Ausland zu verlegen. Kempken unterhielt Kontakte zur spanischen Faschistenorganisation CEDADE, aber Spanien war zu weit entfernt. So wandte sich Cumic an den NSDAP/AO-Statthalter Gerry LAUCK in den USA, der ihm den bekannten dänischen Neonazi Jonny HANSEN empfahl. Hansen vermittelte daraufhin das Postfach der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB), die Bestelladresse des «Einblick«.

Ebenso ausgeklammert blieb die Frage nach der weiterer Organisierung der Beteiligten und deren Einbindung in rechtsterroristische Kreise. Fast allen genannten Personen kann eine Mitgliedschaft in der HNG nachgewiesen werden, die meisten unterhielten gar ein persönliches Verhältnis zur HNG-Vorsitzenden Ursula Müller.

Eine auffallend häufige personelle Überschneidung besteht zur NATIONALEN INITIATIVE FREIHEIT FÜR GOTTFRIED KÜSSEL (NI), jenem Kreis von GdNF-Kadern, die als strategischer Wegbereiter der Briefbombenserie von Ende 1993 in Österreichgelten.

Ermittlungen, die keine waren

* Bei mehreren Personen wurden bei Hausdurchsuchungen Disketten und Festplatten beschlagnahmt. Ein Großteil des Materials wurde ohne jede Ansicht mit der Begründung "nicht verfahrensrelevant" wieder ausgehändigt. Die Frage der Nebenklage an einen ermittelnden Beamten, ob man bei Disketten von außen den Inhalt erkennen können, blieb freilich unbeantwortet.

* Im ganzen Zeitraum der Ermittlungen, also von Erscheinen des Einblicks bis zur Anklageerhebung, wurde offensichtlich bei keinem einzigen Beteiligten eine Telefonüberwachung durchgeführt.

Denn wäre dies geschehen -so ein Beamter vor Gericht- dann wäre dies in den Akten festgehalten. Weder die Nebenklagevertreterin noch der Richter fanden in den Akten diesbezüglich auch nur einen einzigen Vermerk.

* Bei mehreren Beteiligten wurden Kontoauszüge und Überweisungsaufträge sichergestellt. In keinem einzigen Fall wurden die Empfänger der teilweise fünfstelligen Summen überhaupt festgestellt. Nur eine Ausnahme: Das Konto eines linken Projektes, dessen Nummer den Ermittlern in die Hände fiel, wurde akribisch durchleuchtet, alle Geldbewegungen wurden nachvollzogen und alle Empfänger und Einzahler ermittelt.

* Trotz ausdrücklicher Anweisung alle Besuche des in Köln-Ossendorf in U-Haft sitzenden Norman Kempken vom BKA überwachen zu lassen, fanden teilweise nicht-überwachte Besuche statt. Die JVA Köln-Ossendorf, ein Knast der Sicherheitsstufe eins und durch restriktive Bestimmungen berüchtigt, entschuldigte sich mit einem "Versehen". Desweiteren passierten Briefe mit neofaschistischen Parolen wie auch eindeutig neofaschistische Musikkasetten unbeanstandet die Zensur.

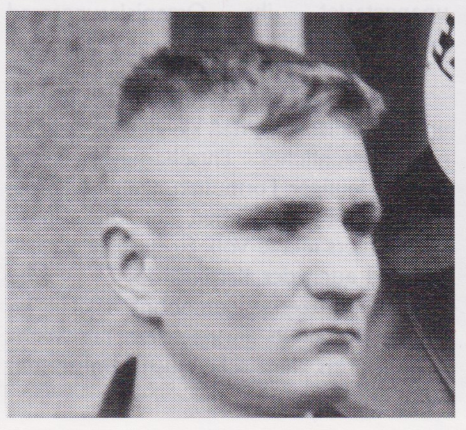
Die Aufzählung der Ermittlungspannen und sonstiger Merkwürdigkeiten ließe sich noch etliche Kapitel fortsetzen.

Hierbei wollen wir aber festhalten, daß wir uns grundsätzlich nicht mit überwachungsstaatlichen Methoden wie Post- und Telefonüberwachung anfreunden können. Diese Aufzählung soll nur Vergleichsansätze bieten, mit welcher Akribie, Ausdauer und auch puren Phantasie gewöhnlich gegen linke und antifaschistische Gruppen ermittelt wird.

Anti-Antifa in

Die Adressen von Antifas werden in einem zentralen Computer gespeichert. Bis vor kurzem verwaltete der Neonazi Oliver WERNER die Dateien. Werner saß mehrmals in Haft, zuletzt wegen des Besitzes von Bombenbauanleitungen und Bombenrohlingen. Als am 13. August 1994 die Wohnung des Berliner Neonazis Arnulf PRIEM Ziel einer Antifa-Demo war, sammelten sich die AktivistInnen der Anti-Antifa auf Priems Dachboden sowie in seiner Wohnung. Allen Betroffenen sei hier das Studium der Anti-Antifa Berlin ans Herz gelegt. Interessant ist die Zusammensetzung: Es befinden sich Leute aus der FAP, der GdNF, der Nachfolgeorganisation der NF (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront - SrA), der Gruppe um den Werwolf-Flügel (NS-Denkzettel) sowie Mitglieder der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) unter den AktivistInnen des braunen Terrors. Hier ein Auszug:

Marcus Bischoff (NS-Denkzettel/FAP); Enno Gehrmann (SrA)(v.l.n.r.)





Anti-Antifa gegen JRE

Unterwanderung in Berlin?

In Berlin findet eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit der Neonazi-Szene innerhalb der sog. »Anti-Antifa« statt. Wohnungen von AntifaschistInnen werden observiert, Adressen werden gesammelt, und es wird versucht, Antifas am helligten Tag zu überfahren. Schon mehrmals haben Nazis versucht, Antifa-Gruppen zu unterwandern. Bei der JUGEND GEGEN RASSISMUS in Europa (JRE) geschah dies offenbar mit Erfolg. Auf JRE-Treffen besprochene Aktionen werden schon oft vor ihrer Ausführung den Nazis bekannt. Die Folge sind Überfälle auf Wohnungen, versuchte Morde und Drohbriefe. Doch die JRE äußert sich nicht.

Es fing an mit der Vorbereitung zum JRE-Sommerlager 1994. Im Berliner Büro der *»am schnellsten wachsenden antifaschistischen Jugendorganisation«* (JRE über JRE) liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Eine Anmeldeliste nach der anderen wurde ausgedruckt und wanderte, wenn fehlerhaft, in den Papiercontainer. Als nicht störend wurden die massiven Aktivitäten der FAP in diesem Stadtteil empfunden. Die Adressen von jungen Antifas wurden in einem Computer verwaltet, der sich in einem nicht abschließbaren Büro befand. Einfache Fahrlässigkeit oder steckt mehr dahinter?

Maßgeblich an den Vorbereitungen des Sommerlagers beteiligt war Dirk Aschoff, seinerseits Mitglied der Berliner Leitung der sozialistischen Gruppe VORAN, deren »Kader« hinter der JRE stehen, und Mitglied in der Berliner JRE-Leitung, wie auch im Bundesausschuß der Organisation.

Dummkopf, Spitzel oder Überläufer?

Die JRE scheint der Sicherheit ihrer Mitglieder wenig Beachtung zu schenken. Auf dem Sommercamp der Organisation 1994 in Süddeutschland lagen die Adreßlisten offen aus und waren, nach Beobachtung von Augenzeugen, für jedermann zugänglich. Bei tausend TeilnehmerInnen, darunter auch eine Gruppe aus Berlin, die niemand kannte, ist klar, daß die Möglichkeit besteht, daß auch Nazis darunter sind.

Aschoff geriet ins Feuer der Kritik seitens anderer Berliner JRE-Mitglieder, die der Organisation mittlerweile den Rücken zugedreht haben.

Aschoff geriet unter Spitzelverdacht. Merkwürdig erschien sein plötzlicher Kauf eines Mountain-Bikes von 1.300 DM, denn bekannt war, daß Aschoff chronisch pleite war. Seite Mitte Oktober ist er spurlos verschwunden. Keine/r weiß, wo Aschoff wohnt, noch wo seine Eltern zu finden sind, noch wo er polizeilich gemeldet ist. (er wohnte vorher im JRE-Büro). Und das, obwohl er seit längerer Zeit in der Organisation aktiv war.

Der Terror beginnt

Nach dem Sommercamp bekam einer von Aschoffs Widersachern Drohbriefe und schlußendlich Hausbesuch von sechs Nazis, die versuchten, seine Wohnungstür einzuschlagen. Bereits vorher versuchte ein roter PKW der Marke Audi, ihn zu überfahren. Andere JRE-Mitglieder bekamen Drohbriefe der Anti-Antifa nach Hause geschickt. Darin stand geschrieben, daß sie auf einer Demonstration gegen die Junge Freiheit in Potsdam gesehen worden seien und sich deswegen in Acht nehmen sollten. Vieles spricht dafür, daß die JRE Objekt gezielter Unterwanderung geworden ist. Auch möglich ist, daß Aschoff die Adressen aus Rache weitergegeben hat. Fest steht nur, daß die Nazis über die Adressen des JRE-Sommercamps verfügen.

Mit folgender Kritik am Verhalten eines JRE-Funktionärs wollen wir nicht unterstellen, daß er für die Anti-Antifa arbeitet, aber einen traurigen Zusammenhang gibt es trotzdem: Als die JRE zusammen mit anderen Gruppen zu obenerwähnter Demo im Herbst letzten Jahres in Potsdam eine Demo gegen den Sitz der Jungen Freiheit veranstaltete, gab es Meinungsverschiedenheiten über das Auftreten vor Ort. Ein JRE-Funktionär riß einem jungen Antifa während der Demo die Vermummung vom Gesicht - trotz einer Situation von Bedrohung durch Neonazis und Bullen.

Antifaschismus - ideales Thema zur Rekrutierung Jugendlicher ?

Die JRE hat den Anspruch, möglichst schnell Jugendliche unter dem Banner des Antifaschismus zu sammeln. Dabei scheint den Kadern der Gruppe Voran nicht bewußt zu sein, welchen Charakter der Neofaschismus in diesem Land hat. Es gibt nichts gegen offene Antifa-Arbeit einzuwenden, doch im Falle der JRE geschieht dies in gemeingefährlicher Art und Weise, die dazu führt, die eigenen Mitglieder den Nazis auszuliefern. Bis heute hat sich die JRE nicht zu diesem Vorfall geäußert.

Berlin

Detlef CHOLEWA - FAP-Treptow
Enno GEHRMANN aus Schöneberg - SrA
Andreas LÜCK aus Friedrichshain- FAP
Matthias RIDDERSKAMP aus Tempelhof-
Bund Vaterlandstreuer Volksgenossen
Oliver SCHWEIGERT H'hausen- GdNF
Oliver WERNER aus Kreuzberg- FRVS
Markus BISCHOFF aus dem Wedding-
NS-Denkzettel und FAP
Matthias MORELL aus Pankow
Han-Jörg RÜCKERT aus Ch-burg - BKP

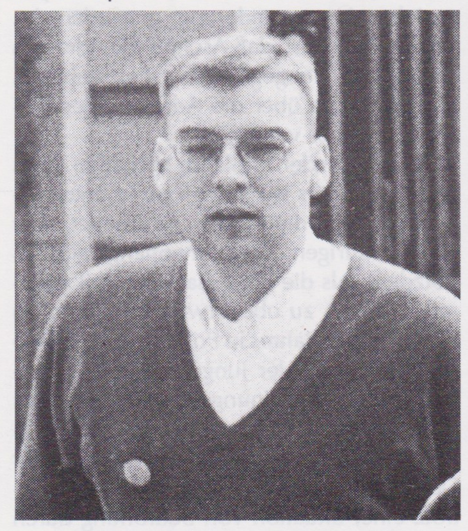
Detlef Cholewa (FAP) und Oliver Werner (FRVS)





NF macht weiter

Am Wochenende des 11./12.2. 95 fand ein Spitzentreffen der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) in Detmold-Pivitsheide statt. Anwesend war eine Auswahl aus Führungsleuten, die nach wie vor den Organisationszusammenhang aufrechterhalten: Neben Meinolf SCHÖNBORN waren u.a. vertreten Uwe MAINKA, ehem. Mitglied der WSG-LIBANON und Angehöriger der Bundeswehr, Uwe PREEN, Thorsten SCHIBBLOK, Eckard (Theo) SCHOLZ, Sven MYSOR, Heinrich SCHÖNLAUB und Jan GALLASCH. Letztgenannter ist in den Vorstand der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) aufgerückt und offenbar ins ehemalige NF-Zentrum zur Ausbildung gezogen. Die Leitung der BKP hat mit Ulli Boldt seit dem 25. Januar 94 ein weiterer Schönborn Mann übernommen. Der Schönborn-Sekretär Stefan PIELERT betreibt den Haiterbu-Verlag über ein Postfach in Padborg, der Greifswalder Frank KLAWITTER betreibt einen Nazi-Skin-Versand in Mecklenburg. Schönborn wurde im Herbst kurzzeitig wegen des Vorwurfes der Weiterführung einer verbotenen Organisation festgenommen, dieser Vorwurf entspricht den Tatsachen.



Ulli Boldt (NF) ist Vorsitzender der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen und des Studienzentrums Weikersheim

Kameradschaft Stuttgart

Anfang November wurde in Stuttgart ein Treffen von 197 Nazis durch einen Polizeieinsatz gestoppt. Die Presse sprach von dem Versuch der Gründung einer »Stuttgarter Kameradschaft«. Friedhelm BUSSE (FAP-Vorsitzender) und sein Begleiter, der Tübinger Alois HOGH, kamen erst gar nicht zum Tagungsort. Sie wurden gestoppt und vorläufig wegen des Besitzes von 15 Ausgaben von Hitlers »Mein Kampf« festgenommen. Ebenfalls festgenommen wurde der Versammlungsleiter Axel HEINZMANN (47). Außerdem befanden sich 10 Mitglieder der EUROPA BURSCHENSCHAFT ARMINIA ZÜRICH ZU HEIDELBERG sowie die Buchhändlerin Edda SCHMIDT unter den Festgenommenen. Die Teilnehmer stammten überwiegend aus Baden-Württemberg.

Europatreffen der JN

Am 10. Dezember fand im bayrischen Klingenberg der »Europäische Kongreß der Jugend« auf Initiative der JN statt. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich u.a. Gäste aus Frankreich (PNFE), aus den Niederlanden (Centrumspartij 86) und von den JUNGEN KROATISCHEN RECHTEN. Verabschiedet wurde ein »Europäisches Jugend Manifest«, mit dem *»Ziel gemeinschaftlicher Aktionen«*. Es redeten u.a. der NPD-Vorsitzende Günter DECKERT und der JN-Vorsitzende Holger APFEL. Das geplante Konzert wurde von der Polizei nicht gestattet.



Stefan Pielert (v) + H. Schönlaub (NF)

Kendzia wieder aktiv

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Deutschen Liga, ex, NPD und REP-Mitglied Rudolf KENDZIA ist zum neuen Vorsitzenden des HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERKES (HvFB) gewählt worden. Das HvFB ist eine der zwei Scharnierorganisationen des organisierten Faschismus in Berlin. Der alte Vorsitzende Karl-Heinz PANTELEIT kandidierte nicht mehr, ihn zieht es zur BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN (BKP), die vor allem die Kader der verbotenen militanten Gruppierungen sowie NPD, FAP und JN koordiniert und anleitet.

Die Wahl Kendzias dürfte für die Fortsetzung des engen Kontaktes mit der BKP sprechen. Beide Organisationen arbeiten zusammen. Kendzia konzentrierte sich in den letzten zwei Jahren auf seinen Job als Makler. Schatzmeister bleibt Richard MIOSGA, Schriftführerin Rita BÖHNISCH. Nicht bekannt ist, ob Dr. Mathias BATH weiterhin dem Vorstand des HvFB angehört: Er ist Staatsanwalt der Stelle Vereinigungskriminalität am Berliner Kriminalgericht.

WJ verboten

Am 10. November 1994 wurde nach 42 Jahren die WIKING JUGEND (WJ) verboten. Die WJ war die Nachfolgeorganisation der Hitler Jugend und sollte die Traditionen des III.Reiches in der Jugend wachhalten. Die 400 Mitglieder starke Organisation war eine der wesentlichen Stützen der bundesdeutschen Neonazi-Szene, zahlreiche Kader wurden hier ausgebildet. Nach dem Verbot setzt die WJ mittels ihrer Auslandsorganisationen ihre Aktivitäten fort. Die Post wird von Belgien aus verschickt, wo auch das Winterlager 1994 stattfinden sollte. Organisiert wurde es von einer der WJ-Auslandsabteilungen, der VIKING JEUGD VLAANDEREN, mit ihrem Vorsitzenden Berthold VAN DER ABBEELE. Die WJ hat außerdem die Möglichkeit, in die Niederlande auszuweichen, wo eine weitere Abteilung von KEES VAN DER RIJN geleitet wird. Unterdessen kündigte der langjährige Vorsitzende der WJ, Wolfgang NAHRATH, ein Übertreten der WJ-Mitglieder in die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN an. Intern wird jedoch nicht auf die vom Verbot betroffene JN verwiesen, sondern darauf, Kontakt mit der NPD aufzunehmen. Dort werde man sich um weiteres kümmern.

Wenn auch das Verbot die Tätigkeiten der WJ nicht ganz lahmlegen wird, hat es zumindest der Karriere des Bundesvorsitzenden Wolfram NAHRATH (Sohn von Wolfgang N.) geschadet. Er konnte kein Beamter werden. Der Entzug des vorläufigen Beamtenstatus ereilte ihn kurz vor seinem letzten Staatsexamen in der Richterausbildung. Nach einem Bericht der Berliner Zeitung absolvierte er sein Praktikum in der berüchtigtsten Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft, der Abteilung 81 unter Carlo WEBER. Weber gehört zu dem ultrarechten FDP-Landesverband Berlin-Spandau, von dessen Mitgliedern die Diskussion um die Rechtsorientierung der FDP angeschoben worden ist. Die Abteilung 81 der Staatsanwaltschaft führt die politischen Prozesse in Berlin und gilt als ausgesprochen Anti-Links.

Die WJ war unter den ersten Nazi-Organisationen, die im Osten Deutschlands Fuß faßten. Zum »Gau Preußen« (geleitet vom Berliner Sascha STEIN) gehören neben Brandenburg auch Vorpommern und der westliche Teil Sachsen-Anhalts, zum »Gau Sachsen« (geleitet von Frank KADEN aus Dresden-angeblich ausgetreten) gehört neben Sachsen auch das Gebiet um Halle/Saale, der »Gau Thüringen« (geleitet von Wolfgang EISENMANN) umfasst ungefähr die Landesgrenzen.

Vom Aufstieg und Niedergang einer Scharnierorganisation

Das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes

Ganz unverhofften Besuch erhielt im Oktober letzten Jahres das DEUTSCHE KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) bei ihren »Tagen deutscher Kultur« 1994. Das beschauliche kulturelle »Treiben der Rentner-Truppe« im Kurhaus zu Bad Bevensen wurde kurzfristig unterbrochen und der Vorsitzende des DKEG seines Koffers beraubt und mit diesem diverser Preise, Geld und persönlicher Unterlagen.
So junge und aktive Gäste hatte das Kulturwerk schon lange nicht mehr. Die einstmals größte überparteiliche Organisation des deutschen Nachkriegsfaschismus mit 2.300 Mitgliedern (1965) ist seit langem in einem scheinbar unaufhaltsamen Niedergang begriffen. Eine zunehmende Vergreisung belastet das Kulturwerk seit den späten 70er Jahren. Heute erhält sie ihre Impulse vorwiegend aus einer engen Zusammenarbeit mit dem WITIKOBUND, der Kadergemeinschaft hinter der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT.



Welche Rolle diese Kulturorganisation - vor allem als Hintergrundnetzwerk und älteste Scharnierorganisation der bundesdeutschen Naziszene - dennoch weiterhin spielt und was hinter den diversen DKGs und DKEGs steht, soll im folgenden Artikel geklärt werden.

Tatgemeinschaft für die Erhaltung deutscher Kultur

Das 1950 gegründete Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) entwickelte sich bis zum Ende der 60er Jahre zur bedeutendsten Kultur- und Ideologieorganisation der Alten Rechten in der BRD.



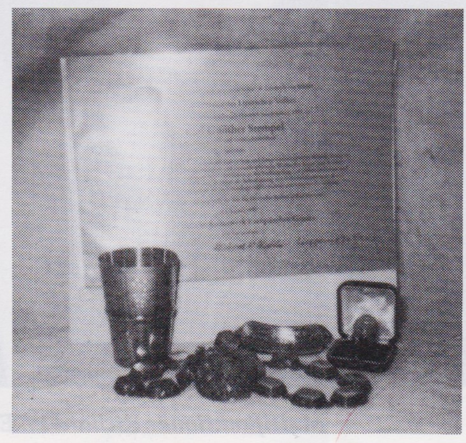
DKEG-Vorsitzender Karl-Günter Stempel

Sie verstand es wie keine andere Organisation, diejenigen in ihren Reihen zu vereinigen, die während des NS-Regimes aktiv an der Verbreitung der menschenverachtenden *»völkischen Kultur«* beteiligt waren. Der Dichter und Gründer des DKEG, Herbert BÖHME, galt als *»Barde der SA«*, weswegen er u.a. in die oberste SA-Führung aufstieg. Weitere Künstlerinnen und Künstler, deren Werke mit dem verlorenen Krieg auch an Einfluß verloren, sammelten sich hier (siehe Kasten).

Von Beginn an diente das DKEG aber nicht allein der Erhaltung und Restauration einer völkischen Kulturpropaganda. Die vordergründig so unpolitische Kulturarbeit führte in einer organisationsübergreifenden Sammlung die zusammen, die trotz der »Niederlage« ihren Glauben an das Reich nicht verloren hatten. Die Kultur bildete zugleich den Hintergrund und das Motiv für Kontakte der einflußloser gewordenen NS-Elite von gestern mit den neuen Herren aus konservativen Verbänden, Vertriebenenorganisationen und der Wirtschaft, um auch das NS-Netz zu »restaurieren«. Der STIFTERVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE spendete dann auch 100.000 DM Starthilfe für das Kulturwerk, das war Anfang der 50er Jahre eine Menge Geld. Vorsitzender des Verbandes war zu jener Zeit Dr. Hermann REUSCH, Vorstandsvorsitzender des Konzerns der GUTEHOFFNUNGSHÜTTE, der aus eigener Tasche noch 5.000 DM drauflegte.

Kern der Kulturarbeit war die Errichtung eines Netzes sogenannter »Pflegstätten«. Von 1951 bis 1955 entstanden 68 solcher Kultureinrichtungen, die von über 30.000 Menschen besucht wurden, und bis ins Jahr 1962 wuchsen sie auf über 100 an. Eine enge Zusammenarbeit ergab sich oftmals mit *»den regionalen Gruppierungen der Landsmannschaften, mit Volkshochschulen oder anderen kulturellen Organisationen«*(Tauber, 1967). Hinzu kamen die ab 1950 jährlichen »Tage der Deutschen Kultur«, die zugleich dem Gemeinschaftserleben als auch als Funktionärstreffen dienten.

Die intensivsten Kontakte des NS-Netzes des Kulturwerkes bestanden und bestehen bis heute zu den LANDSMANNSCHAFTEN. Hier ist vor allen anderen die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit ihrem Witikobund zu nennen sowie die GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK (GfP), 1960 aus der DKEG heraus gegründet als Rechts-Kartell im Medienbereich. Über diese Organisationen und weitere, vom DKEG direkt initiierte Sammlungsversuche, z.b. den ARBEITSKREIS VOLKSTREUER VERBÄNDE (AVV), erfolgten enge Kontakte in die Rechtsparteien, vor



allem zur NPD und zur CSU, aber auch zur Stahlhelmfraktion der CDU, zeitweise - Anfang der 70er Jahre - in die »nationalliberalen« Kreise der FDP und in jüngster Zeit zu den Republikanern.

Aktion Widerstand

Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erlebte das Kulturwerk Böhmes die Zeit seines größten Einflusses. Über den AVV und dessen Beteiligung an der sogenannten Aktion Widerstand - gegen die Ostpolitik der damaligen Regierung Brandt/Scheel - gelang es, weite Kreise des rechtsextremistischen Lagers anzusprechen und zu mobilisieren. Höhepunkt waren die »Tage Deutscher Kultur« im Oktober 1969 in Planegg bei München, an denen zeitweise 1.400 Personen teilnahmen und die über 100.000 DM gekostet haben sollen (Engelmann, 1979). Kurz zuvor war ein Aufruf zur Teilnahme an der Aktion Widerstand in Würzburg ergangen, den u.a. Böhme, Arthur Ehrhardt (Nation Europa) und Bernhard Wintzek (Mut) unterzeichneten. In Würzburg fanden sich fast 5000 Personen zusammen, die gegen die »Versöhnungspolitiker« und für F.J. Strauß protestierten, der sich entschuldigen ließ.

Die ausgesprochen erfolgreiche Politik des DKEG zu dieser Zeit, jedenfalls was die Verhältnisse der bundesdeutschen »Alten« Rechten anging, hielt jedoch nicht allzu lange an. Staatlicher Druck und demokratische Proteste, aber auch interne Streitereien und Fraktionskämpfe und nicht zuletzt der Tod Böhmes 1971, der Integrationsfigur an der Spitze der Organisation, ließen keine Wiederholungen von Massenmobilisierungen zu. (zu der Geschichte der DKEG in der Aktion Widerstand siehe vor allem Engelmann..)

»Man hatte sich geteilt und verdoppelt.«

Ein Streit entbrannte um die weitere Ausrichtung des Kulturwerkes: Ein Flügel, stand für eine Radikalisierung. Das waren vor allem durch Gernot Mörig, Bundesführer des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) - einer weiteren DKEG-Gründung - und der Leiter des DKEG-Jugendreferates Alfred E. Manke. Der zweite Flügel trat wie bisher für eine starke Kooperation mit rechtskonservativen Verbänden und Initiativen am Rande von CDU und CSU ein. Für letzteren Kurs stand der neue Vorsitzende, der Münchener Richter Karl Günther Stempel. Stempel war 1933 Mitglied der SS geworden und nahm als Frontoffizier am Zweiten Weltkrieg teil. Der Burschenschafter der Münchener Arminia war neben seiner Tätigkeit für das Kulturwerk Landesvorsitzender der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft und Vorstandsmitglied der Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit, beides CSU-nahe Vereinigungen mit engen Kontakten ins neofaschistische Lager. Stempel sah sich aufgrund der öffentlichen Proteste gezwungen, 1973/74 seinen Vorsitz im DKEG niederzulegen, die sich u.a. an seiner Tätigkeit als Richter am Obersten Bayerischen Landgericht entzündeten. Er verpflichtete sich 1973 beim Bundesinnenministerium »das Kulturwerk aus der Tagespolitik herauszuhalten und [sich, d.V.] gegen Extremisten abzugrenzen.« - so handelt eben nur ein dem Grundgesetz dienender Beamter. Im Gegenzug nahm er seine Vorstandstätigkeit beim DKEG wieder auf.

Multifunktionär Richard W. Eichler

Der Schillerpreis ging an

* Wilhelm von Scholz in morte
* Richard W. Eichler 1969
* Herbert Böhme 1971
* Konrad Lorenz 1973
* Heinrich Härtle 1975
* Fritz Stüber 1977
* Robert Scholz 1979
* Gerhard Schumann 1983
* Sigrid Hunke 1985
* Hermann Oberth 1987
* Jürgen Spanuth 1989
* Helmut Diwald 1992
* Karl Günther Stempel 1994

1979 endete der Konflikt mit der Abspaltung der Gruppe um Mahnke und Mörig, die sich fortan Deutsche Kulturgemeinschaft(DKG) nennt. Die DKG erweist sich in der Folgezeit als die offensivere und radikalere Organisation, der sich der österreichische Zweig des DKEG unter Lisbeth Grolitsch anschloß. Vor allem die gezielte Einbindung der Jugend zunächst über den BHJ, später durch die Wiking Jugend, konnte die fortschreitende Vergreisung, personell und inhaltlich verhindern. Die DKG beerbte die DKEG in ihrer Rolle als entscheidende Scharnierorganisation der NS-Brauchtumsbewahrer, angeleitet vom Freundeskreis Ulrich von Hutten. Auf Seiten des sich gemäßigter gebenden Flügels lief vor allem die Arbeitsgemeinschaft für Politik (AFP) aus Österreich der DKEG den Rang ab.

Die Reste des bundesdeutschen DKEG hingegen haben in einer bemerkenswerten personellen und konzeptionellen Kontinuität ihren Weg nach Walhall angetreten. Die Jugend geht dorthin, wo Symbole noch stimmen, wo sie marschieren darf und den Segen der alten SSler und BDMlerinnen finden, zur DKG. Das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes organisiert weiterhin die Tage deutscher Kultur, wechselweise in Bayern und Niedersachsen. Die ReferentInnen-Listen weisen kaum eine Originalität auf, ebenso wie das kulturelle Rahmenprogramm, dessen Höhepunkt die gemeinsame Kaffeefahrt ist.

Wen wundert´s, daß sich das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes auf ihren jährlichen Treffen zunehmend gegenseitig beschenkt. Die Preisträger und die, die ihnen die Laudatio halten, bleiben mehr und mehr unter sich. Die Tagung in Bad Bevensen fand mit etwas über 50 zahlenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern

»Künstler« im DKEG

Ernst G. KOLBENHEYER (NSDAP-Mitglied, †1962), Will VESPER (Obmann NS-Reichsverband deutscher Schriftsteller, †1962), Hans GRIMM (Autor von Volk ohne Raum, †1959), H. BURTE (Autor von 'Wiltfeber, der ewige Deutsche, †1960), Th. SEIDENFADEN, H.W. HAGEN, H.S. ZIEGLER (u.a. Leiter der Ausstellung »Entartete Kunst«), Gerhard SCHUMANN (Mitglied des SA-Kulturkreises, Gründer des Hohenstaufenverlages, †), H. SCHAUWECKER, H.F. BLUNCK (Präsident der Reichsschrifttumskammer 33-35, †1961), E.W. MÜLLER, K. SPRINGENSCHMID, H. VENATIER, R. POZORNY (Witikobund, GfP), Richard W. EICHLER (Witikobund), Chlodwig PRINZ ZUR LIPPE (GfP), Hermann THIELE (Bund der Goden), Wolfgang OEHLER, Werner F. KOEPPEN.

statt. Trotz allem vergeben das DKEG und die Akademie für Bildung und Kultur acht Preise (siehe Kasten), von denen der Schillerpreis mit 10.000 DM Geldgeschenk verbunden ist.

Die Sudetendeutschen und der Witiko-Bund

Unberührt blieb dank Stempel über die Jahre die intensive Zusammenarbeit mit den ultrarechten Kreisen aus CDU und CSU, vor allem über den sudetendeutschen Witikobund und die damit verbundene finanziellen Möglichkeiten des DKEG. Knotenpunkte dieser Zusammenarbeit sind mindestens drei »Kultur«organisationen: die DEUTSCHE AKADEMIE FÜR BILDUNG UND KULTUR, die DEUTSCHE KUNSTSTIFTUNG DER WIRTSCHAFT (beide 1970 von der DKEG gegründet) und die SUDETENDEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFT UND KÜNSTE der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Richard W. EICHLER, Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und selber Schillerpreisträger von 1969, ist Mitglied in allen drei Organisationen. Er ist Herausgeber der Schriftenreihe der SUDETENDEUTSCHEN AKADEMIE und Vielschreiber in 'Deutschland in Geschichte und Gegenwart' aus dem Grabert-Verlag.

Horst R. ÜBELACKER (sic), altgedienter »Witikone«, Bankkaufmann a.D. bei der BAYERISCHEN LANDESZENTRALBANK und der BUNDESBANK, referierte bei den jüngsten Tagen Deutscher Kultur zur Sudetenfrage, die er dann auch als Autor in den Witiko-Briefen behandelt oder auf Tagungen der Gesellschaft für freie Publizistik. Übelacker nahm darüberhinaus auch regen Anteil an der Parteiarbeit der Republikaner, u.a. als Kreisvorsitzender in München, eine Gemeinsamkeit mit einem weiteren wichtigen Mann des DKEG, Helmut DIWALD. Der im Mai 1993 verstorbene Schillerpreisträger Diwald war ebenfalls Mitglied der Sudetendeutschen Akademie.. und Autor der Präambel des REP-Grundsatzprogrammes.

Auch heute trifft noch das zu, was Bernt Engelmann schon 1979 feststellte: das DKEG, diese Pflegstätte völkischen Geistes wird a) finanziert von den bekannten rechtslastigen Industrie- und Bankkreisen und anderen reichen Sympathisanten und b) sind die Aktivitäten dieser Kulturtruppe und ihrer Unterorganisationen als gemeinnützig anerkannt und somit steuerlich bevorzugt.

Das trifft darüberhinaus auch für den Witikobund zu, der nach wie vor Gelder aus dem Bundeshaushalt erhält. Die weitaus gefährlichere Scharnierorganisation des deutschen Neofaschismus ist inzwischen die DKG, das alte Netzwerk der Völkischen und der revanchistischen Landsmannschaften in der DKEG funktioniert nach wie vor.



Friedrich Karl Witt - Kant-Plakette 1994

Die Deutsche Kunststiftung für Wirtschaft

Schon 1970 gründete sich aus dem Kulturwerk und seinem Sympathisantenkreis die Deutsche Kunststiftung der Wirtschaft, eine »Vereinigung zur Förderung der bildenden Kunst, anerkannt als gemeinnützig«. Vorsitzender ist der unvermeidliche K.G. Stempel. R.W. Eichler, Gisela Wunderlich, Walter Eckhardt und Werner Koeppen vervollständigen den Vorstand. Der Kulturkampf der Stiftung dient dazu, »sinnbezogenes Künstlertum zu entdecken und zu fördern, das immer noch im Schatten des grellen und lauten Kunstbetriebes mit profitbezogenem Management ein stilles, aber Hoffnung schenkendes Dasein fristet«. Laut Satzung ist der Stiftung ein Gründerkreis, ein Förderkreis, ein Mäzenatenkreis und ein Honoratiorenkreis angegliedert. Wer Mäzen werden will, natürliche aber auch juristische Personen wie z.B. Handelsgesellschaften (!), muß jährlich einen Beitrag zwischen 500,- und 1000,- DM leisten. Beispielhaft auch hier die personelle Zusammensetzung: Ehrenmitglieder sind der verstorbene Dr. Ing. Heinrich Freiberger, Vorsitzender der Stiftung von 1970 bis 1978 und ehemaliger Präsident der Bayerischen Arbeitgeberverbände sowie Dr. jur. Adam Deinlein, Vorsitzender von 1978 bis 1985 und ehemaliger Regierungspräsident von Oberbayern.

Anmerkungen:

Thies Christophersen beschreibt seine Sichtweise der Spaltung im Mai 1979 so: »Ich kriegte zwei Einladungen zu den Kulturtagen nach Lüneburg. Bisher waren etwa vierhundert Personen zu diesen Tagen gekommen, jetzt waren es siebenhundert! Einmal dreihundert, einmal vierhundert. Man hatte sich geteilt und verdoppelt.« Benz, 1980.

Preise der DKEG bzw. Akademie für Bildung und Kultur: »Schillerpreis des deutschen Volkes«, inkl. 10000 DM, »Kant-Plakette«, »Tiroler Ehren- und Wanderkrug für Volkstumsarbeit«, »Herbert-Böhme-Gedächtnispreis«, verbunden mit 1000 DM, »Goldener Ehrenring für Lyrik«, »Pygmalion-Medaille«, verbunden mit 1000 DM, »Goldener Ehren- und Wanderring für Bildende Kunst«, »Goldener Ehren- und Wanderring 'Dem Deutschen Gedicht'«

Literatur zum DKEG:

Bernt Engelmann, Das »DKEG«, »Pflegstätte« der »Aktion W«, Nr.4 der Schriftenreihe der Demokratischen Aktion, 1979

Dudek/Jaschke, Opladen 1984.

Benz, Rechtsextremismus - Randerscheinung oder Renaissance?, 1980.

Brüdigam, ..der Schoß ist fruchtbar noch, Frankfurt/Main, 1965.

Wer mit Wem?, Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, 1981.

Jaeger, Rechtsdruck, Bonn 1988.

Archiv-Nachrichten 1/1994, Coburg.

Internationales SS-Treffen in Berlin?

Im Rundbrief des ´Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS´ LEITHEFT rief der FÖRDERKREIS GEDENKSTÄTTE HALBE E.V. zu einer *»gemeinsamen Gedenkfeier auf internationaler Ebene«*[1] im April 1995 auf. Anlaß ist der 50. Jahrestag (24.4.-1.5.) der letzten großen Kesselschlacht des II.Weltkrieges im Raum Halbe/Märkisch Buchholz. Seit 1990 ist der Soldatenfriedhof von Halbe (45km südöstlich von Berlin) für Mitglieder sämtlicher Neonazi-Organisationen zur Kultstätte geworden. Jedes Mal mit von der Partie, und ihnen zu Ehren, sind ehemalige Mitglieder der WAFFEN-SS. Wir rufen auf, die Augen offen zu halten, um dieses Treffen zu verhindern.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung des Infoblattes sind nähere Informationen noch nicht bekannt. Dieser anvisierten Gedenkfeier mit internationaler Beteiligung kommt eine große Bedeutung zu. Die alten Massenmörder treffen mit ihren jungen Nacheiferern zusammen, die Vermittlung der alten Traditionen und Kontakte soll auch symbolisch besiegelt werden.

Die Schlacht bei Halbe war für den Kriegsausgang nicht mehr entscheidend, doch die Nazi-Generäle schickten zehntausende in den Tod, damit die Nazi-Bonzen das geraubte Gut und ihr Leben aus dem zerbombten Berlin in Sicherheit bringen konnten. Den Befehl über die Nazi-Armee in Halbe hatte der SS-General Felix STEINER. Die Mitglieder des von ihm gegründeten KAMERADENWERK KORPS STEINER sind bis in die heutige Zeit in der BRD, den Niederlanden, Belgien und Schweden aktiv.

Für die Neonazis ist die Verbindung zu den alten Waffen-SS´lern und ihrer Infrastruktur von besonderem Stellenwert. Und das nicht nur, weil sie sich mit der Tradition der Waffen-SS identifizieren, das machen weite Teile der sog. Neuen Rechten genauso, sondern wegen deren Nachkriegstätigkeit. Es waren vor allem ehemalige Waffen-SS-Mitglieder, die es verstanden, *»sich als verschworene Gemeinschaft in einem Bund zusammenzuschließen«*[2], organisiert in verschiedenen Vereinen, Zirkeln und Bruderschaften, miteinander verbunden durch ein konspiratives Kommunikationsnetz. Sie schafften es ihre Interessen mit denen der westlichen Allierten in Übereinstimmung zu bringen, der Antikommunismus stellte das Bindeglied dar. So retteten sie wichtige Organisationsstrukturen auch nach 1945. Für die Neonazi-Szene hat die Organisationsweise der Alten einerseits Vorbildcharakter, andererseits haben die Alten Verbinnungen aufgebaut, sowohl international als auch bundesweit, von die junge Generation heute noch profitiert. Noch heute gilt die vom SS-Mann Arthur EHRHARDT 1951 gegründete Monatszeitschrift NATION EUROPA sowohl als Sprachrohr der NS-Szene wie der »Neuen Rechten«.

Besonders verbunden mit der alten SS fühlen sich die Mitglieder der Nachfolgeorganisationen von NATIONALISTISCHER FRONT, WIKING JUGEND (WJ) sowie der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Sie organisierten in den vergangenen Jahren die Aufmärsche zu »Ehren der Waffen-SS«.

Keinen Platz für Massenmörder!

1Aufruf in Leitheft Nr. 77

2Der Ordensgedanke, Wilhelm Keiper in Leitheft

Kameradschaft Wittenberg ausgehoben

In der Lutherstadt Wittenberg hat die Polizei eine Gruppe der verdeckt arbeitenden DIREKTEN AKTION MITTELDEUTSCHLAND (laut dpa) ausgehoben. Am 30. November wurden die Wohnungen von 22 Verdächtigten durchsucht, wobei neben Proopagandamaterial auch Waffen und militärische Ausrüstung sichergestellt worden sind. Die Struktur der Neonazis in Wittenberg wurde zuerst durch das Antifa-Info bekannt gemacht. Der Berliner Frank SCHWERDT, Vorsitzender der Nationalen, gab Schulungsseminare. Sein Zögling Andreas MATTHEUS aus Lutherstadt versuchte später, in der eigenen Wohnung Bomben zu bauen. Er wollte den PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky in die Luft jagen. Zur »Wintersonnenwende« fand ein Treffen der FAP in Wittenberg statt.

Zwei Jahre für Worch

Wegen Leitung der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) ist der Hamburger Christian WORCH Ende November zu 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Es war das erste Gerichtsurteil gegen die GdNF, deren Kader unter verschiedenen Organisationsnamen in der Öffentlichkeit auftreten. Worch hat die Existenz einer GdNF immer bestritten. Das hat ihm nichts genützt, jetzt geht er in Revision. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Auf Himmlers Spuren

Schulungsleiter der SrA in Quedlinburg

Für den Herausgeber des Nazi-Schulungsblättchens ´Umbruch´, Steffen HUPKA, ist die Ruhe vorerst vorbei. Hupka gehört zur Kaderorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA), eine Nachfolgeorganisationen der verbotenen Nationalistischen Front (NF) und gilt als zweiter Mann nach Andreas Pohl. AntifaschistInnen aus Quedlinburg demonstrierten Mitte Januar gegen seine Aktivitäten im Ostharz. Neben der Antifa, die die Demo organisierte, hat sich mittlerweile eine Bürgerinitiative gegen Rechts gegründet.

Es gab sicherlich viele Gründe für den aus Hannover stammenden Neonazi Hupka, sich in Quedlinburg niederzulassen. Nach dem fast einwöchigen Pogrom gegen das städtische Flüchtlingsheim im Herbst 1992 war die Kleinstadt fast "ausländerfrei". In der Stadt selbst war keine Neonazi-Kader Stuktur vorhanden, sozusagen eine Marktlücke. Die Bedingungen zur Rekrutierung neuer Mitglieder sind in der 30.000 Einwohner Stadt für einen Neonazi-Kader besonders günstig, zumal es in der Region eine ziemlich große neofaschistische Jugendszene gibt. Flüchtlingsheime wurden überfallen, Nazis organisierten in Wernigerode nächtelang Angriffe gegen ein linkes Jugendprojekt und in den Wäldern des Harzes finden Wehrsportübungen statt.

In Quedlinburg war es dagegen bis Sommer 1994 relativ ruhig. Die Aufbauarbeit Hupkas war für die Antifas nicht sichtbar. Geründet hatte er die Harzfront als regionalen Ableger der NF-Nachfolgeorganisation, um Jugendliche zu rekrutieren, ferner einen Nordharz-Info-Dienst als Mitteilungsblättchen und einen Deutschen Freundeskreis Nordharz als "wöchentlicher Stammtisch". Auch das Quedlinburger FDP-Mitglied Wolfgang Symm wurde schon beim Flugblattverteilen mit Hupkas Mannen und Hupkas PKW beobachtet. Sie verteilten Flugblätter des Unabhängigen Arbeitskreises, offenbar eine Art Vorfeldorganisation für ältere Mitglieder.

Gleichzeitig wurden auch die Quedlinburger Faschos aktiver. Im Sommer wurde ein Obdachloser fast umgebracht, im September wurde der Jugendclub überfallen, zur Wahl klebten überall Wahlboycott-Plakate (von der SrA), außerdem nahm der Terror gegen einzelne Antifa-Aktivisten zu. Einer von ihnen wurde beinahe überfahren, die Bullen kümmerten sich nicht um die Anzeige.

Aufmerksamen LeserInnen des Infos ist bekannt, daß die Mitglieder der SrA glühende Anhänger von Himmlers Waffen-SS sind, der größten Terrororganisation, die die Geschichte je hervorgebracht hat. Das Schloß von Quedlinburg war für die SS nach der Wewelsburg in Nordrhein-Westfalen die zweite Kultstätte, mit dem "der schwarze Orden" seinen Anspruch auf die Weltherschaft abgeleitet hat. Hier versprach der "Reichsführer SS" Heinrich Himmler am 2.7.1936 die Wiederauferstehung des deutschen Reiches, 1000 Jahre nach dem Tod Heinrichs des I., der als erster deutscher König die Slawen besiegte. Seine Gruft im Dom zu Quedlinburg wurde feierlich geöffnet und die gesamte Stadt mit Hakenkreuzfahnen ausgestattet. Der Heinrich von der SS wollte den Eindruck erwecken, der alte König Heinrich sei wiederauferstanden, eine mysthische Verklärung der deutschen Großmachtsphantasien, die im erbarmungslosen Ausrottungsfeldzug gegen die Sowjetunion und im Holocaust gipfelten.

Auch Hupkas Steffen ist auf den Pfaden der beiden Heinrichs. Bis zur Ankündigung der Antifa-Demo war er Mitglied des Vereins zur Erforschung Quedlinburger Schriftguts, der Schlüssel zu den Stadtarchiven. Als bekannt wurde, daß der Hupka ein Nazi-Anführer ist distanzierte sich der Verein schleunigst von seiner Mitgliedschaft. Doch nach eigenen Verlautbarungen ist Quedlinburg für Hupka sowieso nur Zwischenstation. Er unterliegt dem Trieb, nach der faschistischen Weltsicht das Bestimmende bei Mensch und Tier, es den Heinrichs gleichzutun. Daß Armeen heute nicht mehr und noch nicht zeitgemäß sind, ist ihm offensichtlich klar, deshalb besucht er auch einen "Existenzgründerlehrgang", in dem Kenntnisse zur Leitung eines eigenen Geschäftes vermittelt werden. Wenn der Kurs im Juni 1995 endet, hat er vor, sich in Polen niederzulassen, natürlich in den sog. deutschen Ostgebieten. Einen Verein zur Agitation in Slask, dem ehemaligen Schlesien, hat er schon vor Jahren im Rahmen der NF gegründet.

Am 14. Januar kamen 400 Leute zur Demo, die hauptsächlich aus der Region kamen. Die ursprünglich geplante Route am Haus von Hupka entlang konnte nicht durchgeführt werden, da verboten, aber insgesamt war es ein voller Erfolg. Die Antifa-Arbeit ist gestärkt aus der Mobilisierung hervorgegangen und neben der Antifa gibt es jetzt noch eine Bürgerinitiative. Die Nazis setzen weiter auf Einschüchterung und observieren Wohnungen von Antifas.



Antifas haben auch Sven Mysor (NF-Schönborn) bei Hupka gesehen.



Ein Kamerad Hupkas zu Besuch in Quedlinburg

Erst die Nazis – dann die Staatsgewalt

Nachdem organisierte Faschisten innerhalb weniger Tage mehrmals ein besetztes Haus in der Hauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, Schwerin, angegriffen hatten, die BewohnerInnen sich jedoch verteidigten, räumte die Polizei das Haus.

Die Überfallserie begann am 9. Dezember 1994, als eine Gruppe von etwa 25 Nazis das zwei Monate zuvor besetzte Haus mit Steinen und Leuchtspurmunition angriff. Am Tag darauf wurde das Haus mehrmalig aus vorbeifahrenden Autos beschossen. Zwei weitere Tage später, am 12. Dezember, landete ein Brandsatz auf der Terasse des Hauses und erneut wurde Signalmunition gegen das Haus abgefeuert. Am nächsten Tag griffen erneut z.T. vermummte und behelmte Faschisten das Haus an, warfen mit Steinen und schossen mit Leuchtmunition.

Nachdem all diese Angriffe einigermaßen erfolgreich abgewehrt worden waren, trat am 14. Dezember 1994 die Polizei auf den Plan und räumte das Haus.

Die Angriffe der Faschisten sind damit nicht beendet. Seitdem wurden verstärkt linke Treffpunkte Ziel von Nazi-Aktionen. Laut einiger AntifaschistInnen aus Schwerin gilt DIRK KLEWE, *"ein stadtbekannter Nazi-Kader"*, als Drahtzieher des Terrors. Beteiligt gewesen seien ferner dessen Bruder FRANK KLEWE sowie MAIK BONG, beides militante Anti-Antifa-Aktivisten, und die Faschisten KLÜCKMANN und SCHWEMER.

Mord an Antifaschisten

Es kommt immer wieder zu Übergriffen von Faschisten gegen Jugendclubs, Universitäten, Kneipen und anderen Einrichtungen sowie gegen Ausländer oder Andersdenkende. Langsam wird dies zum traurigen Normalzustand und es ist keine Seltenheit, daß dabei Antifaschisten ermordet werden.

Am 6. November wurde der 18jährige Piotr K. in Rotenburg von einem dort stationierten faschistischen Bundeswehrsoldaten durch Messerstiche getötet. Am 19./20. November wurde Michael Gäbler von einem Jugendlichen mit offener nationaler Einstellung mit dem Messer so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erlag.

Der 18-jährige Antifaschist Piotr kam mit einem Freund gegen 21.45 Uhr auf dem Bahnhof Rotenburg an. Im selben Zug saßen einige in Rotenburg stationierte Bundeswehrsoldaten, darunter auch der spätere Mörder. Nach Zeugenaussagen hatte der besagte Soldat Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke und ein Shirt mit der Reichskriegsflagge.

Piotr, sein Freund und zwei türkische Leute, mit denen sie sich auf dem Bahnsteig unterhielten, führten eine verbale Auseinandersetzung mit dem Soldaten in Reichskriegshemd. Vor dem Bahnhof trafen sich die Soldaten und Piotr wieder. Der "Reichskriegssoldat" fühlte sich "bedroht", zog ein Messer und stach Piotr unvermittelt direkt



Am Rande eines Auswärtsspiels von Türkiyemspor am 11.12.94 *Foto: Hürryet*

ins Herz. Der Freund kam Piotr zu Hilfe, wohl sich immer noch bedroht fühlend versuchte der Soldat, auch ihm ins Herz zu stechen. Der 17jährige konnte dieses aber umlenken, so daß er nicht tödlich, sondern "nur" schwer verletzt wurde. Bei Piotr konnte nur noch der Tod durch Messerstiche ins Herz festgestellt werden. Sein 17jähriger Freund kam ins Krankenhaus und wurde von der Polizei noch direkt im OP vernommen.

Nach einer offiziellen Verlautbarung der Bundeswehr handele es sich hierbei um einen bisher einmaligen Vorfall, über den sie "sehr betroffen" sei, "zumal das Verhältnis zwischen Soldaten und Bevölkerung seit mehr als 30 Jahren sehr gut sei" (Hersfelder Zeitung, 8.11.94).

Nur leider stimmt das nicht so ganz. Wenige Wochen vor diesem Vorfall wurde ein Antifaschist von dort stationierten Soldaten vorsätzlich angefahren. Er versuchte, die betrunkenen Soldaten vom Fahren mit dem PKW abzuhalten, als Dank wurde er nach 30 Metern auf der Motorhaube durch eine Vollbremsung abgeworfen und blieb auf der Straße schwer verletzt und bewußtlos liegen.

Am 7.11.94 fanden sich 20-30 Jugendliche am Tatort ein, um dort eine Mahn- und Gedenkwache für ihren getöteten Freund zu halten. Es kam zu Übergriffen seitens der Polizei, da die Trauerveranstaltung in einer Parkbucht vor dem Bahnhof stattfand und somit angeblich eine Einfahrt blockierte. Blumen,Kränze und Kerzen wurden von der Polizei zertreten und weggefegt.

Am 19. November kam es im Jugendhaus "Rosa" in Zittau bei einer Techno-Party vor der Tür zu einer verbalen Auseinandersetzung. Nachdem einem Gast ein Hausverbot wegen seiner nationalistischen und sexistischen Beschimpfungen erteilt wurde, diskutierten Michael und zwei Freunde ca. 150 Meter vom Eingang entfernt mit dem betreffenden Gast. Als sie gehen wollten, stach W. auf Michael ein. Durch die schweren Stichverletzungen in Herz und Rücken verstarb Michael kurze Zeit später im Krankenhaus.

Wie üblich versuchen Polizei wie Staatsanwaltschaft diesen Überfall zu entpolitisieren. Aber diesem Vorfall gingen in Zittau einigen andere Übergriffe von Faschisten voraus:

Am 3. November überfielen Rechte eine Party in der Mensa der dortigen Universität, die anwesende Polizei begrüßte die Faschisten.

Am 4. November überfielen Rechte eine Disco in Jonsdorf, wobei mehrere BesucherInnen zum Teil schwer verletzt wurden. Danach griffen die rechten Jugendlichen eine Techno-Party im Zittauer "Würfel" an, auch hier überzeugte die Polizei durch entschlossenes Wegsehen.

Am 10. Dezember fand im Stadtzentrum von Zittau eine antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Michael Gäbler und gegen Faschismus statt. Die ca. 300 TeilnehmerInnen ließen sich nicht vom massiven Aufgebot der Polizei beeindrucken.

Es wurde in diesem Zusammenhang gegen das örtliche Nazizentrum des NATIONALEN JUGENDBLOCKS protestiert. Der NATIONALE JUGENDBLOCK fungiert als Verein und wird im Rahmen des Anti-Gewalt-Programmes (abgekürzt AGaG - siehe *Antifa Info 21*) finanziert. Das ihnen zur Verfügung gestellte Haus in der Südstraße ist als Zentrum der Faschisten über die Grenzen von Zittau hinaus bekannt. Ob es einen Zusammenhang gibt zwischen den verschiedenen Übergriffen und dem vom AGaG geförderten Jugendclub, bleibt erstmal offen.

Mit einem blauen Auge...

Erste Runde des Kaindl-Prozesses beendet



Am 11.November 1994 wurde der sog. Kaindl-Prozeß vor dem Berliner Landgericht vorläufig beendet. Die Staatsanwaltschaft ist in Revision gegangen und ermittelt nach wie vor gegen vier weitere Antifas. Gegen zwei von ihnen bestehen Haftbefehle, mit Verfahren müssen sie alle rechnen, wenn sie der Justiz in die Hände fallen.

Die Anklage der Berliner Staatsanwaltschaft gegen fünf AntifaschistInnen und zwei Jugendliche lautete auf gemeinschaftlichen Mord an dem Neonazi-Funktionär Kaindl. Im Prozeßverlauf; von Mitte September bis Ende Oktober, erwies sich der Anklagepunkt des gemeinschaftlichen Mordes als Konstruktion der Ermittlungsbehörden. Diese konnten durch Aussagen zum Tatablauf von einem Teil der angeklagten Antifas widerlegt werden. Die meisten von ihnen belasteten keine der nicht anwesenden Personen. Verurteilt wurden drei der sieben Angeklagten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu Haftstrafen von drei Jahren, bei zwei Jugendliche wurden die Strafen von eineinhalb bzw. zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt. Einen Freispruch erhielt der 19jährige psychisch kranke Erkan (wg. Schuldunfähigkeit) und auch der 33jährige Abidin. Seine Haftzeit von 11 Monaten hat er allem Anschein nach der Bosheit des ermittelnden Staatsschutz zu verdanken. Im Prozeß konnte er nachweisen, daß die Anschuldigungen gegen ihn komplett erfunden waren. Das Gericht gewährte ihm jedoch nur die Hälfte der ihm zustehenden Haftentschädigung. Dagegen hat die Staatsanwältin Einspruch eingelegt, wenn es nach ihr ginge, würde Abidin keinen Pfennig erhalten.

Zur Unterstützung der Antifas hatte sich eine große Solidaritätsbewegung formiert, die einen Teil der Berliner Antifa-Strukturen erheblich beanspruchte. Die Solidaritätsbewegung stellte eine bemerkenswert breite Öffentlichkeit her, die weit über die Grenzen Berlins reichte. Protestbriefe von Europaabgeordneten, tausende Postkarten aus aller Welt und internationale Prozeßbeobachter machten das Gericht darauf aufmerksam, daß das Treiben im Ausland sehr genau verfolgt wird. Während die Medien bis Prozeßbeginn ausschließlich die Version der Staatsanwaltschaft widergaben, berichteten sie ab Prozeßbeginn weitgehend objektiv. Die Staatsanwaltschaft war sich ihrer Sache dermaßen sicher, daß sie es versäumte, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. So hielten sich die MedienvertreterInnen an die UnterstützerInnen und die Rechtsanwälte. Der befürchtete Schauprozeß gegen die Antifa fand dieses Mal nicht statt. Wenn es nach dem Willen des ermittelnden Staatsschutzes gegangen wäre, hätte am Verfahrensende eine Aburteilung von Antifas als gemeine Mörder gestanden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich auszurechnen, daß eine derartige Verurteilung für andere Antifas in vielen Fällen der antifaschistischen Selbsthilfe zumindestens Ermittlungen wegen versuchten Mordes nach sich gezogen hätten und somit ein entscheidender Schritt in Richtung Kriminalisierung legitimen Widerstandes bedeutet hätte.

Daß dieser Ausgang im Interesse des Staatsschutzes gelegen hätte, wurde mehrfach durch das Verfahren bewiesen: Mit dem psychisch schwer kranken Erkan und dem 19jährigen Jugendgang-Banger Bazdin standen den Ermittlern zwei leicht zu beeinflussende Zeugen zur Verfügung. Nach den Aussagen Bazdins im Prozeß versprachen die Ermittler ihm die baldige Freilassung und waren sehr freundlich, dafür erzählte er ihnen auch alles, was sie hören wollten. Sie glaubten Bazdins Aussagen erst dann, als er alle grauen Theorien der Bullen bestätigte. Hören wollten sie vor allem eine Absprache zum Mord (die nur Erkan behauptete) und die Beteiligung vermeintlicher Führungspersonen der Gruppe Antifasist Genclik. Am Beispiel des später freigesprochenen Abidin zeigte sich, wie intensiv die Staatsschützer die beiden Zeugen manipulieren konnten – beide gaben an, er sei dabeigewesen, beide »erinnerten« sich erst nach mehreren Verhören. Die beiden Jugendlichen waren wie Knetgummi in den Händen der Staatsschützer. Aufgrund seiner psychischen Erkrankung verstand Erkan noch nicht einmal die rechtliche Belehrung (deswegen durften seine Aussagen im Prozeß nicht verwendet werden), und Bazdin wollte wohl einfach seine Ruhe haben und schnell entlassen werden, deshalb tat er den Bullen den Gefallen, ihre Theorien zu bestätigen. (Schönen Gruß an den Staatsschützer Bredlow, der sicherlich diese Zeilen liest. Er mußte vor Gericht zugeben, drei Viertel der Aussagen selbst formuliert zu haben). Nach den Aussagen der Kronzeugen dachten die Staatsschützer, der Fisch sei im Netz. Die Staatsanwältin Brigitte Nielsen konnten sie so hundertprozentig überzeugen, daß diese offenbar der Meinung war, eine gesetzlich vorgeschriebene Ermittlungsaufsicht sei dieses Mal unnötig. Dadurch kam das miserabel zusammengezimmerte Gebäude in dieser Form zur Anklage und geriet den Beteiligten am Ende zur Blamage.

Die Mordanklage war von vorne bis hinten konstruiert. Beim unterstellten Tatmotiv »politischer ‚Haß« hat der Staatsschutz offensichtlich von sich auf andere geschlossen. Zur Hilfe kamen ihm dabei Erkenntnisse des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, die in wortgetreuer Formulierung des Amtes von den Staatsschützern als eigene Erkenntnis in die Akten gepackt wurden. Seit der Auflösung der SS 1945 ist dieses Vorgehen in Deutschland illegal. Erkenntnisse des VS dürfen nur als Hinweise verwendet werden, die reguläre Polizei muß sie selbst beweisen.

Daß diese illegalen Ermittlungsmethoden nicht weiter zum Thema wurden, war schlußendlich das Verdienst der vorsitzenden Richterin Gabriele Eschenhagen. Sie schmetterte einen Beweisantrag nach dem

anderen ab, den Abidins Rechtsanwalt Kliesing stellte, um Licht in die dunklen Machenschaften der Behörde zu bringen.

Als sich abzeichnete, wie verfahren sich die Situation für die Anklage gestaltete, beendete Frau Eschenhagen den Prozeß vorzeitig, im Einverständnis aller Seiten. Bereits zwei Wochen vor der Urteilsverkündung einigten sich alle Beteiligten hinter verschlossenen Türen auf das Strafmaß. Daß die Angeklagten dem Vorgehen in ihrer Mehrheit zustimmten, ist ein Ausdruck für ihre Haltung, den Prozeß so schnell wie möglich hinter sich zu bringen. Den Kollegen des Staatsschützers Bredlow blieb so jedoch eine weitere Blamage vor aller Öffentlichkeit leider erspart – mit dem Nachteil, daß diese Schonung der Ermittler kaum zur Änderung der eigenen Praxis beitragen wird.

Dabei gehört die Vorsitzende Richterin Gabriele Eschenhagen durchaus nicht zu den linkenfressenden Nachfolgern der Volksgerichtshofes. Es lag unter anderem auch an ihr, daß rechtsstaatliche Normen in diesem Prozeß weitgehend eingehalten worden sind. Sie ist eine Frau mit liberaler Grundeinstellung. Das beinhaltet neben einer relativ aufgeklärten Weltsicht auch die Neigung, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und zu versuchen, es allen Recht zu machen. Die Herrschenden der deutschen Hauptstadt können sich bei ihr bedanken, da ein erneuter Polizeiskandal wegen der Weitergabe von Namen aktiver Antifas an organisierte Neonazis mehr als angebracht gewesen wäre.

Trotz dieses bitteren Beigeschmackes ist die Solidaritätsarbeit als ein großer Erfolg zu werten. Frau Eschenhagen erklärte in ihrer Urteilsbegründung, etwas esoterisch angehaucht, daß eine dunkle Macht den Prozeß von Anfang an begleitet hätte. Daß sie damit nicht eine schwarz/braune Koalition von Ermittlern und Geschädigten meinte, wurde durch ihre Beschwerde über die vielen Protestschreiben deutlich – anstatt sich zu freuen, endlich einmal Post von Europaabgeordneten zu kriegen und in aller Welt bekannt zu sein. Wenn überhaupt, sind wir die helle Macht (mit Heiligenschein oder so ähnlich), die von besseren Zeiten singt und FreundInnen im Knast nicht alleine läßt.



Funktionalisierung contra Verantwortung

Eine Nachbetrachtung zur Aktion im China-Restaurant

Die Solidarität mit den Angeklagten war richtig und notwendig, unabhängig, wie man zu der Aktionsform steht. Auch wenn das Verfahren noch nicht beendet ist, da noch gegen vier Personen ermittelt wird, möchten wir hier zu der Aktion an sich Stellung beziehen. Daß dies erst jetzt geschieht, liegt an der Notwendigkeit, Solidarität zu entwickeln: Die Konstruktion einer Mordanklage sollte ein Hebel zur Kriminalisierung der ganzen Antifa werden, offene Kritik an der Aktion hätte diesem Manöver den Weg geebnet. Die hinterhältige Kriminalisierungsabsicht des Staatsschutzes ist während des Prozesses einer breiteren Öffentlichkeit klargeworden, daher denken wir, daß nun Solidarität und Kritik miteinander zu vereinbaren sind.

Vorneweg gesagt: Der Tod G. Kaindls war nicht beabsichtigt, das hat der Prozeß bewiesen. Es gibt immer die Gefahr, daß bei gewaltsamen Zusammenstößen jemand zu Tode kommt, besonders wenn Waffen im Spiel sind – und das ist bei Faschisten ja häufig der Fall. Wenn wir uns gegen Nazis wehren, gehen wir im schlimmsten Fall dieses Risiko ein. Daß es in aller Regel ein sehr verantwortliches Umgehen mit Gewalt gibt, zeigt ein Blick auf die Statistik: bei mehreren 1000 antifaschistischen Aktionen der letzten Jahre ist ein Nazi bei einer Angriffsaktion getötet worden, bei den anderen bekanntgewordenen Fällen handelte es sich eindeutig um Notwehr.

Auch wenn Faschisten oft nicht zögern, jemanden umzubringen, das belegen über 80 Morde der letzten vier Jahre, können wir nicht Gleiches mit Gleichem beantworten (hier ist im Grunsätzlichen von der Situation in Deutschland die Rede und nicht vom jugoslawischen Bürgerkrieg). Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Der Kampf gegen Faschismus ist auch ein Kampf für eine menschliche Gesellschaft. Die Antifa sollte Gewalt so wenig und so dosiert wie möglich anwenden. Ziel der antifaschistischen Gewaltanwendung ist es, Gewalt einzudämmen. Sie ist notwendig, will man nicht vor der Gewaltanwendung der Nazis weichen.

2. Der Kampf gegen Faschismus ist in erster Linier ein politischer. Das beinhaltet Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen und Verhinderungsaktionen, antifaschistische Selbsthilfe und Selbstverteidigung. Um erfolgreich zu sein, müssen wir die bestehenden Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten verändern. Es besteht nur dann eine Chance, wenn es gelingt, die Nazis und Ultrarechten innerhalb der Gesellschaft zu isolieren. Ohne politischen Rückhalt in Teilen der Bevölkerung würde die Antifa in diesem Lande weggewischt. Das schwebt einem Teil des Repressionsapparates genauso vor wie den Neonazis.

3. Jede Eskalation des Kampfes zieht eine weitere nach sich. Verantwortliches Handeln bedeutet vorauszusehen, ob eine Eskalation des Kampfes richtig und tragbar ist oder nicht. Wenn eine Eskalation, z.B. durch Steigerung von Gewalt, die eigene Position schwächen wird und man nicht in der Lage ist einen Gegenschlag zu beantworten, sollten politische AktivistInnen von sich aus den Kampf nicht eskalieren.

4. Tote Faschisten nützen hier und heute nichts, sie dienen nur der Mythenbildung der Nazi-Szene. Jeder Fascho in Deutschland ist zur Zeit für deren Struktur ersetzbar.

Zur Aktion

In jedem Fall haben Leute, die Aktionen durchführen eine Verantwortung zur Planung und Absprache, wenn irgendwie mög-



lich, damit kein ungewünschtes Resultat eintritt. Im Fall Kaindl wäre eine Absprache möglich gewesen (es handelte sich um eine Angriffs-, nicht um eine Verteidigungsaktion) und sie hat offenbar nicht stattgefunden – ein Fehler, der teuer bezahlt werden mußte.

Die Aktion war spontan – aber heißt spontan, gleich mit jeder oder jedem loszuziehen? Warum können ein psychisch kranker 19jähriger und ein ziemlich unpolitischer Gangjugendlicher Aussagen zu solch einer Aktion machen? Erkan war schon damals psychisch krank und keiner merkte etwas davon (übrigens bis zum Zeitpunkt seiner Verhaftung nicht). Bazdin war ein typisches Großmaul aus der Gangszene. Auch damals war bekannt, daß die meisten Gangbanger bei den Bullen plaudern und sich gegenseitig verpfeifen, wenn sie unter Druck geraten.

Das ganze wäre ja zu entschuldigen, wenn es sich um eine Aktion wenig erfahrener AktivistInnen oder die einer Jugendgang gehandelt hätte. Viele von uns kennen die Situation, wenn es los geht. Dann ist es oft peinlich nachzufragen und eine genaue Planung einzufordern, besonders wenn Großmäuler den Ton angeben und alles ganz schnell gehen muß.

Es war aber eine Aktion an der u.a Leute beteiligt waren, die über jahrelange politische Erfahrung verfügen. Bei einem verantwortlichen Umgang, der von politisch bewußten Leuten einzufordern ist, hätte eine Vorabsprache stattgefunden, in der auch die Grenzen der Aktion abgesteckt worden wären. Die Grenzen einer Aktion sollten sich nach dem »schwächsten Glied« einer Gruppe richten – es reicht, wenn eine/r quatscht, eine/r liegenbleibt usw. Die »politisch Erfahrenen« sollten sich bemühen, die Lage vorher zu überblicken. Bei ihren Überlegungen sollte der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht der schnelle Erfolg einer Aktion.

Derartige Überlegungen gab es in diesem Fall offensichtlich nicht. Es dominierten Aktionismus und Oberflächlichkeit, darüberhinaus läuft das ganze Verhalten auf eine Funktionalisierung der Jugendlichen hinaus, da diese nicht in der Lage waren, die Situation zu überblicken, bzw. mit den Auswirkungen klarzukommen.

Damit liegt für uns die Verantwortung für die bei den Bullen gemachten Aussagen in erster Linie auf Seiten der »politisch bewußten« Beteiligten. Sie haben bei der Aktion verantwortungslos gehandelt. (Deswegen bleibt es trotzdem unannehmbar, bei den Bullen auszusagen und andere Leute zu belasten)

Über den Umgang mit Verrat

Unter den UnterstützerInnen war der Umgang mit den beiden Jugendlichen sehr umstritten. Ein Teil, so auch wir, legte Wert darauf, diese nicht als Verräter abzustempeln, sondern ihnen die Möglichkeit offenzuhalten, ihr Verhalten zu korrigieren. Der andere Teil forderte, die beiden als Verräter auszugrenzen. Sie sprachen ihnen auf einer Solidemo am 19.9.94 mittels Lautsprecherwagen »Kiezverbot« aus – anstatt sich selbst zu fragen, was falsch gelaufen ist. Denn noch kurz vor den Verhaftungen verstanden sich dieselben Leute bestens mit den »Verrätern«. Verrat kommt nicht von alleine, er setzt Fehler in den eigenen Reihen voraus. Wenn diese nicht behoben werden, gibt es immer wieder »Verräter«.

Die Prozeßstrategie von vier der Angeklagten, sich selbst zu be- und entlasten, mit dem Anspruch keine nicht anwesenden Personen zu belasten (hat leider nicht so 100%ig geklappt), war in diesem Fall die einzig mögliche. Anders hätten sich die Aussagen, auf denen die Anklage aufgebaut war, wahrscheinlich nicht entkräften lassen. Das soll aber nicht heißen, daß solche Einlassungen generell richtig sind. Diese Einlassungen waren Folge der bereits gemachten Aussagen und reine Schadensbegrenzung.

Daß der Staatsschutz so lange brauchte etwas zu ermitteln, ist schon ein kleines Wunder. Die Gerüchteküche brodelte schon am Tag nach der Aktion und die Szene konnte den Tratsch genausowenig lassen wie offensichtlich einige der an der Aktion beteiligten. Nach den Verhaftungen blieb es den Unterstützern überlassen, die Aktion zu deuten. Das ist gar nicht so einfach, wenn man in der Auseinandersetzung nur die Presseberichte zu Grunde legen kann. Es boten sich mehrere Möglichkeiten an: a) eine Auseinandersetzung unter Nazis; b) eine Jugendgang c) eine Antifa-Aktion oder d), (für die Verschwörungstheoretiker) eine Aktion des Geheimdienstes? Letztlich einigten sich die UnterstützerInnen auf die Variante c), wobei anfangs allerdings heftig gestritten wurde, ob es eine glorreiche antifaschistische Aktion war oder eine Aktion mit Unfall. Ein Teil der UnterstützerInnen wollte lieber Märtyrer im Knast sehen, die die Fahne hoch halten, und begriff die Folgen einer erfolgreichen Mordanklage gar nicht. Diese Linie konnte sich schlußendlich nicht durchsetzen.

Ein Ziel staatlicher Repression ist es immer, die politische Arbeit lahmzulegen. Das ist in diesem Fall aufgrund der großen politischen Struktur in Berlin nicht gelungen. Zu den Gründen gehören eine gute Zusammenarbeit eines Teiles der UnterstützerInnen und der außerordentliche Einsatz einiger weniger. Glücklicherweise dauerte der Prozeß statt dem erwarteten viertel bis halbem Jahr nur zwei Monate. Wir haben deutlich gemerkt, daß wir nur noch mit der Verhinderung des Schlimmsten beschäftigt sind, wenn der Staat seine Repressionsmaschine anfährt. Andererseits konnten wir die Erfahrung der unbedingten Solidarität, trotz großer Unterschiede, und des Zusammenhaltes in schlechten Zeiten machen.

Einige UnterstützerInnen

Westerwald

Anklage gegen AntifaschistInnen

Im Juni 93 fand in Worms-Pfeddersheim ein Treffen der Neofaschisten ANK (Aktionsfront Nationaler Kameraden) statt.

Dazukommende AntifaschistInnen fanden den Versammlungsort der Faschisten von Polizei abgesperrt vor. Nachdem das Auto eines Nazis beschädigt wurde, kesselte die Polizei die Antifas ein und ging bru-

tal gegen sie vor. Im Nachhinein gab selbst die Polizeiführung zu, daß die Aktion gegen die 50 Antifas völlig unangemessen war.

Jetzt, 11/2 Jahre später bekamen mehrere AntifaschistInnen auf Grund dieser Aktion Anzeigen wegen Verstoß gegen das Vermummungsverbots, Sachbeschädigung etc.

Sie müssen in den nächsten Wochen mit der Verfahrenseröffnung rechnen.

Saarland

Amtliches Rumgeschnüffel

Vorsicht vor Leuten, die sich als Mitarbeiter des Innenministeriums vortsllen. In Berlin war im April letzten Jahres damit ein Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes eingeleitet worden. Im Saarland scheint dies ebenfalls Praxis zu sein.

Ende August 1994 meldete sich ein »Mitarbeiter des Innenministeriums«, wie er sich selbst vorstellte, telefonisch bei der Mutter eines Antifaschisten. Er legte während des Gesprächs Hintergrundwissen über den Jugendlichen durchblicken, z.B. über dessen Engagement für dem Naturschutz im Alter von elf Jahren. Ziel des Telefonats war es offenbar, der Mutter Informationen über einen anderen Antifaschisten zu entlocken. Diese wurde jedoch aufgrund der permanenten Fragerei mißtrauisch, fragte nach dem Grund des Anrufes. Der »Mitarbeiter des Innenministeriums« berichtete daraufhin von der Erstellung einer Statistik über das Zustandekommen von Demonstrationen.

Etwa eine Woche später erhielt ein weiterer Antifaschist am Arbeitsplatz Besuch aus dem Hause des Innenministers. Das gezielte und namentliche Ansprechen des Antifaschisten brachte dem Schnüffler jedoch nur die Aufforderung ein, sich zu verdrücken. Da half ihm auch das Argument nichts, er wolle ja nur ein wenig zum Thema Rechtsextremismus plaudern.

In einem von der saarländischen Jugendzeitung Rabatz dokumentierten Flugblatt zu diesen Vorfällen werden *»alle Leute, die vom VS angequatscht wurden oder werden«*, aufgefordert, *»dies öffentlich zu machen«*. Das sei nicht nur ein deutliches Zeichen für die Schlapphüte des Innenministeriums, daß an einer Zusammenarbeit keinerlei Interesse besteht, dadurch würden auch *»potentielle Anquatschopfer dazu ermutigt, im Falle eines Falles ebenfalls offensiv damit umzugehen«*. Gewarnt wird ausdrücklich vor dem Versuch, dem Verfassungsschutz durch scheinbare Mitarbeit Informationen zu entlocken: *»Es sollte jedem/er klar sein, daß die Verfassungsschutzbeamten speziell für solche Gespräche geschult sind, und sie sehr schnell den Spieß umdrehen werden. Also zeigt denen gleich, woher der Wind weht, und erteilt ihnen eine ihnen gebührende Abfuhr«*.

Dies zielt offenbar auf einen jugendlichen Antifa im saarländischen Homburg ab, der, im Sommer 1994 vom Verfassungsschutz angesprochen, »Gespräche« mit den Berufsschnüfflern führt(e), weil er sich davon »verwertbare Informationen« erhofft. Die dadurch ausgelösten Diskussionen im Saarland und persönliche Unterhaltungen mit diesem Menschen, konnten seine Meinung zu diesem Thema nicht ändern. Die Antifaschistischen Nachrichten Saar zogen deshalb in ihrer ersten Ausgabe diesen Jahres die Konsequenz, *»solange er sich nicht der Diskussion und Klärung gestellt hat«*, würde er *»auf den von uns organisierten Veranstaltungen und Initiativen«* zum Gehen aufgefordert.

Göttingen

Einsicht in die Akten des Ermittlungsverfahrens bei der Generalstaatsanwaltschaft Niedersachsen (GSA) erhielten am 22.12.1994 die Anwälte der Göttinger Antifas, die als vermeintliche Mitglieder der Antifa (M) von Kriminalisierung bedroht sind. Demnach wurden die Ermittlungen von 15 auf 25 Personen ausgedehnt. Der Vorwurf »terroristische Vereinigung« nach §129 a wurde fallengelassen. Es wird nun nach §129, »kriminelle Vereinigung« ermittelt.

Damit wird die AA (M) zu einem Zusammenschluß, dessen alleinige Motivation in der Begehung von Straftaten besteht. Zur Begründung wird mittlerweile fast ausschließlich die Durchführung von vermummten Blöcken auf Demos herangezogen. Vom ursprünglichen »Anliegen«, der Aufklärung von 52 Anschlägen seit 1981, ist in den insges.31 ausgehändigten Aktenordnern nichts mehr zu merken. Auch die angeblichen Kontakte zur RAF tauchen nicht mehr auf.

Die Anklage beginnt bereits jetzt, in sich zusammen zu fallen, die Vorwürfe werden zur Farce. Das eigentliche Ermittlungsinteresse besteht, wie sich nun zeigt, in der Durchleuchtung antifaschistischer Strukturen. Hierzu wird ein großer Aufwand betrieben:

– Protokollierung aller Telefonate der Betroffenen; die Protokolle sind nicht ausgehändigt worden.
– Ausspitzelung von Veranstaltungen der AA(M) durch Beamte des Landeskriminalamtes, z.T. mit Videoaufzeichnungen.
– Videoüberwachung wöchentlicher Treffen.
– Einzelobservationen zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen. Das verschärfte Ermittlungsinteresse der Landespolizei könnte auf die Unzufriedenheit mit der Deeskalationslinie der Göttinger Polizei zurückzuführen sein, die in den Akten anklingt.

Ein Verfahren nach §129 a wegen Verkaufs einer Dokumentation zur RAF wurde abgetrennt.

Unterdessen wird gegen die Geschäftsführung des Buchladens Rote Straße und gegen Personen, die vom AA(M)-Verfahren betroffen sind, wegen einer Broschüre ermittelt. Es handelt sich um das Begleitheft zur Ausstellung »Verbotene Kunst« über Plakate, Ölbilder und »Agit-Prop«-Aktionen der antifaschistischen Göttinger Kulturinitiative »Kunst und Kampf« (KuK). Es kann selbstverständlich weiter über KuK bezogen werden. Informationen zum Verfahren gibt es über die Antifa (M). Beide Gruppen haben die c/o-Adresse Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen

Kassel

Prozeß gegen Antifaschisten

Am 2.11.94 begann vor dem Jugendschöffengericht Kassel der Prozeß gegen den Kasseler Antifaschisten Thomas.

Die Anklage umfaßt Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung sowie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Vorwürfe der Anklage beruhen darauf, daß zwei Polizeibeamten in Zivil bei Thomas Schutzkleidung fanden und dieses als beweiskräftig genug gesehen wurde, um das Verfahren gegen ihn zu eröffnen.

Tatsache ist, daß sich Thomas an einer Demonstration gegen eine Anti-Antifa-Veranstaltung am 27.12.92 in Meschede beteiligt hat.

Von PolizeibeamtInnen, z.T. mit gezogener Dienstwaffe geschützt, schossen die FaschistInnen aus dem Eingangsbereich der Polizeiwache mit Leuchtspurmonition auf die AntifaschistInnen. Im Anschluß an die Abschlußkundgebung wurde Thomas festgenommen und später unter Androhung von Schlägen und Sprüchen wie »ein so junger Typ wie Du wirst im Knast bestimmt vergewaltigt« von zwei Zivilbeamten verhört.

Das Verfahren gegen Thomas ist ein weiterer Baustein in dem Versuch den antifaschistischen Widerstand zu spalten und zu kriminalisieren.

Für Anwalts- und Prozeßkosten wird dringend Geld benötigt!

Spendenkonto: H.J. Laube, Stadtsparkasse Kassel, BLZ 52050151, Kto. 3920691

»Mit der S-Bahn in die Hölle«

»Wahrheiten und Lügen über das erste Nazi-Konzentrationslager« so der Titel meines Buches, welches im Frühsommer 1994 im Aufbau Taschenbuchverlag Berlin erschien. Vielleicht ist der Titel zu reißerisch und manch einer ist der Meinung, ein Auschwitz wäre schlimmer gewesen. Eine gefährliche These, die nur dazu dient, den Nazismus zu bagatellisieren. Umgekehrt ist es wahrer, denn am Anfang von Auschwitz stand Oranienburg.

»Wer sich der Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verurteilt, sie wieder zu erleben.« Dieser Spruch steht an einer Mauer in einer der vielen Baracken im ehemaligen KZ Auschwitz in Polen. Ein Spruch nicht nur gültig für die Generation, die diesen Teil der Geschichte erlebt hat. Egal ob Opfer oder Täter, ob Mitwisser oder Mitläufer.

Vergangenheit und Gegenwart zugleich ist Oranienburg. Diese fast 800jährige Stadt an der Nordgrenze von Berlin sorgte mehr als einmal für Schlagzeilen in der deutschen und internationalen Geschichte. Das bisher schwärzeste Kapitel wurde in den Jahren zwischen 1933 und 1945 geschrieben.

Naziideologie und ihre Partei entstanden in dieser Stadt nicht über Nacht. Hitlers Gefolgsleute schwärmten von Oranienburg als der Stadt, in der bereits im Frühjahr 1925 die erste Ortsgruppe der NSDAP im Kreis Niederbarnim gegründet wurde. Der Nazi-Bezirk Oranienburg reichte von der Nordgrenze Berlins bis Zehdenick, von Nauen und Fehrbellin bis Bernau und Biesenthal. In Oranienburgs Stadtmauern fand am 23. Oktober 1926 der Gautag von Berlin-Brandenburg statt, wo mehr als 800 aktive Nazis teilnahmen. Prominenter Gast und Redner war der frischgekürte Gauleiter Joseph Goebbels. Oranienburger Nazis und SA-Leute waren als Schlägertruppe in ganz Deutschland bekannt. Gegen 55 von ihnen fand im Oktober 1931 ein Prozeß wegen Landfriedensbruch mit Überfall auf das Arbeiterlokal Lach statt. Als Formation zählte sie zu den Einsatztruppen von Berlin und wurde von den Naziführern schon vor 1933 lobend erwähnt.

Einflußreiche Gönner aus dem Bereich der Banken und der Wirtschaft stellten für die Niederbarnimer SA-Leute schließlich Räumlichkeiten in einer stillgelegten Brauerei in Oranienburg kostenlos zur Verfügung.

Eigentümer des Bodens und der Gebäude war seit 1927 bzw. 1930 die Berliner Kindl Brauerei Aktiengesellschaft in Berlin-Neukölln.

Nur knappe sechs Wochen nach dem 30. Januar 1933 vergingen, als in der »Alten Brauerei«, wie sie von den Einheimischen genannt wurde, die organisierte staatliche Brutalität in Gestalt der Konzentrationslager begann.



Die ersten Gefangenen im KZ Oranienburg im März 1933.

Am 21. März 1933, dem »Tag von Potsdam« meldete SA-Sturmbannführer Werner Schäfer seinen Vorgesetzten, daß das KZ 208 Oranienburg zur Aufnahme von politischen Häftlingen bereit sei. Es vergingen nur Stunden, als am Abend des gleichen Tages die ersten 40 Gefangenen eingeliefert wurden. Es waren SPD- und KPD-Mitglieder, Gewerkschafter und Reichsbanner-Leute aus Niederbarnim und Berlin. Wochen später kamen Häftlinge aus allen Teilen Preußens.

Die Unterbringung war mehr als menschenunwürdig. »Schlafsäle« waren die gewölbten kühlen Kellerräume, in denen früher das Bier gelagert wurde. Nur wenige Zentimeter Stroh bedeckten den Zementfußboden, auf denen die Verhafteten schlafen konnten. Als Waschgelegenheit gab es in der Anfangszeit eine einzige Wasserpumpe.

In Kompanien eingeteilt war neben der täglichen Gefangenenarbeit im Stadtgebiet und außerhalb, in der wenigen Freizeit der militärische Drill und »Freizeitsport« bestimmend. Ältere Männer von 60-80 Jahren wurden ebenso wie 13- und 15jährige Kinder über die berüchtigte Eskaladierwand gejagt.

Man muß endlich Schluß machen mit dem Gerede, daß das KZ Oranienburg zur Kategorie der sogenannten »wilden KZs« gehörte. Das Lager 208 Oranienburg hatte von Anfang an den Charakter einer Stätte der bewußten Isolierung und Grausamkeiten für Andersdenkende.

Mehr und mehr entwickelte sich das KZ inmitten der Stadt zu einer zentalen Folterstätte des Landes Preußen. Per Regierungsanweisung vom 24. Juni 1933 erfolgte die Auflösung kleinerer Lager und Überführung der Gefangenen nach Oranienburg.

Die Lebensdauer des SA-KZ-Oranienburg und ihr Ausbau wurde entscheidend von der Haltung der Oranienburger Stadtväter geprägt. Diese beschlossen nämlich aus Mitteln der Stadtsparkasse einen günstigen Kredit der SA-Führung zu gewähren. Die Rückzahlung erfolgte unter Ausnutzung der KZ-Häftlinge als billige Arbeitssklaven. Magistrat von Oranienburg und SA-Lagerkommandantur schlossen einen »Sechs-Punkte-Vertrag« über »die Beschäftigung der in Schutzhaft befindlichen Personen«. Aus einer Gesamtaufstellung vom Oktober 1934 geht hervor, daß die KZ-Häftlinge von Oranienburg für weit mehr als 100 000 Arbeitsstunden ausgenutzt wurden. Das KZ Oranienburg war in vielerlei Hinsicht Modell für spätere Konzentrationslager in Deutschland und Europa. In ihm wurden Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder gefangengehalten. Neben Deutschen waren Personen anderer europäischer Staaten inhaftiert. Es gab sowohl politische Gefangene, wie auch Sinti und Roma und andere Häftlingsgruppen. Eine spezielle »Judenkompanie«, in der deutsche Bürger jüdischen Glaubens inhaftiert waren, war der besonderen Behandlung durch die SA ausgesetzt.



Die dem KZ gegenüberliegende Gaststätte lieferte die Verpflegung für die Häftlinge. Haben die Frauen nicht gewußt, für wen die Brote bestimmt waren?

Gedenkfeiern in ehemaligen Konzentrationslagern

Anläßlich des 50.Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager finden Gedenkveranstaltungen auf dem Gelände des jeweiligen ehemaligen Konzentrationslagers statt:
Buchenwald: 9.April
Mittelbau-Dora: 9. April
Flossenbüttel: 22/23. April
Ravensbrück: 23. April, 11.00 Uhr
Sachsenhausen: 23. April, 15.00Uhr
Bergen-Belsen: 27.April
Dachau: 30. April

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück benötigt noch Geld, um den Aufenthalt der früheren Häftlinge an den Tagen der Gedenkfeierlichkeiten zu unterstützten.

Spenden bitte auf das Konto der Lagergemeinschaft bei der Berliner Bank, Kto.: 3059955500, BLZ 100 200 00

Wenige Tage nach dem 21. März 1933, dem Tag der Inbetriebnahme des KZ-Lagers, konnte man in Berlin und anderswo im Flüsterton die folgende Frage gestellt bekommen: *»Kennen Sie das neueste Berliner Sprichwort? Es lautet: ´Schweigen ist Gold - Reden Oranienburg´«.*

Damit reagierten die in die Illegalität gegangenen und die noch in Freiheit verbliebenen Bürger auf ihre Art gegen das Lager in der »Alten Brauerei«.

Monatelang beschäftigte sich die in- und ausländische Presse mit dem SA-KZ 208. Der Name Oranienburg wurde zum Symbol für Konzentrationslager in Deutschland. Oranienburg war der meistgenannte und meistgehaßte Ort im Nazireich. Die SA-Führung und der Propagandaapparat der Nazipartei taten alles, um in der Weltöffentlichkeit den Beweis anzutreten, daß es gar nicht so schlimm sei und die »verbreiteten Greuelberichte erfunden wären«.

Die Nazi-Wochenschau drehte im Frühjahr 1933 einen Kurzfilm über das KZ Oranienburg, der überall in Deutschland vor dem Hauptprogramm gezeigt wurde.

Im Juni 1933 gab es die ersten Todesopfer des Lagers. Der Todesort wurde wissentlich verschwiegen. So hieß es in der Todesurkunde Nr. 143 vom 30. Juni 1933: *»Die Ortspolizeibehörde in Oranienburg hat mitgeteilt, daß der Schlosser Wilhelm Sens, 30 Jahre alt, zu Oranienburg, Berliner Straße 21, (das war das Grundstück auf dem die SA-Lagerführung residierte) am 28. Juni 1933 verstorben sei.«* Eine Todesursache war nicht vermerkt. SPD-Reichstagsabgeordneter Seger schildert in seinem authentischen Erlebnisbericht über das KZ Oranienburg die wahren Todesursachen. Er schrieb: *»...Die Spuren der Mißhandlungen an seinem Körper, blutunterlaufene, tiefblau und schwarz gefärbte Stellen auf dem Rücken und von den Schulterblättern bis zum Gesäß, auf den Oberschenkeln und an den Waden habe ich gesehen. Ich kann also bezeugen, daß auch dieser vollkommen gesund gewesene Arbeitersportler Sens vom SA-Sturmbannführer Krüger und zwei SA-Männern, also mit drei Gummiknüppeln zu Tode geschlagen worden ist. Er verschied durch Herzschlag infolge der durch die zahllosen und wahnsinnigen Schläge am ganzen Körper aufgetretenen Blutstauungen.«*

Drei Tage zögerten die Nazis, ehe sie ihre Lügenmeldung über den Tod des jüdischen Schriftstellers Erich Mühsam seiner Ehefrau, der deutschen und internationalen Öffentlichkeit servierten. Am 12. Juli 1934 verkündete das Deutsche Nachrichtenbüro über Rundfunk und Presse die folgende Meldung: »Der durch seine Teilnahme am Münchner Geiselmord bekannte sozialdemokratische Schrifsteller Erich Mühsam, der sich in Schutzhaft befand, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Mühsam, ein geborener Berliner, stand im 57. Lebensjahr und war 1919 zu 15 Jahren Festung verurteilt, 1924 aber begnadigt worden.«

Kein Wort über Todestag und -ort. Der Inhalt der Bekanntmachung eine heuchlerische Lüge. In Wirklichkeit wurde er von SS-Leuten, die wenige Tage zuvor das SA-KZ Oranienburg übernommen hatten, ermordet. Mitgefangene berichteten, daß Mühsam am 9. Juli 1934 zu SS-Sturmführer Ehrath befohlen wurde, der ihn mit den Worten empfing: *»Na, Mühsam, wie lange gedenken Sie noch in der Welt herumzulaufen? Wenn Sie sich nicht selbst aufhängen, werden wir wohl nachhelfen müssen!«*

Erneut wurde er gegen 21.00 Uhr zur SS-Lagerführung geholt. Von dort kehrte er niemals wieder zurück. Allen war klar, daß man Erich Mühsam im Kommandantenzimmer ermordet und seine Leiche, um einen Selbstmord vorzutäuschen, in der Abortanlage aufgehängt habe. Am 10.Juli, einen Tag später, versammelten sich seine Freunde und Kameraden, um ihn in einer illegalen Gedenkveranstaltung zu ehren. Es erklang das »Moorsoldatenlied« und man schwor, den Toten niemals zu vergessen.

Wenige Tage später wurden die Insassen des KZ Oranienburg in das Lager Lichtenburg transportiert. Oranienburg blieb auf Weisung von Himmler als Reservelager bestehen.

Den Weg in den Vorhof der Hölle mußten tausende Hitlergegner durchlaufen. Mindestens 8000 Gefangene wurden vom März 1933 bis Juli 1934 inhaftiert.

Vieles wäre noch zu sagen, und Fragen über Fragen gilt es auch heute noch zu beantworten. So z.B., daß in der DDR das Buch von Gerhart Seger über seine Erlebnisse im KZ Oranienburg nicht gedruckt wurde, daß zwar eine Gedenktafel in Jahre 1948 eingeweiht wurde, ansonsten aber wenig getan wurde, eine Erinnerungstätte an das erste KZ Deutschlands zu schaffen, daß man 1993 plante, auf dem Gelände des früheren KZ einen Supermarkt zu errichten, daß Historiker beauftragt wurden, den genauen Standort festzustellen, der eigentlich allen bekannt war.

Mein Buch soll Mahnung und Erinnerung zugleich sein, ich hoffe es findet viele Leser.

Hans Biereigel

Revolte eines Vernichtungslagers

Ein Roman zu Treblinka von J. F. Steiner

Am 2. August 1943 revoltierten die Häftlinge des Vernichtungslagers Treblinka. Das Lager ging in Flammen auf. Einem Teil der Häftlinge gelang die Flucht; nur wenige haben die folgenden Tage, Wochen, Monate überlebt. Jean François Steiner hat mit einigen der Überlebenden gesprochen. Er hat die mühevolle, von zahlreichen Rückschlägen gekennzeichnete Entwicklung und Geschichte des Aufstands rekonstruiert.



Vor der physischen Vernichtung zielte die SS auf die psychische Auslöschung ihrer Gefangenen. Mit immer ausgeklügelteren Maßnahmen sollte den Gefangenen ihre Würde genommen werden. Sie sollten sich selbst nicht mehr als Menschen empfinden. Höhepunkt ihrer Unterwerfung sollte ihr widerstandsloses Hineinfügen in die eigene Vernichtung sein. Eines der wichtigsten Mittel, den Häftlingen jede Selbstachtung zu nehmen, war, ihnen zu suggerieren, durch immer mehr und mehr Anpassung und Fügsamkeit gäbe es doch noch eine kleine Chance, das eigene Überleben zu sichern. Dieser Prozeß, bereits in den Ghettos in Gang gesetzt, wurde im KZ zum ausgefeilten System.

Erster verzweifelter Ausdruck, der SS nicht die Entscheidungsgewalt über Leben und Tod der Gefangenen lassen zu wollen, waren die massenhaften Selbstmorde in den Anfängen des Lagers. Zugleich waren sie hartnäckige Gegner jedes organisierten Widerstands. So bestanden die ersten Widerstandsaktionen darin, Nacht für Nacht Mithäftlinge daran zu hindern, sich aufzuhängen und bereits Bewußtlose wieder abzuschneiden. Ein gewichtiges Argument sprach dafür, sich zu wehren: Die Botschaft aus der Hölle von Treblinka mußte in die Welt getragen werden! Stück für Stück entwickelte sich in den Häftlingen die Vorstellung einer organisierten Revolte.

In der Endphase des Lagers führte die SS einen sonntäglichen Amüsier-Nachmittag ein. Den Gefangenen sollte vorgeführt werden, daß sie inzwischen gefühllos und nichtmenschlich genug seien, auf den Leichen ihrer Brüder und Schwestern zu tanzen. Die SS ahnte nicht, daß ein Widerstandskomitee nur auf den richtigen Zeitpunkt zum Losschlagen wartete. Das Widerstandskomitee ermunterte die Gefangenen, sich an den widerlichen Vergnügungsveranstaltungen - den Feuerschein der brennenden Leichen im Rücken -zu beteiligen. Die Spannungen zwischen Peinigern und Unterdrückern durften jetzt auf keinen Fall zunehmen, denn dies hätte die Vorbereitung des Aufstands gefährdet. In den Augen der SS waren die Juden »Untermenschen«, denen der Mut zum Widerstand fehlte. Und die Gefangenen spielten die ihnen zugedachte Groteske mit. Sie arbeiteten, lachten und tanzten, wie es von ihnen gefordert wurde, und indem sie so ihre Unterdrücker in Sicherheit wiegten, schufen sie Raum für den Aufstand.

Ausschnitt aus dem Buch:

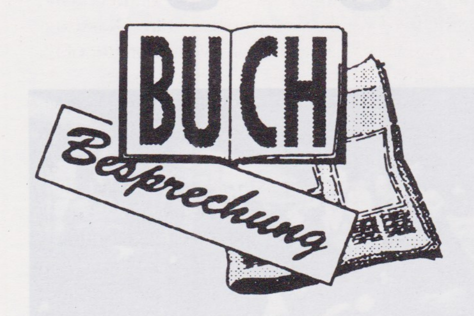
»Adolf hatte sich angewöhnt, den Neuankömmlingen über Treblinka sofort die Wahrheit zu sagen. Er tat es auf die nüchternste Weise und sprach dann gleich von der Revolte. Er war dahintergekommen, daß bei dieser Reihenfolge der Neue nicht so tief in den Abgrund stürzte wie sie selber bei ihrer Ankunft. Er machte ihnen sogleich Hoffnung, an die sie sich klammern konnten und dadurch bekamen sie Halt. Das war entscheidend, denn auf diese Weise mußten sie nicht gegen einen Minderwertigkeitskomplex den Deutschen gegenüber und gegen einen Schuldkomplex in sich selber ankämpfen. Selbst der, der mit Familie angekommen war, erfuhr sogleich, daß er als Mitstreiter ausersehen war, und wenn er zusagte - was stets der Fall war - dann tat er es nicht, um auf Kosten seiner Familie zu überleben; er tat es, um zu kämpfen.«

Als Himmler das Lager besuchte, war klar, daß jetzt das Ende gekommen war. Berge von Ermordeten wurden wieder ausgebaggert und verbrannt. Die SS wollte die Spuren ihrer Verbrechen löschen. Ein dramatischer Wettlauf mit der Zeit begann. Der Aufstand mußte stattfinden, bevor die letzten Leichen verbrannt waren. Zwei Angehörige des Widerstandskomitees riskierten ihr Leben, um sich in die Hölle des Lager II strafversetzen zu lassen. Nur auf diesem Wege konnte der Aufstand gemeinsam mit den Insassen des abgeschotteten Lagers II, die das Töten und Verbrennen der Mithäftlinge durchführen mußten, organisiert werden.

Die Mitglieder des Komitees wußten, daß sie den Aufstand nicht überleben würden. Ihre Aufgabe sollte es sein, die Flucht der Häftlinge zu decken und die Wachmannschaften so lange wie möglich an deren Verfolgung zu hindern. So viele dieser »Herrenmenschen« wie möglich sollten getötet werden - ein Weg, die eigene Würde und Menschlichkeit zurückzuerkämpfen.

Jean François Steiners Buch ist einer der wenigen gelungenen, mir bekannten Romane Dritter zum Thema Holocaust. Es ist Steiner geglückt, lebendige, einprägsame Menschen erstehen zu lassen. Der Falle der falschen Heroisierung ist er durch genaue Analyse von Machtstrukturen und -mechanismen entgangen. Das Buch ist eine sehr empfehlenswerte und ungeheuer spannende Bereicherung. Schnürt einem die Lektüre auch manchmal den Hals zu, ist es zugleich unmöglich, es aus der Hand zu legen.

Erneut aufgelegt hat das Buch der Berliner Harald Kater-Verlag 1994, der sich bereits mit Mareks Edelmanns »Das Ghetto kämpft« um eine weitere wichtige Veröffentlichung zum jüdischen Widerstand verdient gemacht hat. Preis: 29,80 DM



Bücher, Broschüren, Zeitungen

Festung Europa. Asyl. Drogen. 'Organisierte Kriminalität'

Leuthardt, Beat: Festung Europa. Asyl, Drogen, 'Organisierte Kriminalität': Die 'Innere Sicherheit' der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder. Ein Handbuch. Rotpunktverlag, Zürich 1994, 448 S., DM 43,- Zu beziehen über: Medienbüro, Leuthardt, PF 1526, 79550 Weil a.Rh.1

Der Prozeß der europäischen Vereinigung hat derzeit einen fast völlig undemokratischen Charakter. Es geht v.a. um die Schaffung eines starken westeuropäischen Blockes, der im internationalen Imperialismus konkurrenzfähig ist. Besonders bedrohlich wird dies vor dem Hintergrund einer Politik der Abschottung nach außen, der Kontrolle nach innen. Beide Seiten der »Festung Europa« bedingen einander. Der Schweizer Jurist und Publizist Beat Leuthardt, seit Jahren in der Flüchtlingsarbeit aktiv, widmet sich nun diesem Thema. Nach einem Abriß der jüngsten Asylrechtsgeschichte in Europa wird im ersten Teil über die »alten und die neuen Grenzen« die Praxis der Einwanderungspolitik an regionalen Beispielen dokumentiert. Im zweiten Teil geht es dann um die »alten und neuen Feindbilder« und die Strukturen, die geschaffen werden, um Kontrolle nach innen auszuüben. Hier läuft der Autor zuweilen Gefahr, die von den Herrschenden *geplanten* Maßnahmen mit den Chancen ihrer Realisierung zu verwechseln. Die Ebene des Widerstandes kommt dabei kaum zur Sprache.

In der Einleitung heißt es: »Nur Dank vieler Indiskretionen aus allen westeuropäischen Polizeistuben und Innenministerien konnte dieses Buch überhaupt geschrieben werden... Diese ... sind vor allem liberal denkenden Beamten in Bonn, Den Haag und London zu verdanken, die mit der politischen Entwicklung nicht einig gehen.« Hier zeigt sich – wie auch im neuen »Pangermanismus«-Buch des Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes *von Goldendach* -, daß es im Apparat immer noch und evtl. zunehmend aufrichtige DemokratInnen gibt. Diese Tendenzen so zu unterstützen, daß sie das reibungslose Funktionieren behindern, ist Chance und Verpflichtung für alle, die die Festung Europa schleifen wollen. Entsprechend seiner Bedeutung im europäischen Rahmen nimmt Deutschland bei Leuthardt eine zentrale Stelle ein. Interessant ist aber auch der Blick auf die kleine Schweiz, die oft vergessen wird, aber eine nicht zu unterschätzende Rolle im beschriebenen Prozeß spielt.

Dem Anspruch, Handbuch zu sein, wird »Festung Europa« durch seine Materialfülle, kaum aber durch Aufmachung und Aufbau gerecht. Ein umfangreiches Register bietet zwar einen schnellen Zugriff, zahlreiche Grafiken geben einen guten Überblick, doch hätte neben dem spannenden und aktuellen darstellenden Teil eine mehr systematische Darstellung von Strukturen und Handlungsträgern den Wert als Handbuch gesteigert. Auf eine ausführliche Literaturliste ist bedauerlicherweise verzichtet worden. Dennoch wird »Festung Europa« noch auf Jahre Material für die Diskussion um innere Sicherheit und Migration in Europa liefern, und dem kleinen Rotpunktverlag kann zu diesem Buch nur gratuliert werden.

Der Multimillionär Frey und seine DVU

Annette Linke, Der Multimillionär Frey und seine DVU, 222 Seiten, Klartext Verlag Nov.94, 16,80 DM

Mit über 25.000 Mitgliedern ist sie die größte faschistische Organisation Deutschlands, die wöchentliche Auflagenhöhe ihrer Zeitungen erreicht die Marke von 100.000 Exemplaren. Eine Partei geführt wie ein Konzern, nicht in Teamarbeit wie in der Industrie, sondern in Alleinregie. Gerhard Frey, Haus- und Parteibesitzer, verkörpert wie wenig andere Nazis die Kontinuität des dumpf-deutschen Nationalismus. Er ist so eindeutig Nazi und verstaubt, daß ihn keine/r so richtig ernst nehmen will – seine Gefolgschaft, alte Säcke, Kriegsverherrlicher, die vom Aussterben bedroht sind?

Dagegen spricht der Wahlerfolg bei den Schleswig-Holsteinischen und Bremer Landtagswahlen. Die Alten, die ihren Enkeln vom Schützengraben erzählten, stellten das Rückgrat in Freys Gefolgschaft. Gegenüber den Massenmördern des »III.Reiches« hatte die DVU noch nie Berührungsängste. Die Tatsache, daß sie diese mitunter gegenüber ihren pickligen Nachfolgern hat, läßt den Schluß zu, daß nicht Gewaltfreiheit und Demokratieverständnis dafür ausschlaggebend sind. Die Neonazis distanzieren sich öffentlich genauso gerne von Frey wie umgekehrt. Das hinderte sie aber nicht den, Ordnerdienst zu stellen, in der Vergangenheit und auch heute.

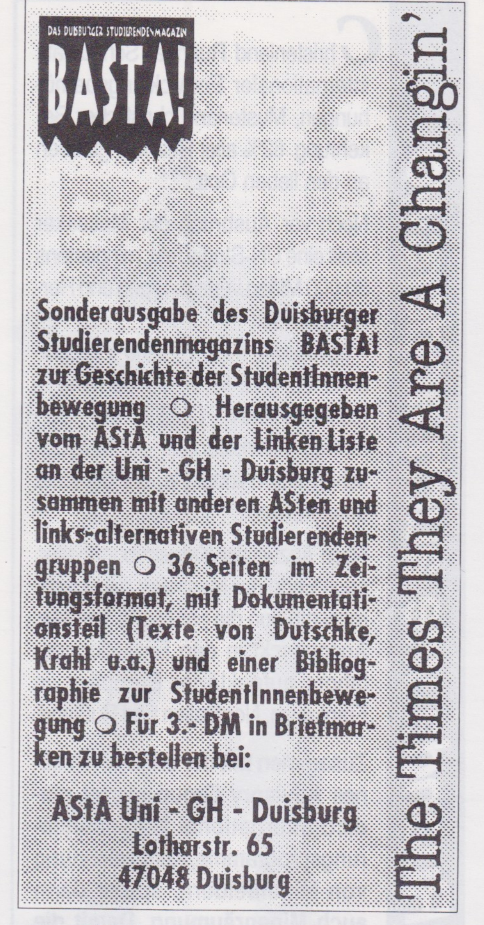
Das Buch des AutorInnenkollektivs der Autonomen Infogruppe Kiel bietet einen guten Überblick über Gerhard Frey und sein Imperium. Diese Lektüre ist Geschichte, erzählt in spannender und interessanter Form. Frey war schon immer so dumpf faschistisch wie heute. Das läßt tief in die tumben Schädel gesellschaftlich führender Personen blicken, die seinen Weg in Freundschaft kreuzten. Der SEIDL, Alfred von der CSU, ehemals bayrischer Ministerpräsident, war Frey-Berater und -Freund. Gleiches läßt sich über den Gründer des Bundesnachrichtendienstes (BND), Reinhard GEHLEN, sagen oder über den Kommentator des Grundgesetzes und Ziehvater des Bundespräsidenten HERZOG, den allseits gelobten Prof. Dr. Theodor MAUNZ, der Herrgott hab´ ihn seelig. Frey bleibt diskret solange seine mächtigen Freunde leben, sterben sie, brüstet er sich mit ihrer Freundschaft – sehr zum Leidwesen der überlebenden politischen Freunde der Toten. Die DVU ist leider nicht nur ein Stück Geschichte. Deshalb sollte man über sie Bescheid wissen. Das vorliegende Buch ist dafür gut geeignet, es ist übersichtlich und erspart viel Nachlesen in Freys Hetzpostillen. Ein Schwachpunkt ist die zu kurz geratene Darstellung der Ideologie (was für ein hochtrabendes Wort für das braune Geseier der DVU). Hier hätten Überschneidungen zu den Kräften aufgezeigt werden können, für deren Wahlunterstützung die DVU angetreten ist, bevor sie sich als Partei formierte: CDU/CSU und FDP. Dieses Jahr tritt die DVU wieder zu den Bremer Senatswahlen an.

Und der Zukunft zugewandt

Wolfgang Schäuble: »Und der Zukunft zugewandt«, Siedler Verlag, Berlin 1994, 254 S., 39,80 DM

Eine Textzeile aus der DDR-Nationalhymne zitierend wendet sich der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Schäuble einer Zukunft nach seiner Vorstellung zu. Einer Zukunft, in schönen Worten verpackt, aber unmenschlich für viele, die einmal in ihr leben müssen.

Deutschland ist wieder wer! In diesem Sinne definiert Schäuble die angebrochene Zukunft, in der Deutschland wieder in führender Stellung im Kampf um die ökonomische und militärische Weltmacht mitstreitet. War in vergangenen Zeiten, im Kampf gegen den Kommunismus, die transatlantische Allianz und die damit verbundene Westbindung von Nöten, so wird diese zur Sprachhülse der »Wertegemeinschaft der freien Welt«. Es geht wieder um die deutsche Nation, wobei selbst Schäuble einräumen muß, daß es ganz alleine nun leider doch noch nicht geht: Die Bindung an Europa sieht auch er als Garant für



die politische und ökonomische Stabilität Deutschlands. Aber immerhin wird Deutschland in diesem neuen Europa selbstverständlich eine Vorreiterstellung einnehmen. Ganz im imperialistischen Geiste von vorvorgestern beschwört er die Vorbildsrolle Deutschlands gegenüber Osteuropa, bei der man diese Länder selbstverständlich nur am Kuchen der eigene ökonomischen Macht schnuppern, nicht aber teilhaben läßt.
Nein, ganz und gar nicht, Besitzstände wollen schließlich gewahrt bleiben. Eingebettet im vereinten Europa, zeigt man sich wehrhaft gegen alle vermeintlichen Angriffe auf den eigenen Reichtum. »...die Randlage ist Episode geblieben: Wir Deutschen sind jetzt wieder mitten in Europa. Die Türen und Fenster sind nach allen Seiten weit offen. Aber es zieht auch kräftig von allen Seiten herein in unser deutsches und europäisches Haus. Also müssen wir es wetterfester machen.« Und um diese »Wetterfestigkeit« zu erreichen, sind einem alle Mittel recht, hier rein pazifistisch zu denken, wäre da ein für Deutschland verhängnisvoller Fehler, denn »Selbstbehauptungswille und Wehrhaftigkeit (...) auch mit militärischen Mitteln (...) sind wohl noch lange unverzichtbar.«
Aber es geht nicht nur um die Wetterfestigkeit nach außen, auch im Innern dieses neuen Deutschlands der Zukunft liegt noch so manches im argen und muß noch ordentlich aufgeräumt werden.
Menschen anderer Nationalitäten die Möglichkeit zu geben, in diesem Land Schutz vor Hunger und Verfolgung zu gewähren und sie damit gar ein Minimum am eigenen Reichtum teilhaben zu lassen, dem konnte nun endlich – zwar mit vielen umständlichen und unnötigen Umwegen – ein Riegel vorgeschoben werden. Aber immer noch gibt es viele, zu viele, die dem Staat auf der Tasche liegen oder ihn in anderer Form von innen bedrohen. Aber keine Sorge, Chefideologe Schäuble weiß Rat: Radikale Kürzungen im Sozialbereich und Ausbau der inneren Sicherheit sollen die Antwort sein.
Kranke, die ja eh nur simulieren, sollen ihre ersten vier Krankheitstage gefälligst selbst zahlen, Schluß mit dem absurden Egalitätsdenken und den BAFÖG-Zahlungen an StudentInnen: Eliteförderung ist angesagt. Und last not least: Schluß mit der Unterstützung Arbeitsunwilliger, es ist an der Zeit, daß der Staat Arbeitslose zu »sozial nützlichen Arbeiten« heranzieht.
Tja, und wer sich gegen all das wehren will, kriegt's mit der Staatsmacht zu tun: In Schäubles schöner neuer Welt wird es die Bundeswehr sein, die gegen Linke, Chaoten und andere, die aufmucken, eingesetzt wird.
In dieser, dann endlich von Schmarotzern und Chaoten aufgeräumten, Welt, wird dann der Rest der Menschheit, selbstverständlich der deutschen Menschheit, in Ruhe leben. Die Frauen müssen sich nicht mehr mit Lohnarbeit abmühen, wozu sie auch keine Zeit mehr haben, da Kitas kaum noch vorhanden sind – zurück zur Familie heißt schließlich die Parole – und ansonsten wird in der Freizeit gebetet. Religiosität statt politisches Bewußtsein, so stellt sich Schäuble den deutschen Bundesbürger vor, denn »Religion schafft Hoffnung und Zukunftsmut«, politische Utopien hingegen enden Schäuble folgend im Totalitarismus. Darüber hinaus ist es doch um so vieles praktischer, wenn nur einige wenige das Geschick des Landes in der Hand haben, so ist sichergestellt, daß auf Dauer alles so bleibt, wie es ist: Oben bleibt oben und unten bleibt unten.
Vieles in Schäubles Buch ist bislang Zukunftsmusik, aber sie sollte ernst genommen werden. Denken wir an die schrittweise Abschaffung des Asylrechts, so wissen wir, daß Schäuble sehr wohl seine Ziele systematisch umzusetzen weiß. Schäuble beschreibt in seinem Buch nicht seine politische Utopie, er legt vielmehr seinen Schlachtplan offen. Es lohnt sich daher, das Buch zur Kenntnis zu nehmen, um zu wissen, in welche Richtung sich Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln soll.

Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der JF.

Helmut Kellershohn: »Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit.« DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), 352 S., 34.- DM.
Das Ende 1994 erschienene Buch ist eine gelungene Ergänzung der bereits von AntifaschistInnen recherchierten und publizierten Hintergründe um die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit.[1]
Von ihrer Entstehung 1986 als rechte SchülerInnenzeitung bis zum bisherigen Höhepunkt 1994 als wöchentlich erscheinendes Organ eines »rechten Pluralismus« wird die Entstehungsgeschichte der Zeitung chronologisch nachgezeichnet. Anhand verschiedener Themenschwerpunkte wie Elitedenken, Kulturbegriff, »Ethnopluralismus«, Frauenbild, Geschichtsrevisionismus und Mitteleuropakonzept wird die dahinterstehende Ideologie des Völkischen Nationalismus nachgewiesen.
Der historische Bezugsrahmen der »Konservativen Revolution«, deren Erbe die JF, wie aktuell viele andere Vertreter der sog. »Neuen Rechten«, antritt, wird am Beispiel des autoritären Rassisten und Staatsrechtslehrers der Weimarer Republik und frühen NS-Zeit Carl Schmitt erläutert.
Ein weiteres Kapitel ist dem rechten Theorieorgan »Criticon« gewidmet, welches über inhaltliche und personelle Überschneidungen als »Junge Freiheit im Zeitschriftenformat« definiert wird.
Die Autoren und Autorinnen stellen einen Bezug her zum aktuell vorherrschenden ideologischen Trend nach rechts in der bundesrepublikanischen Politik seit Anfang der 80er Jahre und extremer seit 1989.
Ideologische Überschneidungen mit herrschendem Politikverständnis werden als sich gegenseitig verstärkender Trend nach rechts und Druck von rechts erklärt.
Gut recherchiert werden die personellen Verknüpfungen der sich selbst als »Jungkonservative« bezeichnenden JF-Macher (+ eine Frau in der Redaktion) zu reaktionären Vertriebenenvertretern, und intellektuellen Präfaschisten wie Karl-Heinz Weißmann oder Rainer Zittelmann offengelegt.
Auch die Mitarbeit (Hatzenbichler) bzw. Finanzierung (Kienesberger) durch österreichische ex-Naziterroristen kommt zur Sprache.
Der Wert des Buches liegt vor allem in der differenzierten Aufschlüsselung des »Ideologiebreis« der Jungen Freiheit und der Darstellung der Herkunft und geistigen Verfassung ihrer Redakteure.
Obwohl wissenschaftlich geschrieben ist das Buch über weite Strecken verständlich. Eine Erklärung der verwendeten Fremdwörter für die NichtakademikerInnen unter den LeserInnen wäre für hoffentlich noch folgende Projekte des DISS wünschenswert.

[1] s.a. Antifaschistische Informationen gegen die Zeitung Junge Freiheit, Antifaschistisches Broschürenkollektiv, Winter 93/94.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Herbert Fleissner

Hans Sarkowicz: »Rechte Geschäfte. Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner«, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1994, 96 Seiten, 10,- DM.
Herbert Fleissner dürfte sich mittlerweile einen Namen gemacht haben. Durch die zum Teil sehr deutlich rechtsextremen Bücher, die er als Geschäftsführer und Besitzer des Ullsteinverlages verlegt, demonstriert der Besitzer von mehr als 30 Verlagen seine politische Einstellung.
In dem Buch beschreibt Sarkowicz nicht (bzw. nur am Rande) den Lebenslauf des rechten Verlegers, umso mehr aber dessen Werdegang als Herausgeber von ehemaligen NS-Autoren nach 1945, über Vertriebenen-Bücher und -Zeitungen bis hin zu Machwerken von Franz Schönhuber, Jörg Haider oder David Irving. Ferner wird beschrieben, wie Fleissner sich durch den Kauf eines Verlags nach dem anderen immer mehr ein rechtes »Verlagsimperium« zusammenstellt, mit Ullstein/Langen-Müller als »Flagschiff«.
Wer von »Rechte Geschäfte« großartige Neuigkeiten erwarten, wird schnell enttäuscht sein. Bereits im Vorwort stellt der Autor dies klar: In dem Buch seien alleine *»Informationen zusammengetragen«* worden und zwar *»aus öffentlich*

zugänglichen Quellen, zumeist aus Büchern, die der Mann verlegt hat, um den es geht«.
In der Tat bietet das Buch eine gute Zusammenfassung von Fleissners Werdegang. Allerdings ist außerordentlich schade, daß nicht belegt wird, aus welchen Quellen diese Informationen kommen. Anmerkungen und Quellenhinweise fehlen völlig. Dafür enthält das Buch eine Zeittafel über den Aufstieg des Münchener Verlegers und ein Register.

Rassismus in Deutschland

Antirassistische Initiative Berlin: Rassismus in Deutschland – Das Beispiel Eberswalde, Yorkstr. 59, 10965 Berlin,Tel.: 030-7857281 und Fax 030-7869984, 103 S.
»Ein Jahr nach der Maueröffnung, in der Nacht vom 24. zum 25 November 1990, wurden Amadeu Antonio Kiowa und einige seiner Arbeitskollegen vor einer Diskothek in Eberswalde von ca. 50 Faschoskinheads und rechten Heavymetals angegriffen. Amadeo Antonio Kiowas Freunde konnten zum Teil schwer verletzt flüchten. Er selbst blieb bewußtlos und ohne Hilfe auf der Straße zurück. Am 6.12.1990 starb Amadeo Antonio Kiowa, ohne noch einmal das Bewußtsein zu erlangen.« Dieses sind die ersten Sätze aus der von der Antirassistischen Initiative Berlin erstellten Broschüre zum Mord an dem Angolaner Amadeo Antonio.
Anhand von zahlreichen Materialien, wie Zeitungsartikeln und Presseerklärungen aus den Jahren 1990 bis 1993, sowie anhand von eigenen Artikeln und Interviews mit ExpertInnen ist es der Antirassistischen Initiative gelungen, eine sehr detailierte Dokumentation über den Mord, über den dann folgenden Prozeß und über die Reaktionen in der Öffentlichkeit – insbesondere der Reaktionen in Eberswalde selbst – zu erstellen.

Rundbrief

»Rundbrief« , AK gegen den Abschiebeknast, c/o Flüchtlingsbüro, Heinrichstr. 19, 44623 Herne, 4,-DM in Bar, Scheck oder Briefmarken
»Am 25.12.93 starb Emanuel Thomas Tout infolge eines Suizidversuchs, den er am 19.12.93, zwei Tage nach seiner Festnahme, im Herner Abschiebegefängnis ausgeführt hatte.«
In seinem »Rundbrief« informiert der Arbeitskreis nicht nur über die Bedingungen im Abschiebeknast von Herne, sondern auch über die Situation von Flüchtlingen in anderen deutschen sowie ausländischen Abschiebeknästen.

Inside Racist Europe

Liz Fekete, Frances Webber: Inside Racist Europe, Institute of Race Relations, 2-6 Leeke Street, King´s Cross Road, London WC1X 9HS, Großbritannien, 66S., £25
Mitte letzten Jahres erschien beim Londoner Institute of Race Relations der Report »Inside Racist Europe« der beiden britischen Autorinnen Liz Fekete und Frances Webber. In dem 66seitigen Report geben die Autorinnen einen europaweiten Überblick über die staatliche Kriminalisierungspolitik von Immigrantinnen und die Ausweitung der westeuropäischen Kontrollmechanismen zur Einwanderungspolitik auf die sogenannten Puffer-Staaten. Die Gleichschaltung der europäischen Ausländer- und Einwanderungspolitik über die nationalen Grenzen hinweg wird an zahlreichen Beispielen eindrücklich vor Augen geführt. Sehr nützlich ist auch der letzte Teil der Broschüre: Hier werden für die einzelnen Länder Zusammenfassungen zur staatlichen Politik gegenüber Immigrantinnen, deren rechtliche Situation und die Bedrohung durch rassistische und faschistische Organisationen geliefert. Die Broschüre (in englisch) ist direkt beim Institute of Race Relations zu beziehen.

Antifa Jugendinfo Leipzig

Antifa Jugendfront, Bernhard Göring Straße 152, Leipzig 04277
Schwerpunkt der ersten Ausgabe des AJI aus Leipzig in diesem Jahr ist Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933. Weitere Artikel dieser Ausgabe beschäftigen sich mit Religion und Rassismus, dem Verein Deutscher Studenten sowie mit der rechten Szene in Leipzig. Das Jugendinfo, von dem mittlerweile zwölf Ausgaben erschienen sind, wird von der Antifa Jugendfront herausgegeben und soll alle zwei Monate erscheinen. Für 15 DM ist es in einem Spezial-Abonnement für ein Jahr (inklusive Flugis, Aufkleber usw.) unter der obigen Addresse zu beziehen.

Klüngel, Korps und Kapital

SB Antirassismus im AStA, »Klüngel, Korps und Kapital. Antifaschistische Recherche zur Ideologie und gesellschaftlichen Stellung studentischer Verbindungen«, herausgegeben vom AStA der Universität Göttingen, Goßlerstraße 16 a, 37073 Göttingen, 32 Seiten Din A 4.
Mit Ursprung, historischer Entwicklung, Ideologie und Funktion von studentischen Verbindungen beschäftigt sich diese Broschüre.
Ziel dieser Schrift ist es, *»antifaschistische Politik an der Universität zu betreiben«*. Dabei solle sich Antifaschismus nicht *»auf den Anti-Nazi-Kampf beschränken«*. Es gelte auch, *»die Ursachen autoritärer bzw. faschistischer Herschaftsformen des Kapitalismus zu benennen und ihre Ideologien zu kritisieren und zu bekämpfen«*.
Zunächst wird auf die Entstehung der Burschenschaften im 19. Jahrhundert eingegangen und dann die weitere Entwicklung der Studentenverbindungen aufgezeigt. Zunächst im Kaiserreich, insbesondere aber in der Weimarer Republik. Hier ist von *»Korporationen als Wegbereiter des Faschismus«* die Rede, wobei jedoch die ideologischen Unterschiede der elitären Korporationen zu den Nationalsozialisten etwas zu kurz kommen. Dafür wird der Werdegang der Burschenschaften in Göttingen recht detailiert beschrieben.
Der baldige »Neuanfang« studentischer Verbindungen nach der Auflösung der NS-Studentenschaften 1945 wird ebenfalls ausführlich geschildert. Hier geht es insbesondere um die Querverbindungen von Burschenschaften zu Industrieverbänden und Parteien. Anhand dessen wird sehr gut die Bedeutung der studentischen Korporationen als Eliteschmiede dargestellt. Das Kapitel *»Kapital und Korporationen«* kann sicher als Kernstück der Broschüre angesehen werden. Hier wird anhand von Beispielen hoher Politiker oder Leuten aus der Wirtschaft deutlich gemacht, daß die Burschenschaften mit ihrem elitären Anspruch durchaus erfolgreich sind.
Eingegangen wird auch auf *»Das Weltbild der Korporationen«*, wobei in diesem Kapitel die Abschnitte zu *»Korporationen und Frauen«* und Frauenverbindungen bedauerlich kurz ausfallen. Auf das Weltbild studentischer Verbindungen wird auch in einem weiteren Abschnitt der Broschüre eingegangen. Hier sind Beschlüsse von Burschentagen und Aussagen einzelner korporierter Studenten dokumentiert.
Am Ende schließt sich ein Verzeichnis der über 40 in Göttingen vertretenen Verbindungen (inklusive Einschätzung) an, sowie Literaturhinweise zu diesem Thema und ein Abkürzungsverzeichnis.



USA

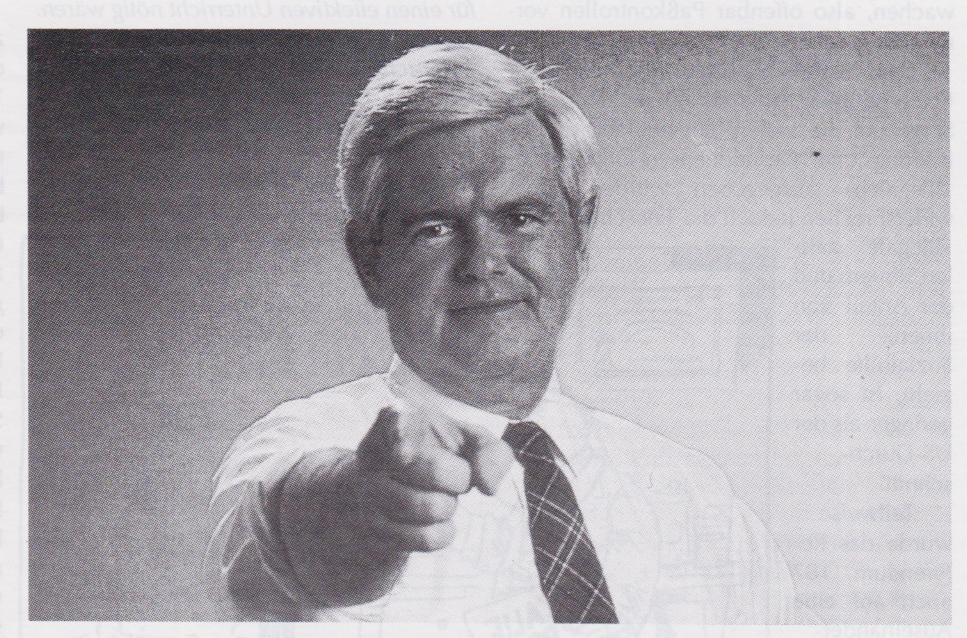
Der 8. November 1994 kann als erfolgreicher Tag rechter Kräfte in den USA gesehen werden. Nicht allein, daß es der Republikanischen Partei gelang, im Senat und im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten die Mehrheit zu erlangen, wobei sich unter ihnen einige offen rassistische Abgeordnete befinden. In Kalifornien stimmte zugleich die Mehrheit der WählerInnen für ein Referendum, das sich gegen »illegale« ImmigrantInnen richtet.

Land der begrenzten Möglichkeiten

In der neuen Legislaturperiode des US-amerikanischen Senats und Repräsentantenhauses, die Anfang Januar dieses Jahres begann, sind künftig härtere Töne zu erwarten. Die Republikaner stellen in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheitsfraktion. Entscheidende Schlüsselpositionen befinden sich dabei in der Hand extrem rechter Abgeordneter, meist aus den Südstaaten.

So ist beispielsweise STROM THURMOND aus South Carolina im neuen Senat Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Der 92jährige, der 1957 gegen die Gleichberechtigung der »Neger-Rasse« eintrat, gilt als ungebrochener Vertreter der alten Ideale des rassistischen Südens. Neuer Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Senat ist der 73jährige JESSE HELMS aus North-Carolina. HELMS, von den Lateinamerika Nachrichten als *»häßliche Fratze des konservativen Amerikas«* bezeichnet, ist nicht nur als radikaler Abtreibungsgegner, als Feind der Gleichberechtigung von Schwarzen und für seine Haßtiraden gegen Lesben und Schwule bekannt: Er ist Förderer der ANTIKOMMUNISTISCHEN WELTLIGA, unterstützte die nicaraguanischen CONTRAS und die Todesschwadronen in El Salvador, wo er auch am Aufbau der autoritär regierenden ARENA-Partei beteiligt war.

Auch NEWT GINGRICH, seit Januar dieses Jahres »speaker« des US-Repräsentantenhauses, ist ein Vertreter des Südens. Der 51jährige aus Georgia, oft nur als *»der Bombenwerfer von den Hinterbänken«* bekannt, zog mit einer außerordentlich populistischen Law-and-order-Kampagne sowie streng religiösem Programm in den Wahlkampf. Gingrich malt das Bild eines drohenden Auschwitz an die Wand. Dies ist keine Kritik am breiter werdenden Rassismus in den USA, sondern GINGRICH sieht den (überwiegend weißen) Mittelstand als Opfer, bedroht von anderen gesellschaftlichen Gruppen. Er selbst präsentiert sich als Retter: *»Leute wie ich sind es, die zwischen uns und Auschwitz stehen«.*


Führender rechter Republikaner: Newt Gingrich

»Save our state«

Als beliebte Wahlpropaganda der Republikanischen Partei ließ sich extreme Stimmungsmache gegen ImmigrantInnen aus Lateinamerika und Asien beobachten. Einer solchen Kampagne kann wohl GEORGE W. BUSH aus Texas, Sohn des ehemaligen US-Präsidenten, seinen Einzug in den Senat verdanken.

Ähnlich verhielt es sich im Staat Kalifornien: Hier stand neben den Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus auch die Neuwahl des Gouverneurs an. Um sich seine Wiederwahl zu sichern, hatte PETE WILSON von der Republikanischen Partei sich etwas ganz Besonderes überlegt: Bereits im August 1993 startete er eine Kampagne gegen »illegale« ImmigrantInnen mit dem dramatischen Titel *»Save our state«* (abgekürzt SOS). WILSON legte einen Gesetzesentwurf vor, der vorsieht, zukünftig *»Eindringlinge«* vom Erziehungs- und Gesundheitssystem auszuschließen. Als »Proposition 187« (Referendum Nummer 187) wurde WILSONS Gesetzesvorschlag abgestimmt – zufälligerweise am 8. November, zeitgleich mit den Gouverneurswahlen. Im Wahlkampf beschränkte sich der Gouverneur auf Hetze gegen die »Illegalen«, die er für alles verantwortlich machte (beispielsweise für das Defizit im Staatshaushalt). Prompt wurde WILSON in seinem Amt bestätigt. Das Referendum 187 wurde von etwa 58 Prozent der WählerInnen befürwortet.

Der Gesetzesvorschlag 187 sieht vor, die Kinder »illegaler« ImmigrantInnen vom Bildungssystem ganz auszuschließen, Gesundheitsversorgung sollen »Illegale« einzig in akuten Notfällen erhalten. Ärztin-

Einleitungstext der Proposition 187:

»Die Menschen aus Kalifornien erklären, daß sie aufgrund der Anwesenheit illegaler Ausländer in ihrem Staat ökonomische Härte erlitten haben und weiterhin erleiden, und daß sie durch das kriminelle Verhalten der Eindringlinge persönliche Verletzungen und Schäden erlitten haben und weiterhin erleiden; und daß sie ein Recht darauf haben, daß der Staat sie gegen illegale Einwanderer

nen und Ärzte, ErzieherInnen, LehrerInnen und das Pflegepersonal in Krankenhäusern sollen über die Einhaltung dieses Gesetzes wachen, also offenbar Paßkontrollen vornehmen.

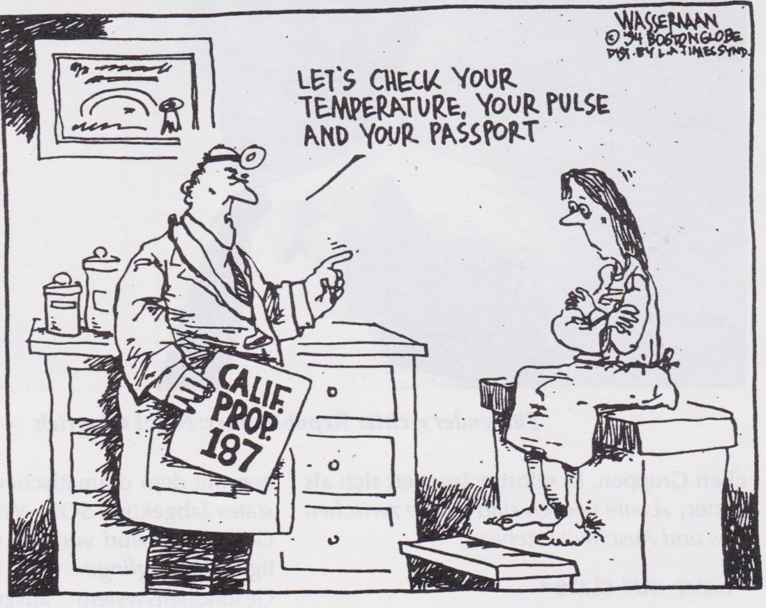
Das weitverbreiteste Argument der ReferendumsbefürworterInnen war die Sorge um die vielen Steuergelder, die für Bildung und Gesundheitsversorgung der »Illegalen« ausgegeben würden. Dem widersprechen jedoch die Tatsachen: Auch »Illegale« zahlen Steuern und der Anteil von ihnen, der Sozialhilfe bezieht, ist sogar geringer als der US-Durchschnitt.

Teilweise wurde das Referendum 187 auch auf eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat Kalifornien und der US-Regierung reduziert. Es sei nicht einzusehen, daß die US-Regierung den Staaten vorschreibe, für Grundversorgung bei Bildung und Gesundheitswesen zu sorgen, aber die Finanzierung den einzelnen Staaten überlasse. Mit WILSONS Proposition 187 wird dieser Konflikt auf dem Rücken ohnehin benachteiligter Menschen ausgetragen.

Die Lateinamerika Nachrichten berichten, daß auch Schwarze und selbst die legalen Latinas/os in Kalifornien mehrheitlich das Referendum unterstützt haben. Proteste gegen die Gesetztesinitiative kamen vornehmlich von Jugendlichen. Im Vorfeld des 8. November gab es an kalifornischen Schulen zahlreiche Protestaktionen, zum Beispiel Streiks, um gegen die geplante Ausgrenzung von etwa 300.000 SchülerInnen zu protestieren. Am 16. Oktober sollen laut der kalifornischen Antirassismus-Initiative People Against Racist Terror in Los Angeles gar eine Viertelmillion Menschen gegen das Referendum auf die Straße gegangen sein.

Mit der Annahme des Referendums sind die Proteste keineswegs verstummt. Insbesondere unter den Beschäftigten im Erziehungs- und Gesundheitssystem gibt es den Gedanken vom »zivilen Ungehorsam«, sich also nicht als Spitzel der US-Einwanderungsbehörde INS zu betätigen. An Schulen kursieren Petitionen von SchülerInnen, LehrerInnen und sogar von Schulleitungen gegen das rassistische Gesetz. So heißt es in der Erklärung von LehrerInnen: *»Ich bin mir bewußt, daß Prop. 187 mich verpflichtet, jeden der Illegalität verdächtigten Schüler bzw. dessen Eltern der INS zu melden. Dies beanspucht Geld, Zeit und Arbeitskraft, die für einen effektiven Unterricht nötig wären. Hiermit versichere ich, weiterhin all jene zu unterrichten, die unterrichtet werden wollen. Eine Überprüfung des Aufenthaltsstatus, wie es Prop. 187 von mir fordert, lehne ich ab.«*

Desweiteren haben sich Menschen aus lateinamerikanischen, asiatischen und afro-



amerikanische Gruppen Kaliforniens zu einer Allianz »Gerechtigkeit für Alle« zusammengeschlossen.

Mit dem 8.November ist allerdings längst noch nicht entschieden, ob die Gesetzesinitiative Nummer 187 in Kraft treten wird. Zunächst ist der Supreme Court, das Verfassungsgericht der USA, beauftragt, die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu prüfen. Und die Chancen, daß das Gesetz gestoppt wird, stehen nicht schlecht. 1982 stellte das Gericht fest, daß das Recht auf Bildung nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein darf. Und in Texas ist vor einiger Zeit eine der Proposition 187 sehr ähnliche Gesetzesinitiative als verfassungswidrig gestoppt worden.

Dänemark

Aus drei mach eins

Ende letzten Jahre wurde in der dänischen Öffentlichkeit bekannt, daß MEINOLF SCHÖNBORN von der 1992 in der Bundesrepublik verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) ein Haus in dem kleinen Ort Kværs, nördlich der deutsch-dänischen Grenze gekauft hatte. Das Haus sollte als Auslandsbasis für die fortgesetzten nazistischen Aktivitäten der NATIONALISTISCHEN FRONT dienen. SCHÖNBORN selbst und STEFAN PIELERT bewohnten je ein kleines Zimmer. Der Rest des Hauses wurde mit verschiedenen nazistischen Verkaufsartikeln (T-Shirts, Videos, Drucksachen), neuen Druckmaschienen und Archiven gefüllt.

SCHÖNBORN schien sich in Kværs sicher zu fühlen. Zumindest genauso sicher wie der Alt-Nazi THIES CHRISTOPHERSEN, der seit 1986 im Nachbarort Kollund wohnte und von dort aus seine Nazi-Schriften DIE BAUERNSCHAFT und KRITIK herstellen und vertreiben konnte. Er war es auch, der SCHÖNBORN beim Hauskauf behilflich war. In SCHÖNBORNS internen Situationsbericht »Bericht zur Lage 06« gibt er sich optimistisch: *»Jetzt gehts erst richtig los«*, heißt es auf der Vorderseite, die das Haus in Kværs zeigt. Das Rundschreiben beinhaltete das alte NEK-Konzept in modifizierter Form. Wie es SCHÖNBORN seither ergangen ist, dürfte weitgehend bekannt sein: Seine Festung konnte dem wachsenden und vehementen Protest seitens des Bevölkerung nicht standhalten. Am 25. September verließ er fluchtartig das Haus. Im November wurde die Gesellschaft, in deren Namen er seinen Versandhandel betrieb, zwangsaufgelöst und das Haus zum Verkauf freigegeben.

Da waren´s nur noch zwei

Der erfolgreiche Kampf der Bevölkerung gegen SCHÖNBORN in Kværs setzte sich in Kollund fort. Bisher waren Thies CHRISTOPHERSENS Nazi-Aktivitäten in Kollund wenn nicht akzeptiert, so doch toleriert worden. Es war der Bevölkerung jedoch klargeworden, daß Thies CHRISTOPHERSEN nicht der alte, seinen Lebensabend in Ruhe verbringende Mann war, als der er sich selbst gern darstellt, sondern eine zentrale Rolle im internationalen Nazi-Netzwerk spielt. Dies hatte sich im Mai 1993 gezeigt, als CHRISTOPHERSEN ein Revisionisten-Treffen veranstalten wollte, das jedoch von deutschen und dänischen AntifaschistInnen verhindert wurde.

Das Maß war für die die lokale Bevölkerung endgültig voll, als offensichtlich wurde, daß CHRISTOPHERSEN engen Kontakt zu SCHÖNBORN und der verbotenen NATIO-



Internationale antifaschistische Demonstration in Kollund am 15.10.1994

NALISTISCHEN FRONT hat. Dies hatte er selbst immer wieder bestritten. So nahmen die Proteste gegen Thies CHRISTOPHERSEN in Kollund zu. Am 15. Oktober 1994 wurde eine Demonstration abgehalten unter Teilnahme von AntifaschistInnen aus ganz Dänemark und aus Norddeutschland. Seitdem veranstaltete die Lokalbevölkerung tagtäglich einen »Abendspaziergang« zu CHRISTOPHERSENS Haus, sang ein antifaschistisches Lied und protestierte gegen CHRISTOPHERSENS Nazi-Aktivitäten in Kollund. Und auch hier führte der Protest zum Erfolg. Thies CHRISTOPHERSEN ist aus dem Haus in Kollund ausgezogen, am 1. Februar lief der Mietvertrag aus. Wo CHRISTOPHERSEN sich zur Zeit aufhält, weiß niemand so recht. Er hat seine Sachen aus dem Haus geschafft und bei »alten Kameraden« entweder auf Fünen oder anderswo in der Grenzregion untergebracht. Er selbst versucht jetzt einen Deal mit den deutschen Behörden, um in die Bundesrepublik zurückkehren zu können. So schrieb Christophersen schon am 25. September 1994 an die Staatsanwaltschaft in Flensburg (Auszug):

»Sehr geehrter Herr Schiemann!

(...) Sie wollen, daß ich einen Prozeß bekomme. Das will ich auch. Weil das in Deutschland nicht möglich ist, habe ich vorgeschlagen, hier einen Ortstermin anzusetzen. Durch die angekündigte Zusammenarbeit der deutschen und dänischen Polizei müßte dieses wohl bald möglich werden. (...) Der ehemalige dänische Polizeipräsident Iver Møller, desgleichen die Herren vom deutschen Staatsschutz haben sich bereit erklärt, an einer Gesprächsrunde teilzunehmen. Da wir in vielen Punkten eine gemeinsame Basis haben, müßte es doch möglich sein, auch eine annehmbare Lösung zu finden.«

Genauso wie Schönborn hat Christophersen den politischen Kampf um die Existenz der Nazi-Zentren in Kværs bzw. Kollund verloren. Nun kämpft er um sein persönliches Überleben.

Eines gibt es noch...

Greve ist ein kleiner Vorort von Kopenhagen. Hier hat die dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB) Unter Führung von Jonni Hansen ein neues Zentrum aufgebaut. Von hier aus werden internationale Nazi-Kontakte aufrechterhalten. Aus Norwegen gratulierte der Nazi-Führer Erik Rune Hansen zum neuen »H.Q.« (Headquater). Aus Schweden sind im letzten Herbst mehrfach Mitglieder der VAM (Weißer arischer Widerstand) angereist, um den dänischen Kameraden bei antifaschistischen Demonstrationen gegen das Nazi-Zentrum zur Seite zu stehen. U.a. war Donald Hansson, ein bekannter Nazi-Führer aus Göteborg anwesend. Ein Foto dokumentiert, wie er auf dem Dach des Hauses steht und eine Antifa-Demo filmt. Auch deutsche Nazis waren zu Besuch in Greve (Weihnachten/ Neujahr).

Es hat schon viele Demonstrationen und Proteste gegen das Nazi-Zentrum in Greve gegeben. Hier ist der Kampf jedoch schwieriger als in Kværs und Kollund. Die antifaschistische Mobilisierung ist in Greve anders: In Kværs und Kollund war es verhältnismäßig leicht, gegen die deutschen Nazis, die sich Dänemark einnisten wollten, einen Widerstand aufzubauen. In Greve sind es dänische Nazis. Der Kampf gegen das dänische Nazi-Zentrum wird eine längere Zeit benötigen.

Farbenfroh gegen Faschisten

Mit einer großen Menge Farbbeuteln verzierten »Farbige Antifaschisten« am 30. Oktober letzten Jahres das Hauptquartier der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) am Stadtrand von Kopenhagen. Die Zentrale der Faschisten sei nun »nicht länger weiß, sondern genauso farbenfroh wie die Welt um sie herum«, heißt es in der Erklärung. Gleichzeitig wird versprochen, es sei »nicht das letzte mal gewesen ist, daß wir die Herrenmenschen in ihrem Bunker mit unserem Besuch beehren«.

In der Erklärung der »Farbigen Antifaschisten« zu dieser Aktion wird auch Solidarität mit den sieben vom Berliner Landgericht angeklagten AntifaschistInnen bekundet.

Schweiz / Sri Lanka

»Rückkehrregelung« ausgehandelt

Als erster und bisher einziger europäischer Staat hat die Schweiz mit Sri Lanka eine »Rückkehrregelung« für Flüchtlinge ausgehandelt.

Mehr als 12000 in der Schweiz lebende Frauen, Männer und Kinder aus Sri Lanka sind damit von der Abschiebung bedroht, obwohl sich die Menschenrechtslage in Sri Lanka auch nach den erfolgten Parlamentswahlen nicht verbessert hat.

Das »Rückschaffungsabkommen« stellt ein Pilotprojekt gesamteuropäischer Abschottungs- und Vertreibungspolitik dar, das leicht von anderen europäischen Staaten übernommen werden kann, sofern sich kein Widerstand dagegen regt.

Spanien

Erfolgreiches Antifa-Fest

Nach den regelmäßigen Pleiten der letzten Jahre, wurde in Barcelona zum 12. Oktober 1994 ein neues Konzept praktiziert. Statt dem Versuch, eine Gegendemonstration zu den Feiern der Faschisten auf die Beine zu stellen, die regelmäßig in Massenverhaftungen durch große Polizeiaufgebote geendet hatte, wurde dieses Mal ein Antifa-Festival organisiert. Dieses fand im selben Stadtviertel statt, wo auch die Faschisten aufmarschieren wollten. Zu dem Festival, bei dessen Vorbereitung die AnwohnerInnen und lokale Gruppen miteinbezogen wurden, erschienen an die 3000 Menschen. Geboten wurden nicht nur Diskussionen und Filme, sondern auch

Spiele für Kinder sowie jede Menge Musik und Essen.

Zeitgleich sammelten sich 1200 Faschisten unter wohlwollenden Blicken der Polizei. Versuche einzelner Grüppchen, das Antifa-Fest zu stören, schlugen jedoch fehl.

Die Koordination aus antifaschistischen und lokalen Gruppen, die gemeinsam das Fest vorbereiteten, soll auch zukünftig bestehen bleiben und aktiv sein.

Auch in anderen spanischen Städten gab es anläßlich des 12. Oktobers (der Tag, an dem Kolumbus 1492 in Amerika landete) antifaschistische Demonstrationen und Aktivitäten.

Norwegen

Internationale Vernetzung

Gute Kontakte gibt es offenbar zwischen der rechten Datenbank BBS Nationale Allianz in Norwegen und dem deutschen THULE-SEMINAR. Der »Systemoperater« der BBS, ARNLJOT MOSENG, hat im Jahre 1993 in mehr als 70 Fällen mit dem Netzwerk des »neu«rechten THULESEMINARS zusammengearbeitet. MOSENG brüstet sich mit dem Bombenanschlag auf das HausbesetzerInnen-Zentrum Blitz (siehe *Antifa Info-Blatt 28*) und spricht von einem geplanten regelmäßigen Austausch mit dem deutschen Netzwerk. Über die BBS-Datenbank wird nicht nur Werbung für die rechte FEDRELANDSPARTIET (Vaterlandspartei) verbreitet, sondern genauso rechte Schriften und Artikel. Außerdem findet hier reger Austausch über rechtsextreme Aktionen gegen Flüchtlinge und von Anti-Antifa-Informationen statt.



Als der Charakter des rechten Datennetzwerks in der Öffentlichkeit bekannt wurden, reagierte MOSENG panisch: Er schloß die BBS-Datenbank, trat von seinem Posten als Vorsitzender der Jugendorganisation der Vaterlandspartei zurück und verklagte den Journalisten, der über seine Machenschaften berichtet hatte.

Schweden

Ein schöner November

Seit einigen Jahren war der Monat November immer der Monat für antifaschistische und faschistische Demonstrationen mit dem Höhepunkt am 30. November.

Letztes Jahr lief es jedoch anders ab: Stoppa Rassismen organisierte für den 9. November eine Kundgebung in Stockholm. Zwar erschienen nicht viel mehr als 100 TeilnehmerInnen antifaschistischer und antirassistischer Gruppen, doch wurde diese Aktion als voller Erfolg bewertet.

Waren 1993 gar keine Demonstrationen für den 30.November zugelassen worden, so versuchte es die extrem-rechte Partei SVERIGEDEMOKRATERNA dieses mal erst gar nicht. Hingegen fand unter Beteiligung zahlreicher Antirassismus-Gruppen ein Zusammentreffen mehrerer hundert Menschen statt.

Auschwitz/Polen

Die Auseinandersetzungen um das katholische Karmeliterkloster unweit des Zaunes des Vernichtungslagers Auschwitz spitzen sich zu. Die Nonnen, die mit AnwohnerInnen in Gebetsstunden aus-schließlich den polnischen Gefangenen des KZ gedacht hatten, sind aufgrund von Protesten ausgezogen. Vorher wurden jedoch ein großes, weithin sichtbares Kreuz am Zaun errichtet. Nun wurde bekannt, daß die Kirche dieses Gebäude auf 30 Jahre an den rechtsradikalen Antisemiten M. Janosz verpachtet hat. In diesem Haus wurde früher das Zyklon B gelagert.

(ZAK 22.1.95)

Österreich

Tod eines Antifas in Innsbruck

In der Nacht vom 20./21.Okt. mußte ein Güterzug im Bereich Mühlau-Rauchmühle eine Notbremsung wegen eines reglosen Körpers machen. Da der Körper hinter einer Kurve auf den Schienen lag, konnte der Zug nicht rechtzeitig zum Stillstand gebracht werden. Der Tote war der 17 jährige Antifaschist Harald Hanisch. Er wollte am 20. Oktober nach Innsbruck fahren, um sich an einer Vorbereitung zur Demo gegen die Nazi-Burschenschaften zu beteiligen.

Zu dem »Unfallort« kommt man nur über Schleichwege, was wohl Ortsunkundigen schwerfällt. Ein Zugang zu den Gleisen ist nicht erkennbar, da die Gleise schon vom Bahnhof aus auf Viaduktbögen liegen und der Zugang von der Straße her abgesperrt ist. Auf der einen Seite befindet sich die »Reichsmühle«, die eingezäunt ist, auf der anderen Seite ist eine Siedlung mit dahinterliegenden Schrebergärten. Diese sind aber von der Straße aus nicht zu sehen.

Die von dem Zugführer gerufene Rettungsmannschaft wurde von der Polizei vom Unfallort ferngehalten.

Bei der Spurensicherung der Polizei wurde lediglich die Leiche, der Kalender (Antifa-Kalender mit Eintragungen am 21. und 22. Oktober für die Demovorbereitung) und der Ausweis von Harald mitgenommen. Am Samstagvormittag, 30 Stunden nach dem Tod, wurden noch Haarbüschel, eine Haarbürste, Zigaretten etc. gefunden.

Am Freitag wurde Harald H. im Schnellverfahren »obduziert«. Die amtliche Leichenbeschauung dauerte keine zehn Minuten, es wurden weder Harn- noch Blutproben entnommen. Nur aufgrund einer Blutanalyse ließe sich feststellen, ob Harald zum Zeitpunkt des »Unfalles« bereits tot oder noch am Leben war. Auch auf Anzeichen von äußerer Gewaltanwendung (Mißhandlung) wurde die Leiche von Harald nicht untersucht.

Der Befund scheint schon vorher festgestanden zu haben: Selbstmord.

Am Freitag den 28. Oktober gegen Mittag gab es einen Anruf in der Fahrdienstleitung des Innsbrucker Bahnhofs. Ein Unbekannter wollte wissen, wer der Lokfahrer des Unglückszuges gewesen sei. Er gab nach Aufforderung des Bahnhofspersonals eine Telefonnummer zum Rückrufen an, dort meldete sich die Burschenschaft BRIXIA. Die BRIXIA, aus deren Reihen faschistische Südtirolterroristen in den 60er Jahre hervorgingen (HARTUNG, KIENESBERGER, WATSCHINGER, NACHMANN und Co.), organisierte den »Gesamttiroler Freiheitskommers«.

Harald wäre/ist nicht das erste Opfer faschistischer Gewalt im Innsbruck der Bri-



Harald Hanisch

xen, ÖVP-Quatiergeber für Neonazis und provozierenden Polizisten. Bereits im Februar 1994 wurde der Obdachlose Wolfgang Tschernutter von zwei minderjährigen Nazi-Sympathisanten erschlagen. Bei dem Prozeß wurden ihre Kontakte zur faschistischen Szene mit keinem Wort erwähnt.

Der Tod von Harald H. darf nicht »unter Tirolern«, vor allem nicht unter den Vertuschungsspezialisten der Polizei, bleiben. Die politische und polizeiliche Kumpanei mit den Fascho-Bruderschaften muß durchbrochen werden. Es geht nicht an, daß ein Burgfrieden Polizei – Bruderschafter gegen die antifaschistische Bewegung durchgesetzt und dabei über Leichen gegangen wird.

Der Gesamttiroler Freiheitskommers – Die Straße verloren

Für den 22. Oktober 1994 hatte sich der Kantinenpächter des Innsbrucker Kongreßhauses mit 8000 Flaschen Bier gerüstet. Unter dem Motto »Europa im Umbruch« hatten sich rund 1200 »Schützen, Turner und Studenten« zu einem »Gesamttiroler Freiheitskommers« in der Tiroler Landeshauptstadt versammelt. Doch weder bei den Organisatoren des Kommerses noch beim Kantinenwirt, er wurde an diesem Abend nur 40 Flaschen Bier los, kam rechte Freude auf – ein breites Bündnis von AntifaschistInnen hatte ihnen einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht.

Als im Juli vergangenen Jahres ruchbar wurde, wer sich da zu diesem braunen Großhappening ansagte, beschlossen unabhängige Antifas bundesweit gegen den Kommers zu mobilisieren und eine Gegendemonstration durchzuführen. Den Gegenaktivitäten schloßen sich u.a. der katholische Cartellverband (CV), die Österreichische HochschülerInnenschaft, die Israelitische Kultusgemeinde, die KPÖ und Teile der Grünen an. In einer Auflage von mehreren tausend Stück wurden Plakate geklebt und die Broschüre »Nachrichten gegen den Kommers«, die fein säuberlich die rechtsextremen Verbindungen der Veranstalter dokumentiert, unter die Leute gebracht.

Die breite Gegenmobilisierung lohnte sich. Die von den Kommersveranstaltern geplante Gedenkmesse wurde vom Kirchenrektor abgesagt und die Tiroler Schützenvereine riefen zum Kommers-Boykott auf. Unter dem Motto: »Kampf dem nazionalen Schulterschluß« demonstrierten 4000 AntifaschistInnen gegen den Kommers. Während der Demonstration wurden starke inhaltliche Akzente von RednerInnen wie die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde, Ester Fritsch, Ingrid Strobl, dem Journalisten und Buchautor Wolfgang Purtscheller und einer Aktivistin der antirassistischen Frauen/Lesbengruppe gesetzt. Beständig wurden die DemonstrantInnen von über 1000 Polizisten flankiert, darunter auch Antiterroreinheiten und die Leibstandardte Jörg Haiders, die berüchtigte WEGA.

Ein älterer Burschenschafter beweinte gegenüber der Presse die Gegendemonstration gar bitterlich: *»Die Urdemokratie Burschenschaft hat an diesem Tag die Herrschaft über die Straße verloren.«*

Die Rechtsextremisten tummelten sich derweil im von der Innsbrucker Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Kongreßhaus. Fast aus allen »deutschen Gauen« waren sie gekommen, die rechtsextremen »Schützen, Turner und Studenten«. Mehr letztere als erstere: Gerade drei Mann ignorierten den Boykott der Schützenvereine und marschierten in voller Tracht in die Kongreßhalle ein. Auch die Turner hielten sich merklich zurück, so bestimmten Burschenschafter das Bild. Die alte Garde der Südtirolterroristen war mit Peter Kienesberger, Helmut Golowitisch und dem »Aula«-Verlagsleiter Herwig Nachtmann vertreten. Zusätzlich konnte der Hauptorganisator Franz Watschinger, Mitglied der Innsbrucker Burschenschaft »Brixia« und gelegentlicher Schmierer in der »Jungen Freiheit«, weitere Prominenz verpflichten: So traten die FPÖ-Politiker Walter Meischberger, Siegfried Dillersberger sowie Gerulf Stix als Redner auf. Im Wettstreit um den Platz ganz rechts außen mußten sich an diesem Abend allerdings sogar die FPÖler geschlagen geben. Der UNO-Völkerrechtsexperte (!) Felix Ermacora gab in einer halbstündigen Rede den Kameraden alles, was das rechte Herz begehrt – Kernaussage seines Schmuses: »Keine Angst vor Großdeutschland«. Der umtriebige Präsident des größten rechtsextremen Soldatenverbandes, dem »Österreichischen Kameradschaftbund«, der auch als Vorstandsmitglied der »Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)« wirkt, gab ähnliches schon in den rechtsextremen Postillen »MUT«, »Aula« und »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« zum Besten.

***Vier Roma wurden bei einem Bombenanschlag in Oberwart getötet.** (s. nächste Seite)*



Werwölfe bomben in Österreich

Die Verhaftung der Faschisten Franz Radl und Peter Binder, die wegen der Briefbombenserie vom Dezember 1993 in Wien angeklagt sind, hat die Terrorwelle der österreichischen und deutschen Nazis nicht gestoppt. Mit den beiden Bomben, die Anfang Februar vier Männer töteten und einen schwer verletzten, bestätigt sich, was das Antifa Infoblatt nach den ersten Briefbomben geschrieben hat: Militante Neonazis bauen eine geheime Zellenstruktur auf, die vor allem Leute aus dem Spektrum der GdNF und der Nationalistischen Front umfaßt und nach einem Werwolf-Konzept operiert.

Die Leichen der vier Männer hatte ein Anwohner am Sonntag, dem 5. Februar, früh morgens am Rande Roma-Siedlung bei Oberwart entdeckt. Als sie versuchten, eine Tafel mit der Aufschrift "Roma zurück nach Indien" zu entfernen, zerfetzte eine Rohrbombe die Oberwarter Roma. Die Sprengladung war mit einem Rüttelzünder gekoppelt und in Brusthöhe angebracht - offensichtlich, um zu töten.

Für die Älteren aus der Siedlung reaktiviert sich das Trauma aus der Nazizeit: Keine zwei Dutzend der damaligen 400 Roma aus Oberwart hatten die Ausrottungspolitik der Nazis überlebt. Ihre Häuser fanden die wenigen Zurückkehrenden aus den deutschen KZs nicht mehr vor. Sie waren dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Behörden stellten den Holocaust-Überlebenden keine Wohnungen zur Verfügung, sondern schoben sie in abgelegene Baracken ab. Heute befindet sich die Roma-Siedlung direkt an einer Schnellstraße.

Diskriminiert und von der Mehrheit der Gesellschaft isoliert, stellten die Roma eine ideale Zielscheibe für die Bombengelüste der Neonazis dar. In den letzten Jahren häuften sich die Drohanrufe. Von den Behörden können sich die Betroffenen keine Unterstützung erhoffen. Dies hat der Anschlag ein weieres mal bestätigt: Die Tatversion der Polizei lautete: "Vier Zigeuner haben sich im Streit mit dem Pumpgun erschossen." Und zwei Stunden später: "Vier Zigeuner wollten eine rassistische Tafel sprengen und haben sich dabei selbst getötet." Am frühen Nachmittag, als schon klar war, daß es sich um eine Bombenfalle handelte, hieß es "Unfall oder Attentat". Um 17 Uhr erfolgte dann ein Großeinsatz der Polizei. 80 Beamte durchforsteten die Wohnungen der trauernden Angehörigen.

Während am nächsten Morgen die Medien noch die "Unfall oder Attentat"-Version verbreiteten, ging 20 Kilometer entfernt eine weitere Bombe hoch. In Stinatz, vor allem von der kroatischen Minderheit bewohnt, zerriß sie einem Müllarbeiter die Hand. Zugleich tauchte ein Bekennerschreiben der Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA)/"Kommando Friedrich II., der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland" auf, womit die neonazistische Täterschaft nicht mehr zu leugnen war.

Schon bei der Briefbomenserie im Dezember 1993, bei der alles auf Faschisten als Täter hindeutete, wühlte die Polizei erst mal bei den Serben und Bosniern. Als in Klagenfurt im letzten August an einer zweisprachigen Minderheiten-Schule eine Rohrbombe einem Polizeibeamten die Arme zerfetzte, verwies der Innenminister zunächst auf das "Rotlichtmilieu". Peinlicherweise bezichtigten sich die Täter kurz darauf selbst. Im Oktober gingen wieder mehrere Briefbomben ein, die allerdings alle nicht explodierten. Es bekannte sich die BBA, die dabei auch auf ihre Urheberschaft für die Klagenfurter Bombe verwies. Laut Bekennerschreiben hat ein BBA-Kommando "Andreas Hofer" die Verschickung der Briefbomben organisiert, den Bombenbau habe dagegen das BBA-Kommando "Herzog Oadilo von Bayern" übernommen.

Ein wesentlicher Baustein zur Entschlüsselung der terroristischen Zellenstruktur, die hinter den Attentaten steht, dürfte der Waffenfund von Traunstein darstellen. Das bayerische Landeskriminalamt fand bei insgesamt 27 Nazis das "größte Waffenlager seit 20 Jahren": Vier Maschi-

Die Anschlagsserie seit 1993

Dezember 1993:
Eine Serie von zehn Briefbomben. Mittäter Peter Binder, VAPO-Mitglied, wird an der Grenze zu Tschechien mit Waffen und Sprengstoff festgenommen. Er wollte zu dem Berliner Arnulf Priem und zu den Fascho-Rockern "Vandalen". Zuvor fand sich anläßlich der Verurteilung des VAPO-Chefs Gottfried Küssel zu zehn Jahren Haft in Faschozeitungen der Aufruf zu "10 Briefen für 10 Jahre".

August 1994:
Eine Rohrbombe wird an der zweisprachigen Volksschule gefunden. Beim Versuch, sie zu entschärfen, wird ein Polizeibeamter schwer verletzt.

Oktober 1994:
Erneute Serie von Briefbomben, die allerdings nicht zur Explosion kommen.

Februar 1995:
Vier Roma werden von einer Rohrbombe getötet. In einem Nachbarort wird ein Müllarbeiter von einer weiteren Bombe schwer verletzt. Das Gericht hatte Küssels Strafe in der Revisionsabteilung zuvor auf elf Jahre Haft erhöht. In den Fascho-Zeitungen "Index" der Nationalen Liste und "HNG Nachrichten" der braunen Gefangenen-Hilfsorganisation HNG waren Aufrufe für "11 Grüße für 11 Jahre" abgedruckt. Außerdem findet demnächst der Prozeß gegen die Briefbombenattentäter vom Dezember 1993, Franz Radl und Peter Binder, statt. Ebenso läuft Ende März ein Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen den VAPO-Kader Hans-

nengewehre, 35 Maschinenpistolen, 92 Gewehre, 70 Pistolen, 40 Handgranaten, acht Kilogramm Plastiksprengstoff, 100 Zünder und 22 Kisten mit Munition. Die Nazi-Zelle, die dadurch aufflog, ist aus der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) hervorgegangen. Laut dem Wiener Nachrichtenmagazin "News" nannte sie sich seit dem NF-Verbot Bajuwarische Befreiungsfront. Die Traunsteiner NF-Ortsgruppe bestehe laut Unterlagen aus der Szene aus 50 Mitgliedern, davon "über ein Dutzend knallharter Kader". Die NF hatte sich ihr Verbot eingehandelt, weil sie dabei war, eine terroristische Struktur, das "Nationale Einsatzkommando (NEK)", zu bilden. News nennt drei Namen, die zum Traunsteiner NEK gehören: Jochen L., Wilfried B., Franz P. Kontakte bestünden zu einem Österreicher in der Nähe von Linz, ebenfalls ein NEK-Mitglied.

Diese neueren Erkenntnisse decken sich mit dem, was bisher über den faschistischen Zellenaufnau bekannt war. FRANZ RADL und PETER BINDER, die sich wegen der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 zu verantworten haben, stammen aus dem NF- und GdNF-Spektrum. Sie waren ein Hinweis auf das systematische Abtauchen von Kadern in die Konspirativität, um ein faschistisches Untergrundnetz zu schaffen. Ein Ansatz, der nicht nur auf Öserreich beschränkt ist. Die ständigen Hinweise von Journalisten und AntifaschistInnen auf Querverbindungen vor allem nach Berlin haben die Sicherheitsbehörden demontrastiv ignoriert oder abgestritten. Mittlerweile haben sich zwei Insider zu der neueren Entwicklung der Nazi-Szene geäußert: Sowohl der ex-Nazikader Ingo Hasselbach wie Bendix Wendt, die zeitweilige rechte Hand des GdNF- und NSDAP/AO-Kaders ARNULF PRIEM, bestätigten Terrorvorbereitungen der deutschen und österreichischen Faschisten. Hasselbach berichtete von gemeinsamen Bombentraining, Wendt von Waffen und Sprengmaterialien, die er für Priem und Binder beschaffte. Die Aussagen der beiden belegen , daß seit 1992 in der militanten Neonazi-Szene ein Prozeß eingeläutet ist, eine terroristische Struktur zu schaffen.

Das Antifa-Info...

... im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck nebenan benutzen, da dürfte eigentlich nichts mehr schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.
Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

... Nachbestellung

Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen, ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

... zum Weiterverkaufen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten.

... Preise

Abo (5x eine Ausgabe/ca. ein Jahr):	30,00 DM
Doppelabo (5x zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	5,00 DM
ab fünf Stück:	10% Rabatt
ab 10 Stück:	20% Rabatt
ab 50 Stück:	25% Rabatt

(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

... Überweisungen:

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Bereits erschienene Infos:

(Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, darüber 6,- DM)

INFO 0	87	Kopie	3,00 DM
INFO 1	6/87	Kopie	6,00 DM
INFO 2	12/87	Kopie	4,50 DM
INFO 3	3/88	Kopie	6,50 DM
Sondernr.	5/88	Kopie	3,50 DM
INFO 4	9/88	Kopie	7,50 DM
INFO 5	11/88	Kopie	6,00 DM
INFO 6/7	2/89	Kopie	8,50 DM
INFO 8	5/89	Kopie	8,50 DM
INFO 9	10/89	Kopie	9,50 DM
INFO 10	2/90	Kopie	7,00 DM
INFO 11	5/90		3,00 DM
INFO 12	9/90	Kopie	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91	Kopie	7,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b	11/92	Kopie	10,50 DM
INFO 21	3/93	Kopie	9,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM
INFO 26	3/94		5,00 DM
INFO 27	6/94		5,00 DM
INFO 28	11/94		5,00 DM
INFO 29	3/95		5,00 DM

INFOs 11,13,14,17,18 gibt´s für 10,- DM incl. Porto

Abobestellung

An das Antifa-Info, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ich möchte das Antifa-Info für fünf Ausgaben zu 30,- DM beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch, mit der letzten Ausgabe erhalte ich einen Hinweis, daß das Abo abgelaufen ist.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ______ (incl.) die weiteren fünf Ausgaben an folgende Adresse:

Weiterverkauf: Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise. Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Den Betrag von DM ______ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ______

Ich möchte an die folgende Person ein Abo verschenken:

______ Ich übernehme ein Knastabo.

Bitte schickt mir folgende alte Ausgaben:

(Preise siehe Liste, Inhaltsverzeichnis 0-20 gegen Rückporto)

Für das Geschenk- / Knastabo / die Nachbestellung habe ich DM ______ bar / als Scheck beigelegt / bereits überwiesen (Beleg liegt bei).

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105,
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Searchlight Special

Edition zur BRD



»Eine Warnung an die Welt« und *»Bleibt wachsam«* – so die Devise dieser Searchlight-Sondernummer zur Entwicklung in der Bundesrepublik. Es wird ein Auge geworfen auf die Entwicklung der Bundeswehr, die aggressiver werdende deutsche Außenpolitik, den aufkeimenden Nationalismus und die Expansion des deutschen Kapitals in Richtung Osteuropa.

Nach dem kalten Krieg habe sich der *»Haß der rechten Intelligenz ... erneut gegen ein älteres Ziel gewandt: Die liberalen und demokratischen Ideale der Französischen Revolution«*.

Die Mischung aus Beiträgen aus dem »Rechten Rand«, »Konkret«, zahlreichen neugeschriebenen Beiträgen und Zitaten aus deutscher Politik, Wirtschaft und der Bundeswehr (*»ohne Kommentar«*) will in erster Linie informieren – und warnen!